Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 152. Sonntag den 2. Juli **1848.**

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 28—30. (88—90.) Bogen des 3. Abonnements von 30 Bogen: Berlin Bogen 46. Frankfurt Bogen 43. 44.
Mit der heutigen Lieferung ist das 3. Abonnement beendet. Auf das 4. Abonnement (Bogen 91 bis 120) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

K. Breslau, 1. Juli.

Wir begrüßen heute mit Freude und Jubel die erste große That unserer deutschen National-Versammlung. Das Gesetz über die Bildung einer provisorischen Central-Gewalt ist mit der gewaltigen Majorität von 450 gegen 100 Stimmen angenommen worden. Der stürmische Jubel, welcher bei den meisten der Hauptbeschlüsse die Paulskirche durchbebte, wird heute schon in allen Gauen des Vaterlandes wiederhallen, der Jubel darüber, daß es über unser Hoffen und trotz der schroffen Gegensätze, welche alle Elemente unseres deutschen Volkslebens zum heißesten Kampfe gegen einander rufen, uns dennoch gelungen ist, nach jahrhundertlanger Schwäche und Zerrissenheit ein erstes Werk der Einheit und der Kraft, der Ueberzeugungstreue und Entschiedenheit, und zugleich doch wieder der Versöhnung und Mäßigung zu errichten. Bald wird nun die so lang ersehnte und erstrebte Einheit auch in organischer Form sich darstellen, bald wird nun Deutschland nicht mehr in seinen vereinzelten kleineren und größeren Staaten, sondern als ein einiges großes Reich in die Reihen der Großmächte eintreten, bald wird nun *ein* deutsches Heer dem Willen des deutschen Volkes Nachdruck zu geben wissen, bald wird endlich auch der Bundestag mit all den schmachvollen Erinnerungen, die auf ihm lasten, auf immer begraben sein und eine neue lebensfrische Organisation, ein neues freies Volksleben wird sein Grab überwachsen und überblühen und die Spuren unserer Schmach verdecken.

Dies Gefühl hoher Freude und Befriedigung ist das erste und berechtigste angesichts einer That, wie diese letzten Beschlüsse in Frankfurt.

Daß nicht alle Wünsche und Forderungen der verschiedenen Parteien in den Beschlüssen ihre befriedigende Erledigung gefunden, kann diese Freude nicht trüben. Wir wußten es ja, daß schroff entgegengesetzte Principien von mächtigen Parteien getragen, einander, wie es schien, oft unversöhnbar gegenüberstanden, wir wußten es ja, daß außer den Principienfragen eine Unzahl praktischer Rücksichten die Verwirrung vergrößern mußten, wir wußten, wie verschieden in der Versammlung selbst die Begriffe von ihrem Recht, ihrem Berufe und ihrer Macht waren und wie je nach der Auffassung der Einzelnen oder ganzer Parteien hier dieser, dort der entgegengesetzte Weg als allein zum Ziele führend, betrachtet wurde und wir hätten die Beseitigung jeder Schwierigkeit, die Lösung jedes Zwiespaltes, wir hätten ein Resultat ungetrübtester Harmonie von den Beschlüssen der Versammlung erwarten können? Wir sollten diese Beschlüsse schon wieder mit unzufriedenem Mißvergnügen aufnehmen, weil sie vielleicht nicht der reine und ausschließliche Ausdruck unserer politischen Auffassung sind? Wir gestehen, daß wir gern den Grundsatz der Verantwortlichkeit des Reichsverwesers hätten aussprechen hören, daß wir den Satz, welcher dem Reichsverweser die Verkündung und Vollziehung der Beschlüsse der Nationalversammlung zur Pflicht macht, nur mit Bedauern haben fallen sehen. Aber wir sind dennoch weit entfernt davon, das Gesetz jetzt noch unter das Secirmesser einer haarspaltenden Kritik legen und uns in Klagen darüber ergehen zu wollen, daß es nicht just so gekommen, wie wir es gewünscht.

Dies Gesetz wird für eine längere oder kürzere Dauer der Grundstein unseres öffentlichen Rechtszustandes sein, und darum ziemt es sich, daß nunmehr, nachdem der Kampf vorüber, das ganze Volk wie ein Mann zu seiner Anerkennung sich erhebe, daß jede Partei auf ihre besondern unerfüllten Wünsche vorläufig resignire, und der unablässig fortwirkenden Kraft der Wahrheit und Freiheit vertraue, damit keine Macht der Erde es wagen darf, dem mit so gewaltiger Mehrheit ausgesprochenen Nationalwillen mit dem Versuche zum Widerstande entgegenzutreten.

Wir dürfen diese einmüthige und thätige Anerkennung von Seiten der ganzen Nation nun um so zuversichtlicher erwarten, als die Nationalversammlung mit dem herrlichsten Beispiele uns vorangegangen ist. Nicht ohne Bangen sahen wir die Debatten über einen so tief in das ganze politische Leben einschneidenden, so gewaltig alle Interessen der einzelnen Staaten und Stämme ergreifenden, so von Grund aus alle principiellen Gegensätze aufrufenden Gegenstand herannahen. Alle Schwierigkeiten, welche sich einer dauernden Einigung Deutschlands mit Riesenkraft entgegenzustellen schienen, standen auch schon einer genügenden Lösung dieser Frage entgegen. Wie Viele fürchteten nicht, eine Einigung würde unmöglich, die Auflösung der Nationalversammlung das Endresultat dieser Debatten sein. Diesen (nach den Erfahrungen unserer Geschichte leider nur zu begründeten) Befürchtungen gegenüber — wie erhebend ist das Bild der ganzen Verhandlungen und der endlichen Beschlüsse gewesen. Aus dem Chaos individueller — in einer Unzahl von Anträgen ausgedrückten — Meinungen entwickeln sich allmälig, getrieben von dem Drange nach Einheit, unter Selbstverleugnung der Einzelnen, bestimmte Gruppirungen mit bestimmt ausgeprägten Forderungen, je schärfer sie sich begränzen, desto heftiger entbrennt der Kampf der einzelnen Fraktionen, desto schroffer treten die Principien einander gegenüber, es scheint ein Vernichtungskrieg beginnen zu wollen, Spott, Hohn, Persönlichkeiten und Drohungen sogar werden auf den Kampfplatz geführt, um wo möglich den Feind zu vernichten. Die Hoffnung auf Einigung scheint illusorisch, der Gegensatz der Principien unversöhnlich, die Erreichung einer bedeutenden Mehrheit unmöglich. Aber das mächtige Bedürfniß des Augenblicks, welches alle Streitenden beherrscht, der Gedanke der Einheit des Vaterlandes, welchen Jeder auf seine Weise will, bringt unter die Streitenden selbst den Geist der Versöhnung. Je näher der große Tag der Entscheidung herannaht, desto enger schließen sich die einzelnen Fraktionen zu einem großen Ganzen zusammen, desto mächtiger siegt der Gedanke der Einheit über den ausschließlichen Parteigeist, desto mehr schwächt die gemeinsame Liebe zum Vaterlande alle kleinen Sonderinteressen und Sonderneigungen und drängt den gemeinsamen Zweck in den Vordergrund. Ein würdiger Ernst tritt an die Stelle der Leidenschaft, die Personen verschwinden vor der Sache und wenn auch vor der endlichen Entscheidung noch einmal alle Fülle von Leidenschaft gewaltig aufbraust, so siegt doch schließlich der Geist der Versöhnung, Jeder opfert, was er nur opfern kann, und die Hauptbeschlüsse werden mit imponirenden Majoritäten gefaßt.

Wir enthalten uns dieser Kritik, nicht, weil wir das Recht der Presse anzweifeln, irgend einen Beschluß einer Gewalt ihrer Beurtheilung zu unterziehen, sondern weil der Gegenstand, um den es sich hier handelt, der zum ersten Male zur That gewordene Gedanke der Einheit uns zu hoch steht und zu heilig, als wir auch nur durch ein Wort des Tadels den Eindruck des Errungenen schwächen möchten, weil die Debatte, aus welcher endlich das Gesetz hervorging, so andauernd, so gewaltig, so alle Seiten des Gegenstandes erfassend und durchdringend, alle Gründe und Rücksichten so sorgfältig prüfend, alle Möglichkeiten so ernstlich abwägend war, daß mit Fug und Recht behauptet werden kann: das Gesetz, wie es beschlossen wurde, ist das Resultat eines gewaltigen Kampfes aller Elemente, welche gegenwärtig das geistige Leben Deutschlands erfüllen, ist die Summe dessen, was in Deutschland nach dem Verhältnisse aller vorhandenen Bedingungen in diesem Augenblick möglich ist, ist mit einem Wort der wahre Ausdruck des Willens der souveränen deutschen Nation, wie er sich in der gegenseitigen Durchdringung aller Parteimeinungen als Gesammtwille herausgestellt hat.

So haben wir denn in diesen Debatten die tröstende Gewißheit gefunden, daß die deutsche Einheit kein Traum und keine Phrase mehr ist, daß auch die glühende Leidenschaft der Parteien sich dem gemeinsamen Willen unterzuordnen weiß, und daß das praktische Bedürfniß auch entgegenstehende Prinzipien zur Einigung zwingt.

Wir dürfen nun um so zuversichtlicher die Parteikämpfe betrachten, um so feuriger uns selbst hineinstürzen, denn wir wissen: über den Parteien steht die Einheit, und alle Kämpfenden wollen ein einiges, starkes Deutschland.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 30. Juni.)

Nachdem das Protokoll und ein Schreiben mehrerer rheinischer Deputirten an die Versammlung, *die Aufrechterhaltung der Ordnung* durch die *Bürgerwehr*, wie das Heer fordernd, verlesen, macht der Abg. *Brill* einen Vorschlag in Betreff der Abwechselung der *Stenographen* und bemerkt, daß bei dem jetzigen Verfahren, öfter ganze Sätze in offenen Berichten fortblieben; so fehle z. B. die von Hrn. Min. *Hansemann* neulich gebrauchte Phrase: „das Programm des Ministeriums sei eine Fortsetzung der Thronrede." — Man geht zur Tagesordnung über. Abg. *Behnsch* interpellirt das Staatsministerium über das **Verhältniß Preußens zu Dänemark, das Verhältniß Preußens zu Rußland und endlich über dessen Verhalten in der Angelegenheit der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu England.** *Behnsch* bezieht sich auf die bekannte **Note des Major v. Wildenbruch, uach welcher der Min. erklärt habe, daß man im Interesse des Fürsten Dänemarks, wie sämmtlicher deutscher Fürsten mit Dänemark kriege.** Man verhindere durch diesen Krieg das Hervordrängen der republikanischen Elemente, welche sich dieser internationalen Angelegenheit sofort bemächtigen würden. Was das Verhältniß Englands zu Preußen beträfe, das man Seitens des Ministeriums als ein Verhältniß der freundlichen Vermittelung bezeichnet und so z. B. auch gesagt habe, daß auf Englands Wunsch und um seine Vermittelung zu erhalten, man die Truppen aus Jütland zurückgezogen habe, während unsere Häfen von dänischen Schiffen blockirt sind, so widersprächen dem englische Blätter auf das Entschiedenste; *Morning Chronicle* behauptet z. B., **daß der Rückzug der Truppen**

aus Jütland nicht auf Grund einer englischen, sondern vielmehr auf Grund einer Note des russischen Czaaren erfolgt sei. Die Times enthielten eine gleiche Nachricht und fügten der russischen nur noch eine schwedische Note bei. **„Dieselben Nachrichten bringen Blätter unter russischer Censur; außerdem aber lesen wir noch in diesen russischen Blättern von Truppenrichtungen und Truppenmärschen an unsere Grenzen.** Nach einer Mittheilung rücken 70,000 Mann Infanterie und 27,000 Mann Kavalerie an unsere Grenze. Die sich in unsern Ostprovinzen geltend machenden Besorgnisse sind also wohl gerechtfertigt. Ministerpräsident v. Auerswald: Eine Note in der angegebenen Art ist von Rußland nicht eingegangen. Wie zweckmäßig der Rückzug der Truppen in strategischer Beziehung war, hat sich gezeigt. Das unablässige Bemühen Englands, eine Vermittelung zu Stande zu bringen, verdient unsere vollkommene Anerkennung. Die russische Regierung hat, wie dies auch in der damaligen Proklamation des Kaisers ausgesprochen, seit der französischen Revolution eine bewaffnete defensive Stellung eingenommen. **Eine active Hülfe werde Rußland Dänemark nicht gewähren.** Als Behnsch Anerkennung oder Desavouirung der Wildenbruchschen Note verlangt, entgegnet der Ministerpräs. v. Auerswald, er sei nicht geneigt, auf diese auf Zeitungsnachrichten basirte Frage zu antworten. — Man geht zu dem Czieskowsky'schen Antrage, betreffend die Bildung von Fach-Kommissionen über. Nach einer längern Debatte wird ein vereinigter Antrag der Abg. Heiderhagen und Bauer angenommen, nach welchem 9 Kommissionen: 1) für agrarische Verhältnisse und Feudallasten, 2) für Handel und Gewerbe, mit besonderer Berücksichtigung der Lage der arbeitenden Klassen, 3) Rechtsangelegenheiten, 4) Kirchen- und Schulwesen; 5) Steuerwesen; 6) Communalverfassung; 7) Wehrverfassung; 8) Organisation der Staatsverwaltung und 9) das Berg- und Hüttenwesen aus der Abtheilung gewählt werden. Auf Kosch's Antrag werden für jede Commission in jeder Abtheilung zwei Mitglieder gewählt. Eine Commission für internationale Interessen ist in Rücksicht auf die Frankfurter Versammlung, nicht beschlossen. — Nächstdem ist die Gladbachsche Interpellation, über die Entwaffnung der rückkehrenden Freischärler in Spandau, auf der Tagesordnung. — v. Griesheim (als Stellvertreter des eben fortgegangenen Kriegsministers) giebt die Entwaffnung zu, ebenso, daß 4 mittelst Zwangspasses in die Heimath geschickt; verneint jedoch, daß dies auf Ministerialbefehl geschehen. Gladbach liest einen Zwangspaß, in welchem die Worte: „auf Ministerialbefehl", vor (Heftiger Lärm, „Pfui", „Abscheulich" von der Linken. Minister Kühlwetter: Es ist weiter nichts geschehen, als daß man die Leute entwaffnet hat. Auf Grund eines von dem Ministerium erlassenen Reskripts werden bewaffnete Haufen nicht geduldet. (Ruf: „Zurückkehrende Freiheitskämpfer?") Es ist uns von unserm Hamburger Gesandten mitgetheilt worden, daß rückkehrende Schaaren die anarchischen Bestrebungen hier unterstützen wollten. (Lärm. Ruf: „18 junge Leute") Nur 4 nicht in Berlin ortsangehörig, sind in ihre Heimath gewiesen worden. (Zeichen des Mißfallens). Abg. Brill: Wenn man keine bewaffneten Leute durchs Land ziehen lassen will, warum ließ man Freischaaren nach Schleswig ziehen? — (Schluß der Sitzung 3½ Uhr).

Berlin, 30. Juni. [Amtlicher Artikel des Staats-Anzeigers.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem geheimen expedirenden Secretär, Kriegsrath Liman, vom Kriegs-Ministerium bei seinem bevorstehenden Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als geheimer Rechnungsrath zu verleihen.

Vom 1. Juli ab hört die Remuneration von 2½ Sgr. auf, welche bisher dem Richter für jede abgemachte Sache in Forst-Defraudations-Prozessen gegeben wurde. Die zu diesem Zwecke alljährlich aus der Staats-Kasse an die Forstrichter gezahlten Remunerationen haben auf 10—11,000 Rthlr. sich belaufen.

* Im Justiz-Ministerialblatt wird angezeigt, daß wegen Geldmangel nur die nothwendigsten Bauten und Reparaturen an Gerichtsgebäuden und Gefängnissen vorgenommen werden können.

[Staats-Anzeiger.] Aus dem Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu:

„In Nr. 147 der Berlinischen Nachrichten und in mehreren anderen Zeitungen ist erwähnt, daß den zu Provinzial-Konferenzen zusammentretenden Deputirten der Elementarlehrer ein Tagegeld von 20 Sgr. ausgesetzt sei. — Diese Voraussetzung trifft, nachdem inzwischen die vom 1. Juli d. J. in Kraft tretende allerhöchste Verordnung vom 10. Juni erschienen ist, nicht zu. — Nach den in derselben enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen werden vielmehr die genannten Elementarlehrer ein Tagegeld von 1 Rthlr., als Reisekosten-Vergütung für die auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückzulegende Meile 7 Sgr. 6 Pf. und für den Auf- und Abgang eine Entschädigung von 15 Sgr., für die nicht auf Eisenbahnen zurückzulegende Meile aber 15 Sgr. Vergütigung erhalten. — Sollte in einzelnen Fällen diese gesetzlich bestimmte Vergütigung die entstandenen Kosten erweislich nicht decken, so ist dieser Fall theils im § 2 Pos. 2 der gedachten Verordnung vorgesehen, theils wird es vorbehalten bleiben müssen, in diesen einzelnen Fällen eine außerordentliche Unterstützung der betreffenden Lehrer eintreten zu lassen."

[Militair-Wochenblatt.] v. d. Marwitz, Major zur Disp., früher aggr. dem 10. Huf. Regt., der Char. als Oberst-Lieut. beigelegt. v. Toll, Hauptm. vom 33. Inf. Regt., als Major ins 22. Inf. Regt. versetzt. Erdmann, Fuß, Majors, aggr. dem 16. Inf. Regt., jener ins 32., dieser ins 17. Inf. Regt. einrangirt. Wilhelmi, Hauptm. a. D., zuletzt im 14. Schles. Ldw. Inf. Regt., der Char. als Mojor beigelegt. Dr. Ferber, Oberarzt vom 4. Kür. Regt., zum Bats. Arzt des 2. Bats. 28. Ldw. Regts. ernannt. Frhr. Roth v. Schreckenstein, Gen. Lt. u. Kombr. der 15. Div., zum Kriegs-Minister ernannt. v. Heinz, Sec. Lt. vom 11. Inf. Regt., zur Dienstl. beim Gen. Kombo. VIII. Armee-Corps, dem Kr. Minist. zur Dienstl. überwiesen. Bei der Landwehr: Rieck, Sec. Lt. vom 1. Bat. 10. Regts., ins 2. Bat. 26. Regts. einrangirt. Adametz, Knothe, Bünger, Lorenz, v. Gillern, Kreuschner, Unteroff. vom 2. Bat. 22. Regts., zu Sec. Lts. ernannt. Bar. v. Kotze, Hauptm. vom 26. Inf. Regt., als Major, Gr. v. Kanitz, Gen. Lieut. und Kriegs-Minister, auf seinen Antrag mit Pension der Abschied bewilligt.

† **Berlin,** 30. Juni. [Die Verfassungs-Kommission, die Kronfideikommisse. — Königl. Gärten, Schlösser und Theater. — Noch einmal die Adreß-Kommission.] Wie ich Ihnen bereits gestern mittheilte, hatte die Verfassungskommission beschlossen, vor ihrer Entscheidung hinsichtlich der aufzuhebenden Lehne und Fideikommisse das betreffende Ministerium um einige Aufklärungen zu bitten. Dies ist heute geschehen, und die Hrn. v. Raumer und v. Obstfelder haben über den Gegenstand ziemlich ausführlichen Bericht erstattet. Da über die Thron- und Staatslehen (zu den erstern gehören Sagan, Oels, Troppau-Jägerndorf, Krotoschin, Stolberg-Stolberg, Stolberg-Rosla, Wittgenstein, die Lehen der fürstlichen Häuser Solms (Hohensolms und Braunfels) und die Grafschaft Wied. Der Allodifikationszins ist als fortlaufende Rente zu betrachten) bald eine ministerielle Denkschrift zu erwarten ist, so enthalte ich mich jeder Anführung von Notizen, wie sie mir ebenfalls nur bruchstückweise zu Theil geworden sind. — Was die Fideikommisse anlangt, so finden hier im königl. Hause viererlei Verhältnisse statt: die Kronfideikommisse, der Krontresor, Hausfideikommiß und Familienfideikommiß. Der Fonds des Kronfideikommisses beträgt 2½ Millionen. Vor 1806 nahm der verstorbene König aus den Domänenrevenüen, was er für sich und seine Familie brauchte. Da aber nach 1806 viele Dömänen veräußert worden waren, wurden 1815 in dieser Hinsicht andere Bestimmungen getroffen, bis endlich 1819 auf das Verlangen des Königs eine feste Summe, und zwar im Belaufe von 2½ Mill., angenommen wurde. Im Gesetz von 1820 wurden die Domänen zwar verpfändet, jedoch diese 2½ Mill. Einnahme vorbehalten, welche als Civilliste den Antheil des königl. Hauses, dessen Privateigenthum vertritt. — Aus den Ersparnissen zwischen den Jahren 1820 — 30 datirt sich das Kronfideikommiß. Der Fürst Wittgenstein hat diese Ersparnisse an hiesige Kaufleute gegen Wechsel ausgeliehen und zwar so, daß die Zinsen wieder zu den Ersparnissen geschlagen wurden. Dadurch war bis 1840 ein sehr bedeutender Kronschatz (4 bis 5 Millionen) aufgesammelt worden, der auf den Regierungsnachfolger, jedoch mit der Bestimmung übergehen sollte, daß der Nachfolger nur bis auf 3 Millionen disponiren können solle. Drei Millionen sollten für alle Zukunft einen eisernen Bestand bilden, über den nur in ganz außerordentlichen Fällen unter Zuziehung sämmtlicher Agnaten zu verfügen sei. Auf diese Art ist demnach dieser Fond bis zur Höhe von 3 Millionen ein Bestandtheil des Kronfideicommissesgeworden. — Das Hausfideikommiß, gestiftet von König Friedrich Wilhelm I., wird durch die Hofkammer verwaltet und hat die Eigenschaft der übrigen Privatfideicommisse. Solcher Hausfideicommisse giebt es auch in Schlesien. Als Prinz August 1843 starb, sollten sie Domainen werden, wenn sich das damalige Ministerium nicht widersetzt hätte. Die Staatsgläubiger haben demnach keinen Anspruch an dieselben. Ihr Werth ist sehr beträchtlich, dagegen die aus ihnen fließenden Einnahmen deshalb sehr gering, weil die zahlreichen Pensionen der sämmtlichen Dienerschaft aus ihnen bestritten werden müssen. Das prinzliche Familienfideicommiß wurde von Friedrich Wilhelm III. gestiftet. Als in den zwanziger Jahren aus der französischen Contribution die Verluste ersetzt wurden, welche Privatleute und besonders Beamte erlitten hatten, trat auch der Staatskanzler für den König auf und verlangte, daß derselbe sich ebenfalls für seine Privatverluste entschädigen lasse. Der König soll anfangs gegen dieses Verlangen großes Bedenken geäußert haben, endlich aber doch bewogen worden sein, die Entschädigung anzunehmen. Dies war der Grund zu einem Vermögen, welches sich bis 1840 sehr bedeutend vermehrte. Aus diesem Chatoullenvermögen gründete der verstorbene König ein neues Fideicommiß für seine Söhne, das zum Theil aus Gütern (z. B. Flatow u. s. w.) größtentheils aber aus Kapitalien in städtischen Hypotheken und andern Papieren besteht. — Die Unterhaltung der königlichen Gärten, welche übrigens dem Publikum offen stehen, kostet jährlich 100,000 Rthlr.; noch beträchtlicher sind für die Unterhaltung der königlichen Schlösser die Kosten, welche eben so aus dem Kronfideicommißfonds bestritten werden, wie die für die Theater (250,000 Rthlr. jährl.). — Hinsichtlich des königl. Marstalls tritt jetzt durch die Einführung der Constitution ein ganz besonderer Fall ein, welcher Berücksichtigung verdient. Friedrich Wilhelm I. hatte das Gestüt, Dank hier dem damaligen Kronprinzen mit der Verpflichtung geschenkt, ihm so viel Pferde, als er jährlich brauche, abgeben zu müssen. Dies Verhältniß blieb bis zu dem Tode Friedrichs des Großen. Auch Friedrich Wilhelm II. ließ es bestehen; derselbe errichtete jedoch zugleich die sogenannten Landgestüte, welche unter dieselbe Verwaltung traten, wie die bisherigen Hauptgestüte. Von dieser Zeit an wurden auch beide als ein und dasselbe betrachtet. Da nun die Hauptgestüte jetzt unter die Verwaltung des Ministeriums für Landwirthschaft u. s. w. treten, so fragt es sich nun, ob sie zu den Lieferungen für den königl. Marstall verpflichtet bleiben. — Ich muß mich auf diese kurzen Notizen, welche ich ebenfalls nur gefälliger Mittheilung verdanke, beschränken. Sie werden indeß genügen, wenn es auf die Beantwortung der Frage ankommt: ob die Verfassungscommission sich gründlich mit ihrem Gegenstande beschäftigt, oder gründlich darüber hinwegeilt. Ich denke, das Erstere ist der Fall, und wir können uns Glück wünschen, wenn der reine politische Theil der zu entwerfenden Verfassung eben so gut wegkommt, als dieser Abschnitt. Hier soll aber gerade der Hase im Pfeffer liegen und die Wahrscheinlichkeit für ein Zweikammersystem mit einem Census für die **erste** nicht zu entfernt sein. — Dem Vernehmen nach hat sich die Commission bereits dahin entschieden, daß die fernere Errichtung von Lehen und Fideicommissen nicht gestattet sei. Hinsichtlich der Aufhebung der bestehenden Lehen und der beständigen Fideicommisse, d. h. ob mit oder ohne Entschädigung wird morgen entschieden werden. — Die Adreßcommission hat gestern Abend beschlossen, ihren Entwurf nicht mehr vorzunehmen, der Versammlung vielmehr anheimzustellen, jetzt von jeder Adresse abzusehen. Dies ist unbedingt der vernünftigste Ausweg, den die Commission finden konnte.

♄ **Berlin,** 30. Juni. [Auswärtige Politik.] Die freilich mit einiger Zurückhaltung heute in der Nationalversammlung von Herrn v. Auerswald gegebenen Erklärungen über den Stand der auswärtigen Politik und über die bewaffnete defensive Haltung Rußlands zur Wahrung der eigenen Grenzen haben im Ganzen einen guten Eindruck gemacht; leider weiß man aber, daß die Friedenshoffnungen in Bezug auf Dänemark durch die unglaubliche Renitenz, welche diese Macht an den Tag legt, in ganz jüngster Zeit wieder etwas in den Hintergrund getreten sind, so daß an eine rasche Erledigung der Handels- und Schifffahrtskalamität, wie man sie namentlich an der Ostsee dringend wünscht, schwerlich zu denken sein möchte. Doch hören wir, daß die Unterhandlungen nicht gänzlich abgebrochen sind. — Die neuesten Briefe aus Paris sind nicht beruhigend, man erwartet dort, namentlich aber in Lyon neue Schilderhebungen der arbeitenden Klassen. Die Regierung ist nicht einig für den Weg, den sie fortan einzuschlagen hat. Ein Theil der Bourgeoisie, die heldenmüthig an dem Kampf Theil genommen, verlangt Sicherstellung für die Zukunft, ohne gradezu durchgreifende, reaktionäre Maßregeln, namenlich gegen Klubbs und die Presse, ferner das bei Seitelegen der sozialen Frage und noch auf geraume Zeit eine diktatorische, exekutive Gewalt; das will eine andere Fraktion durchaus nicht.

Berlin, 30. Juni. [Tages-Bericht.] Es scheint, als ob das Gerücht von bevorstehenden Versuchen der republikanischen Partei auch bei unseren Sicherheitsbehörden Glauben gefunden habe. Gestern ist eine Abtheilung der Bürgerwehr, 400 M. stark, nach Spandau geschickt worden, um aus den dortigen Vorräthen eine bedeutende Quantität Pulver hierher zu transportiren. Im Schlosse befinden sich, wie versichert wird, große Quantitäten Patronen. Die

vom Magistrat ausgegangene Requisition von Truppen steht hiermit muthmaßlich im Zusammenhange (s. unten). — Vor dem Kammergericht fand heute die Verhandlung der gegen den Stud. Monecke wegen Majestätsbeleidigung eingeleiteten Kriminal-Untersuchung statt. Der Angeklagte vertheidigte sich selbst. Er hatte eine „demokratische Thronrede“ geschrieben und als Flugblatt drucken und verbreiten lassen. Diese bildete das Objekt der Anklage. Der Strafantrag des Staats-Anwaltes (Assessor Brohm) lautete auf 2½ Jahr Freiheits-Strafe. Diesem Antrage entsprechend wurde auch erkannt. Auch das Recht, die National-Kokarde zu tragen, wurde dem Angeklagten abgesprochen, weil das Verbrechen einen Mangel an ehrliebender und patriotischer Gesinnung bekunde. Das ist der zweite Preßprozeß nach dem 18. März. — Auch gegen den Stud. Börner soll eine Untersuchung eingeleitet sein. Der Grund ist noch nicht bekannt. — Der Plakatenkrieg zwischen dem Magistrat und dem demokratischen Klubb ist noch nicht zu Ende. Der Magistrat hatte der Brod-Vertheilung, die der Klubb veranstaltete, unlautere Absichten untergelegt, und behauptet, die städtische Behörde habe allen Bedürfnissen der Armen genügt. Zum Beweise beruft er sich auf seine Akten. Der Klubb erwidert: „Der Magistrat weist befriedigt auf seine vollen Akten, wr weisen unbefriedigt auf die leergebliebenen Magen der Armen.“ — Um die Zusammenrottungen bei der Singakademie zu verhindern, ist jetzt dort das Feilhalten von Schnaps und Viktualien untersagt. Die Bürgerwehr von der neuen Wache ist instruirt, die Verkäuferinnen zu verjagen. Dies hat einige der letzteren heute zum Widerstand veranlaßt und natürlich das Attroupement ungleich größer gemacht, als es vorher war. Mit Ausnahme ähnlicher Vorfälle ist es hier ganz ruhig. In dem benachbarten Festungsstädtchen Spandau hat hingegen ein ernster Kampf zwischen den Garden und unsern Rehbergern stattgefunden. Die Letzteren hatten den spand. Markt bezogen und waren bei dieser Gelegenheit mit den Soldaten in eine Schlägerei verwickelt worden. Heute sollen die Rehberger 10 ihrer bei dieser Gelegenheit beträchtlich verletzten Gefährten in die Charité gebracht haben — An den Justizminister ist von dem Professor v. Henning das Gesuch gerichtet, die Preßlicenzen auf's Strengste zu verfolgen und der Nachlässigkeit der Staatsanwälte zu steuern. — Die National-Versammlung war heute so aufgeregt, wie seit langer Zeit nicht. Namentlich gegen das Ende der Sitzung, als die Gladbach'sche Anfrage wegen der Entwaffnung einer Anzahl aus dem Tann'schen Freikorps ausgetretener Mitglieder zur Erörterung kam. Als Herr v. Griesheim für den Kriegsminister die Erklärung gab: die beklagte Maßregel sei ohne Veranlassung des Ministeriums durch die Polizeibehörde bewirkt worden und als der interpell. Abgeordnete hierauf den mit dem Siegel des Kriegs-Minist. versehenen Ministerial-Befehl vorwies, wurde auf der Linken die Unruhe zu einem wahren Tumult gesteigert: „Pfui!“ und „abscheulich!“ waren noch die mildesten Rufe, welche hörbar wurden (s. oben). Obgleich die Interpellation auf der Tagesordnung stand und Herr von Schreckenstein selbst die heutige Sitzung zur Beantwortung der Gladbach'schen Interpellation bestimmt hatte, so entfernte sich derselbe doch gerade in dem Augenblicke aus dem Saale, als die Sache zur Erörterung kommen sollte. (C.-B.)

[Aussichten auf einen medizinischen Kongreß. — Denkschrift über Posen. — Merkwürdige Beschlüsse der Stadtverordneten. — Constabler. — Der schwedische Gesandte.] Der Staatsminister Rodbertus hat den in der ihm überreichten Adresse der hiesigen Aerzte ausgesprochenen Ansichten seine Zustimmung ertheilt, und es läßt sich daher bald ein Eingehen auf das Gesuch erwarten. — Den Mitgliedern der Nationalversammlung ist „aus den Akten des Ministeriums des Innern“ eine „Denkschrift über die Ereignisse im Großherzogthum Posen seit dem 20. März 1848“ noch von dem jüngst ausgeschiedenen Cabinet überreicht worden. Die Schrift (58 S. 4.) ist sehr umfassend, erschwert jedoch keineswegs die Uebersicht und hat, wie sie sagt, den Zweck, die jüngsten Ereignisse im Großherzogthum Posen, durch die verschiedenen Stadien ihrer allgemeinen Entwickelung, nach dem Inhalte der dem Ministerium vorliegenden offiziellen Dokumente darzustellen. Sie soll für die leitenden Grundsätze der Regierung und für deren Handlungsweise möglichst übersichtlich den Kommentar liefern. Auf gegenseitige Beschwerden beider Nationalitäten ist, zur Beseitigung alles Gehässigen, nicht näher eingegangen, auch sind die weiteren politischen und diplomatischen Verhältnisse, welche sich an die obschwebende Frage knüpfen könnten, nicht zum Gegenstand der Betrachtung genommen worden. Zum Schlusse der Denkschrift heißt es: „Die Regierung des Königs wird ihrerseits nicht ablassen, den von ihr betretenen Weg nationaler Reorganisation zu verfolgen, und möglichste Wahrung der Interessen beider berechtigten Nationalitäten dabei als festes Ziel unverrückbar im Auge zu behalten bestrebt sein. Wenn übrigens, was die Reorganisation des polnischen Theiles betrifft, in der Kabinets-Ordre vom 26. April d. J. diesem Theile eine eigene konstitutionelle Verfassung in Aussicht gestellt ist, während bis dahin dessen Theilnahme an der gesammten Nationalvertretung des Staats festgehalten war, so ist bereits in der Denkschrift selbst angedeutet, daß durch die Aufnahme der überwiegend deutschen Theile des Großherzogthums in den deutschen Bund, die Möglichkeit der allerumfassendsten Reorganisation der polnischen Theile desselben für die Zukunft gegeben zu sein schien. Durch diese aber der polnischen Nationalität jede, von den Verhältnissen irgend gestattete Berechtigung zu gewähren, hat die Regierung des Königs zugesagt. Wie oft auch bisher den auf das Wohl Aller gerichteten Bemühungen derselben Parteibestrebungen und Verdächtigungen entgegenstellt, gegebene Versprechungen unerfüllt geblieben sind, die Erfüllung ihrer Zusage wird die Regierung des Königs unverrückt im Auge behalten.“ — Neben dieser Denkschrift haben die HH. Brodowski, Kraszewski und Potworowski ihren Mitabgeordneten der Versammlung eine Denkschrift „Zur Beurtheilung der polnischen Frage im Großherzogthum Posen im Jahre 1848“ (64 S. 4.) überreichen lassen. Als Beilagen sind derselben 22 Aktenstücke angefügt, und sie schließt mit den Worten: „Die Soldaten prügeln die Polen mit Ladestöcken, Kolben und Säbeln zu Tode, plündern und zerstören ihre Wohnsitze, der k. Commissarius denuncirt der Lynchjustiz falsche Listen der polnischen Anführer des Aufstandes, und fordert gegenseitig durch Geldprämien zu Denunciationen auf, die Polen sind, mit einem Worte, auf dem Boden ihrer Väter vogelfrei!! — Das ist die weit gerühmte Pacification des Großherzogthums Posen, das heißt man die nationale Reorganisation unseres Vaterlandes vollziehen!“

Die Stadtverordneten haben gestern auf den Antrag des Magistrats beschlossen: 1) Daß eine aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten bestehende Deputation bei Sr. Maj. dem Könige eine Audienz erbitte, um dem Monarchen getreuen Bericht von den Zuständen der Hauptstadt zu erstatten, und die weitere Entschließung Sr. Majestät ehrerbietigst zu gewärtigen; 2) daß die zuständigen Staatsbehörden ersucht werden, zu veranlassen, daß zwei Bat. Infanterie und ein Kavallerie-Reg. in der Umgegend Berlins bald Standquartiere erhalten. (Hört! Hört!) Die Stadtverordneten haben ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, worin sie den Erlaß einer Spezial-Bürgerwehrordnung für Berlin beschleunigt zu sehen und gleichzeitig wünschen, daß der Magistrat selbst die diesfälligen Vorarbeiten mache, da die Bürgerwehr, als bewaffnete Macht, über ihr Statut nicht abstimmen könne und dürfe, ja, die Stadtverordneten protestiren, im Namen der errungenen Freiheit dagegen, daß die Bürgerwehr sich ihr Gesetz gebe, sie möge nur eine berathende, aber keine beschließende Stimme dabei haben und müsse sich, als mit großen und den wichtigsten Befugnissen bekleidete bewaffnete Macht, entweder dem Magistrat, oder der Polizei, oder dem Kommandanten unterwerfen. (Hört! Hört!) Der Magistrat möge daher das Statut ausarbeiten und dem Staatsministerium einreichen, damit es auf verfassungsmäßigem Wege zum Gesetz erhoben werde. Ferner möge der Magistrat dahin wirken, daß die sogenannten fliegenden Korps, als selbstständige Körperschaften aufhören, resp. vermindert und der Bürgerwehr eingeordnet werden, weil das Fortbestehen einzelner Sonderkorps in einer Bürgerwehr aus politischen Gründen unzweckmäßig sei. Demgemäß können die Stadtverordneten auch ein Pikenkorps und eine eigene Arbeiter-Bewaffnung nicht anerkennen.*) Ein Bürgerwehr-Kommandeur vermöge übrigens keine Pflichten ohne Rechte zu üben und letztere verleihe ihm ausschließlich das Gesetz. Der Antrag: gegen diejenigen hiesigen Einwohner, welche in Folge der Revolution Berlin verlassen haben, gesetzlich einzuschreiten, wurde, wegen der darin liegenden Härte und gänzlichen Unausführbarkeit, von den Stadtverordneten einstimmig abgelehnt. — Auf eine Anfrage, ob bei den Vorgängen am 14. d. M. auch Studenten angeschuldigt seien, wurde von einem Mitgliede des Untersuchungs-Ausschusses erwiedert, daß gegen Studenten durchaus keine strafbare Betheiligung vorliege. — Da den Stadtbehörden die Kunde geworden, daß der Nationalversammlung ein Gesetz vorgelegt werde, demzufolge nach dem Vorgange anderer Staaten, die bei Aufruhr, Straßen-Exzessen u. s. w. angerichteten Schäden von der Stadtkasse ersetzt werden müssen, so beschlossen die Stadtverordneten, den Magistrat um Beschleunigung der Sache bei den Staatsbehörden zu ersuchen. — Das Korps der Stadt-Schutzwehr (Konstabler) wird morgen theilweise in das Leben treten. Der Magistrat und das Polizei-Präsidium haben die Einzustellenden ausgewählt. — Dem schwedischen Gesandten am hiesigen Hofe, Baron d'Osson, ist eine Note von seiner Regierung zugegangen, in welcher ihm angezeigt wird, daß die Dänen, welche den Kampf gegen Deutschland auf das Neue beginnen wollten, auf die Veranlassung Rußlands und Schwedens ihre Ansicht geändert hätten, und daß die Friedens-Unterhandlungen ernstlich betrieben würden. (Spen. Z.)

*) Die meisten dieser Beschlüsse verkünden laut, daß jetzt die Krebs-Zeit eingetreten ist! Red.

Königsberg, 27. Juni. [Wieder russische Truppen.] Auch auf der russischen Grenze bei Memel sind jetzt, wie man vernimmt, vermehrte russische Truppen angelangt, zum Theil aus Baschkiren bestehend und, ihren Aussagen nach, zum Reservecorps gehörend. Augenzeugen versichern, daß diese Baschkiren, vermöge ihrer wilden, häßlichen Physiognomien, einen widerlichen Anblick gewähren; ihre kriegerische Ausrüstung und Haltung soll aber gut sein, vom Kopf bis zu den Füßen ganz weiß gekleidet, sind sie noch mit weißen Mänteln umhangen und reiten sämmtlich weiße Steppenpferde. So wäre nun die ganze Grenze von Memel bis Kalisch mit russischen Truppen bespickt. Keinem Zweifel unterliegt es, daß die Russen an der Grenze, namentlich die Offiziere, mit den preußischen Truppen Verkehr anzuknüpfen suchen, um sich mit ihnen zu befreunden und sie für Rußland zu gewinnen; ihre Aeßerungen gehen dahin, daß ihr Kaiser mit seiner Armee als Freund nach Preußen komme, um Gott und König dort und in Deutschland wieder in ihre Rechte einzusetzen, wenn sich die Revolution in Berlin nicht bald von selbst beruhige, daß man hierauf noch einige Zeit warte, und nur für den Fall „eines neuen Attentats“ in Berlin die Ordre habe, die preußische Grenze zu überschreiten u. s. w. — Aus Pillau erhalte ich die verbürgte Nachricht, daß die dortige Festung noch stärker ausgerüstet werden soll als sie bisher war, wozu plötzlich vorgestern der Befehl eingetroffen ist. Auf der Spitze der frischen Nehrung (Pillau gegenüber) sollen Batterien errichtet werden und die auf Pillaus Seite bereits hergestellten Strandbatterien werden noch verstärkt werden. Das ganze Glacis wird rasirt und die schönsten größten Bäume, die in der sogenannten Plantage (eine weitere Ausdehnung des Glacis) standen, sind bereits gefallen; sie sollen zugleich als Pallisaden benutzt werden. Die Dächer der in der Festung liegenden Kasernen werden abgetragen und Erde aufgefüllt. Auf Pillaus Landseite wird eine starke Schanze aufgeworfen. Kurz die umfassendsten Vorkehrungen, die auf eine längere Belagerung deuten, werden getroffen. Ganz Pillau schwebt in der größten Besorgniß. (Danz. Z.)

[Der königl. Hof soll beabsichtigen nach Königsberg zu ziehen.] Es wird versichert, daß die Zimmer des königlichen Schlosses in Königsberg in Bereitschaft gesetzt werden. Man findet in diesem Umstande die Bestätigung eines Gerüchtes, daß nämlich der Hof beabsichtige, auf längere Zeit seinen Aufenthalt in unserer Provinz zu nehmen. (Börsenh.)

Stettin, 23. Juni. Die beiden in Angriff genommenen Kanonen-Jollen stehen auf dem Stapel und sind so weit gediehen, daß sie in einigen Wochen ablaufen und den Behörden zur Verwendung übergeben werden können. Bei einer Länge von 50 Fuß und einem Tiefgang von 2½ Fuß führen dieselben außer den nöthigen Segeln noch 20 Ruder und als Bewaffnung ein 80pfündiges Geschütz. — Zufolge einer Bekanntmachung des hiesigen Comit's für die deutsche Kriegs-Marine haben die ihm von nah und fern zukommenden Beisteuern einen so erfreulichen Fortgang, daß es hofft, auch mit dem Bau größerer Fahrzeuge beginnen zu können. (Ostsee Z.)

Swinemünde, 28. Juni. [Ankunft zweier amerikanischer Schiffe.] Endlich ist wieder ein Lichtblick in unsern düstern Zustand gefallen. Seit gestern sind zwei amerikanische Schiffe, von der Blokadefregatte ungehindert, in unsern Hafen gekommen. wie man übrigens vernimmt, haben nur die nachdrücklichsten Vorstellungen, wenn nicht Drohungen, Seitens des in Kopenhagen residirenden Gesandten der vereinigten Staaten, beiden Schiffen einen Geleitsbrief auf hier auszuwirken vermocht.

Köln, 27. Juni. [Rothe Bänder und Fahnen.] Die Republikaner in Köln kennt man seit einigen Tagen an einem rothen Bändchen im Knopfloch, doch sind ihrer nicht Viele. Andere tragen dreierlei Bänder. Heute sogar sah ich einen Trupp Männer der geringsten Klasse mit einer großen rothen Fahne durch die Stadt ziehen und Freiheitslieder singen. Viele dieser Leute waren angetrunken und es ist nicht zu begreifen, woher diese sowohl, wie die vielen Menschen, welche das Volk haranguirend von Morgens bis spät in die Nacht täglich von Wirthshaus zu Wirthshaus ziehen, der Republik das Wort reden und reichlich mit Geld versehen sind, dasselbe hernehmen. (Elbf. Z.)

Köln, 29. Juni. [Straßen-Tumult.] Gestern Abend hatten wir hier einen Straßen-Krawall. Am Morgen fand sich an allen Ecken ein Plakat angeheftet, durch welches in der eindringlichsten Weise zu einer großen Versammlung im Harff'schen Saale auf dem Domhofe eingeladen wurde. Eine „Lebensfrage Deutschlands“, so hieß es, solle verhandelt werden:

„vielen Gewerben drohe ein vernichtender Schlag.“ Wirklich hatte sich eine übergroße Anzahl hiesiger Gewerbtreibender Abends im bezeichneten Saale eingefunden; doch waren auch Viele aus den arbeitenden Klassen erschienen, die da glaubten, daß sie Betreffendes zur Sprache komme. Man beabsichtigte, einen Protest zu berathen gegen die in den nächsten Tagen beginnende direkte Besorgung von Gütern Seitens des „Norddeutschen Eisenbahn-Verbandes“ ohne Vermittelung von Spediteuren, so wie gegen ähnliche Einrichtungen bei der Dampfschifffahrt; ferner an die Vorstände der Dampfschifffahrts- und Eisenbahn-Gesellschaften das Verlangen zu stellen, ihre Frachtpreise zu erhöhen, damit den Segelschiffern und Fuhrleuten die Konkurrenz wieder möglich werde. Nachdem einige Personen über diesen Gegenstand gesprochen, wollte einer der Arbeiter das Wort nehmen, um die Verbesserung ihrer Lage in Anregung zu bringen. Bald darauf entstand in Folge des Zusammenbrechens eines Stuhles ein Lärm, der rasch in argen Tumult ausartete, wobei einige Tische, Stühle, Flaschen, Scheiben u. s. w. namentlich dadurch zertümmert wurden, daß Alles in wilder Hast den Saal verließ. Auf dem Platze draußen kam nun aber einem Theile der aufgeregten Menge der Gedanke, vor die Wohnung des ehemaligen Minister-Präsidenten Camphausen zu ziehen und ihm eine Katzenmusik zu bringen. Wirklich zog ein großer Haufe dahin und warf unter Lärmen und Toben mit Ziegelsteinen, die man von einer nahegelegenen Mauer nahm, etwa zwanzig Fensterscheiben ein. In zwei benachbarten Straßen errichteten Einzelne, meist Gassenbuben, mit dort vorfindlichen Fahrkarren eine Art von Barrikaden, wohl mehr aus Nachäfferei, als in der Absicht, das Heranziehen der Bürgerwehr zu verhindern. Diese war alsbald durch das Allarmzeichen unter die Waffen gerufen worden und eilte in großer Zahl herbei. Mehrere Kompagnien zogen zur Rheinaustraße und sahen sich zum Theil genöthigt, die durch viele Neugierige sehr angewachsene Menschenmasse unter Trommelwirbel mit gefälltem Bayonnet zu vertreiben, da den gütlichen Aufforderungen keine Folge geleistet, sie vielmehr mit Steinwürfen erwiedert wurden. Mehrere Personen (man sagt, etwa fünfzehn) wurden verhaftet. Der Krawall hatte gegen etwa zehn Uhr begonnen und allenthalben in der Stadt Besorgniß erregt; bald nach Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt. (Köln. Z.)

Krieg mit Dänemark.

Rendsburg, 28. Juni. Vom Kriegsschauplatz werden wir wahrscheinlich in der allernächsten Zeit Nachrichten über hoffentlich entscheidende Ereignisse entgegensehen können. Die Dänen stehen bei und hinter Hadersleben verschanzt, die Unserigen sind im Vorrücken begriffen, die in und bei Flensburg stehenden Truppen diese Nacht ausgerückt. — Die Lauenburger Jäger — 400 Mann stark — sind, angeblich weil man ihnen nicht traute, oder weil sie nicht gegen die Dänen kämpfen zu wollen erklärt hatten, nach Rendsburg zurückbefördert worden und bereits angekommen.

Stockholm, 23. Juni. Unter den Notizen der Postoch Inrikes Tidningar findet sich die Bemerkung aus dem Briefe eines schwedischen Offiziers, daß nicht gemeint sei, die schwedischen Truppen sollten mehr thun, als die Bewachung der Inseln übernehmen, damit die Dänen ihre ganze Macht gegen die Deutschen anwenden könnten. — Nach Helsingborg am Sunde sind die beiden ostgothischen Regimenter gelegt. — Das Dampfschiff Thor ist mit 300 westbottnischen Feldjägern in Malmö angekommen. — Man hat in Ystad am 14. Juni 15 russische Segel (6 Dreidecker und 9 Fregatten) gesehen. Der Ystader Bericht giebt dieser Flotte 19,000 Mann Landungstruppen.

Am zweiten Pfingsttag sah man von Christiansand aus eine große Kriegsfregatte, die man für eine russische hielt.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Juni. [Sitzung der deutschen National-Versammlung am 28. Juni.] Nach Erledigung einiger Reclamationen gegen das Protokoll verlangt Biedermann Erläuteruug über den Sinn von Nr. 11 (die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers). Für eine politische Unverantwortlichkeit werde er und viele seiner Freunde stimmen, nicht für Unverletzlichkeit. Dahlmann, Berichterstatter des Ausschusses, erklärt, keine Antwort geben zu wollen. Es wird sich bei der Abstimmung zeigen, ob die Mehrzahl der Versammlung republikanisch ist. (Tumult.) Es wurde sodann Nr. 9 fast einstimmig angenommen. Sie lautet jetzt: Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der National-Versammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. Nunmehr kommt Nr. 11 zur namentlichen Abstimmung: Der Reichsverweser ist unverantwortlich. Nr. 11 wurde mit 373 gegen 175 Stimmen angenommen. Es werden von Mittermaier und Riesser Namens ihrer Freunde Erklärungen zu Protokoll gegebea, daß sie nur für die parlamentarische Unverantwortlichkeit mit Bezug auf Nr. 9 gestimmt haben. Die Nrn. 13, 14, 15, 16, 17 werden angenommen. Es kommt nunmehr zur namentlichen Abstimmung über Nr. 18: Mit dem Eintritte der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. Dies wurde mit 510 Stimmen gegen 35 Stimmen angenommen. (Stürmischer Beifall.) Es wird von einem Mitglied eine Erklärung zu Protokoll verlesen, nach welcher die Unterzeichner nur in der Unterstellung zugestimmt haben, daß die Centralgewalt ein Gesetz wegen Auflösung des Bundestags und die dadurch nöthig werdenden organischen Einrichtungen vorlegen werde. Nr. 19 und 20 werden angenommen. Es werden nunmehr die angenommenen 15 Punkte zur namentlichen Abstimmung über das Ganze verlesen. von Radowitz und Jordan aus Berlin behalten sich Namens ihrer Freunde Erklärungen zu Protokoll über ihre Abstimmungen vor. Die Abstimmung ergiebt 450 Stimmen für, 100 Stimmen gegen das ganze Gesetz. Die Erklärungen von Radowitz und Jordan werden von diesen verlesen. Nach ersterer haben die Unterzeichner nur im Vertrauen auf die Zustimmung der einzelnen Regierungen für das ganze Gesetz gestimmt. Nach letzterer haben die Unterzeichner dagegen gestimmt, weil sie die angenommene Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers für unvereinbar mit der Volks-Souverainetät halten. Nach längerer Pause übernahm Präsident von Gagern wieder den Vorsitz, welchen bis dahin von Soiron geführt hatte. Ersterer verkündigte als Tages-Ordnung für die auf morgen Mittags 12 Uhr anberaumte Sitzung: Wahl des Reichsverwesers. Ferner macht der Präsident darauf aufmerksam, daß nach der Geschäfts-Ordnung eine neue Verloosung in Abtheilungen, so wie die Wahl des Präsidenten, da vier Wochen abgelaufen sind, vorgenommen werden muß. Erstere wird noch heute von dem Bureau vorgenommen und morgen verkündigt werden. Die Wahl des Präsidenten soll auf die Tages-Ordnung der übermorgen stattfindenden Sitzung gesetzt werden. Schluß der Sitzung Mittags 1 Uhr. — Das nunmehr angenommene und vom Vorsitzenden verkündigte „Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland“ lautet:

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewa t für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen, b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Ober-Befehlshaber derselben zu ernennen, c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Centralgewalt ausgeschlossen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der National-Versammlung. 5) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der National-Versammlung gewählt wird. 6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der National-Versammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich. 8, Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die National-Versammlung ein besonderes Gesetz erlassen. 9, Die Minister haben das Recht, den Berathungen der National-Versammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. 10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der National-Versammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. 11) Die Minister haben das Stimmrecht in der National-Versammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. 12) Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der National-Versammtung unvereinbar. 13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf. 14) Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungs-Maßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landes-Regierungen ins Einvernehmen zn setzen. 15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf. (St.-Anz.)

Mainz, 28. Juni. [Schreiben an Gagern.] Der jetzige Großherzog hat an Heinrich von Gagern bei seinem Austritte aus dem Ministerium folgendes Schreiben erlassen: „Ich genehmige sämmtliche Anträge und danke mit gerührtem Herzen meinem treu bewährten Freunde für die vielen wichtigen Dienste, die er dem Großherzogthum in der leider nur zu kurzen Zeit seines segensreichen Wirkens geleistet hat; möge er in diesen Worten die Gefühle des Vaterlandes erkennen, und in seinem neuen wichtigen Berufe mir und meinem Lande und Hause ein freundliches Andenken bewahren. Der Segen des Herrn geleite ihn auch ferner auf seiner Lebensbahn. Ludwig.“

* **Dresden,** 29. Juni. In der heutigen Sitzung der 2ten Kammer wurde das von der Deputation bevorwortete Einkammer-System mit einer Majorität von nur 11 Stimmen abgelehnt.

Oesterreich.

8 **Wien,** 30. Juni. [Erzherzog Johann und die Parade. Rücktritt Wessenberg's.] Die von den Technikern dem Erzherzog Johann gebrachte Serenade am Franzensplatz mit Fackelzug, wobei die Volkshymne und Arndt's deutsches Vaterland gesungen ward, erlitt eine Störung durch das grelle Pfeifen einiger Personen, die an dieser Ovation kein Gefallen zu haben schienen. Se. kaiserl. Hoheit, welche auf den Balkon der Reichskanzlei getreten waren, schienen sehr erschüttert von den schrillen Tönen der Unzufriedenheit, bis die Nationalgarde der Hofburgwache einschritt und die Pfeifer verhaftete, worunter einen jungen Mann, der in einer eleganten Karosse sitzend, seine Meinungsäußerung mit besonderer Virtuosität betrieb. Erzherzog Johann ist überhaupt ängstlichen Gemüths, das er auch wieder bei der Nationalgarden-Revue zeigte, die eigentlich am Donnerstag hätte stattfinden sollen, weil an einem Feiertage die Mehrzahl der Bürger leichter von ihren Geschäften abkommen kann. — Doch wurde später der Mittwoch gewählt, damit nur keine gar zu große Menge unter den Waffen erscheine. Als trotzdem durch den Zuzug der Bürgerwehr aus den Ortschaften des Weichbildes 35,000 Mann am Glacis zwischen dem Burg- und Schotten-Thor ausrückten, nebst 18 Stück Geschütz, soll diese Beflissenheit nicht überall einen angenehmen Eindruck gemacht haben. Erst die herzliche Aufnahme des Prinzen von Seite des Volkes und der National-Garde stimmte das Antlitz desselben heiterer, obschon der Zuruf keineswegs ein allgemeiner war, und manche Bataillons, zumal die der akademischen Legion lautlos blieben. — Die der Nationalgarde von Sr. Majestät dem Kaiser neuerdings bewilligten vier Batterien (24 Geschütze) sollen Uebermorgen an den Oberkommandanten derselben, Oberst Pannasch, sammt Munition ausgefolgt werden, doch für Bespannung hat sie selbst zu sorgen. Die Garde besitzt folglich jetzt 42 Kanonen, worunter 6 Haubitzen. Eine neue Verlegenheit scheint hieraus zu erwachsen, daß die 20,000 Arbeiter, die sich seit dem 26. Mai als die Reserve der Nationalgarde betrachten, den Wunsch ausdrücken, mit Haue und Schaufel auf der Achsel, vor dem Erzherzog die Revue zu passiren, doch scheint der Letztere nicht geneigt, diese Art von Volksbewaffnung anzuerkennen, weshalb die Sache wohl unterbleiben wird. — Der Rücktritt Wessenbergs macht ungeheure Sensation, obwohl die Nachricht noch nicht offiziell verkündigt ist, und sie blos in der Augsb. Allgem. Zeitung zu lesen war. Dies Blatt ist indeß just in diplomatischen Dingen meist gut unterrichtet, und Wessenbergs hiesiges Auftreten bestätigt nur diese Annahme, da er fort und fort im Gasthofe wohnt, und gar keine Anstalten trifft, das Palais der Staats-Kanzlei zu beziehen. Wessenberg wollte sich wahrscheinlich bei dem Ränkespiel des Hofes nicht betheiligen und trat zurück, weil seine offene Politik keinen Anklang fand. Mit Wessenberg verschwindet ein guter Engel aus dem Hause Oesterreich.

* **Lemberg,** 26. Juni. [Die jüdische Gemeinde in Tarnow.] Um den nicht ohne Grund den Kapitalien-Besitzern gemachten Vorwurf, daß sie die baare Münze in der Absicht an sich zu bringen suchen, um aus dem sodann eintretenden Mangel wucherischen Nutzen zu ziehen, von sich abzulehnen, verpflichtete sich die jüdische Gemeinde in Tarnow aus eigenem Antriebe und unter feierlicher Verkündigung in der Synagoge, Banknoten ohne jeden Gewinn für klingende Münze einzuwechseln, besonders zum Nutzen des Heeres und zur Erleichterung des Kleinhandels. — Der Erfolg hiervon war bereits, daß in den Amts-Städten wenigstens den dringendsten Bedürfnissen im Kleinhandel abgeholfen worden ist. — Die Landes-Regierung hielt es für Pflicht, diese schätzenswerthe Handlung der jüdischen Gemeinde in Tarnow mit dankender Anerkennung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. (Gaz. Lw.)

* **Prag,** 29. Juni. Die heutige Prager Zeitung enthält ein Publikandum des Gubernial-Präsidenten Grafen Thun, in welchem er auf allerhöchsten Befehl den provisorischen Regierungsrath für aufgelöst erklärt. Ein anderes Publikandum löst den National-Ausschuß auf.

Mit drei Beilagen.

Erste Beilage zu № 152 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 2. Juli 1848.

) **Prag**, 29. Juni. [Tages-Neuigkeiten.] Unter den neu Eingezogenen sind Dr. Brauner und Sabina, Redakteur der Prager böhmischen Zeitung. Vor einigen Tagen wurde der Redakteur der Narodny nowinny, Hawlicek zu Leo Thun gerufen und ihm bedeutet, man würde ihn einsperren, wenn er fortführe, so frei zu schreiben. Ein Plakat erklärt das National-Comité für aufgehoben, weil sich mehrere Mitglieder desselben bei den letzten Ereignissen betheiligten. Eben so wird Graf Leo Thun eine neue Kommision zusamensetzen, um die Vorarbeiten für den Landtag zu beginnen; mithin werden alle bisher vom Nationalausschusse gelieferten Arbeiten für null und nichtig erklärt. Unsere Waffenabgabe ist vollendet und der bisherige Interimskommandant durch einen pens. Major v. Koller ersetzt worden. Eine Erinnerung an die Volksbewaffung haben wir noch. Es werden nämlich 160 Gewehre verabfolgt, welche auf dem Rathhause deponirt bleiben; die jedelmal dienstthuende Abtheilung muß sich diese Gewehre holen und sodann entweder der nächsten dienstthuenden abgeben oder ins Depositorium liefern. — Unser alle Geschäfte hemmender Belagerungszustand soll mit dem 4. Juli behoben werden; doch verlautet darüber nichts Offizielles; eben so wenig über unsern Landtag. Er soll nun erst nach dem Wiener Reichstage gehalten werden. Unsere, während des Bombardements nach Wien geschickte Deputation ist ganz verschollen.

§§ **Pesth**, 28. Juni. [Die Insurgenten. — Der ungarische Landtag.] In der von den illirischen Insurgenten, wie wir gestern gemeldet, genommenen Stadt Weißkirchen wohnen meist Deutsche. Die dortige Nationalgarde verlangte von dem Oberst Dreihahn, daß er sie im Verein mit den 300 Soldaten gegen die Insurgenten führe. Aber die Soldaten, meist Illirier, liefen davon, und der Oberst Dreihahn übergab Alles den Feinden. Diese sollen nur 700 Mann stark und größtentheils ohne Gewehre gewesen sein. — Der ungarische Landtag ist um mehrere Tage verschoben worden und dürfte erst am 9. Juli durch den präsumtiven Thronfolger Erzherzog Franz Joseph eröffnet werden. Die Magnatentafel wird ihre Sitzungen im Nationalmuseum halten, — ein böses Omen für diese Tafel. — Der Erzherzog Stephan ist gestern aus Innsbruck hier wieder eingetroffen.

△ **Aus Siebenbürgen**, 21. Juni. [Geschichte und Bedeutung der Union.] Unser einst so friedliches Land ist in zwei Lager getheilt, für und gegen die Union mit Ungarn. Diese feindliche Stellung dauert noch fort und ist sogar in gegenseitige Erbitterung ausgeartet, seitdem die Union mit Ungarn auf dem Landtage zu Klausenburg am 30. Mai mit unendlichem Jubel einstimmig ausgesprochen wurde. Die renitirenden Hermannstädter Sachsen nennen dies einen Terrorismus und beschuldigen die Deputirten der übrigen sächsischen Kreise, die in die Union mit Bedingungen einwilligten, des Hochverraths an der ganzen sächsischen oder deutschen Nation in Siebenbürgen. Sie haben sich schon im April mit den Walachen, den stärksten der Zahl nach, vereinigt, um diese Union unmöglich zu machen, sie haben mit Wort und Schrift dagegen agitirt, sie sind von Wien aus von dem reaktionären Pfuhl dazu angefeuert worden und zwei deutsche Hermannstädter Zeitungen haben sich als Paladine dieses Verraths an der gerechten Sache und dem Deutschthum gerirt. Diese Allianz hat eine der großartigsten walachischen Volksversammlungen zur Folge gehabt, welche am 15. Mai zu Blasendorf abgehalten wurde und welche mit der slavisch-aristokratischen Reaktionsbewegung des Absolutismus, die nicht undeutlich europäisch zu sein scheint, gewiß in genauester Verbindung steht. Die Petitionspunkte, welche die Walachen bei dieser Nationalversammlung stipulirten, stellen klar die Absicht heraus, daß sie unter dem Deckmantel des österreichischen Kaisers und den ihm bei dieser Gelegenheit erneuerten Eid **ein dako-romanisches Königreich mit Inbegriff der Moldau, Walachei, Siebenbürgens, des Banats und der Marmorosch gründen und sich dem großen Süd-Slavenreich verbünden wollen.** Ihre nach Wien bestimmte Deputation erhielt indessen keine Pässe und die für den siebenbürgener Landtag bestimmte, erhielt kein Gehör — — die Vereinigung mit Ungarn aber wurde ungeachtet aller dieser Intriguen ausgesprochen, der Gesetzartikel darüber verfaßt und Sr. Majestät dem Kaiser zur allerhöchsten Sanktion vorgelegt. Diese ist indessen bis jetzt noch nicht erfolgt, was die Gemüther der Rechtlichen nicht wenig beunruhigt, da durch diesen Aufschub den Mächten der Finsterniß Zeit zu ihren Umtrieben gegönnt ist. An der Spitze derselben steht unfehlbar der nichtunirte walachische Bischof Schaguna, ein Serbe, und der ehemalige Obergespan des Hunyader Komitats Noptscha, von Geburt zwar ein Walach, der aber bisher stark auch den eingefleischtesten Magyaren spielte, sich auch dafür einst schlagen wollte, aber auf der Blasendorfer Volksversammlung seine reine walachische Abkunft und die Sympathien für diese Nationalität beschwor. Der eine hofft Metropolit, der andere Woiwod zu werden. Da sie durch die im Prinzip angenommene Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn ihre Pläne scheitern sahen, haben sie sich nur noch inniger mit den Hermannstädter Sachsen verbunden und ein von ihnen aufgestelltes und sich für permanent erklärtes walachisches Regierungskomitee, das in Hermanstadt seinen Sitz hatte, bemühte sich nun, die walachischen Bauern gegen ihre Grundherrn und die Ungarn im Allgemeinen aufzuwiegeln **und sich Rußland und der slavischen Partei in die schützenden Arme zu werfen.** Es ist dieß freilich noch nicht offiziell bekannt, aber gegen die Walachen-Aufstände sind bereits mehrere Szeckler-Divisionen mobil gemacht worden und es ist auch schon Blut geflossen. **Bei Michalczfalva an dem Marosch ist fast eine Schlacht gegen 3000 Walachen geliefert worden, wo 20 todt geblieben, darunter 3 Kleriker, und gegen 40 verwundet worden sind.** Dieses warnende Exempel und das am 10. Juni beendigte Gesetz, welches den siebenbürgischen Bauer von jeder Frohne befreit, dann der Umstand, daß am 29. September Se. Majestät der Kaiser die Regierung Siebenbürgens in die Hände des Erzherzogs Palatin vermöge eines eigenen Handbillets gelegt hat, wodurch diese in den Stand gesetzt wird, eine größere Energie entwickeln zu können, dürften die innere Ruhe bald herstellen, wenn sie nicht von Außen bedroht werden sollte. Allein wir fürchten nach den neuesten Ereignissen Beides, — denn obwohl das walachische Komité in Hermannstadt zersprengt wurde, da zwei Gubernial-Kommissäre ausgesendet wurden, um die Koryphäen: Barnucz, Pap Sandor, Dunka und Butjan zu verhaften, so erhielten diese doch bei Zeiten Wind, da das hierzu beorderte österreichische Militär, sonderbar genug, den früheren Anstalten der Landesstelle nicht entsprach, — und sie entwischten, um sich nach allen vier Winden im Lande zu vertheilen und einen allgemeinen Aufstand im ganzen Lande und zu ein und derselben Zeit vorzubereiten, welcher sehr leicht blutig und erfolgreich werden kann, da nur sehr wenig verläßliches Militär, das nicht reaktionär gesinnt und der jetzigen ungarischen Regierung geneigt wäre, sich im Lande befindet. Ob Noptsa, der präsumtive Nachfolger Decebals, mit seinem Minister Jordan eingefangen wurde, darüber wissen wir nichts Gewisses. Zugleich soll sich eine Gesandtschaft in die Walachei begeben haben, um mit Bibesko, Duhamel und Kotzebue gemeinsame Sache zu machen, und auch Benigni, der Redakteur des Siebenbürger Boten, soll dahin eine politische Mission erhalten haben. Ein Professor der juridischen Akademie in Hermannstadt, welcher Zimmermann heißen soll, befindet sich angeblich bei Jelachich in Agram und der Bischof Schaguna heimlich in Innsbruck; bei dieser Sachlage haben also die siebenbürger Sachsen nebst Bürgerkrieg auch noch die schönste Aussicht russisch-kroatische Walachen zu werden und sich als Aufgabe die Verachtung Europas zu verdienen. Die Kronstädter haben sich bis jetzt noch tapfer gehalten und sind auch deßhalb mit den Hermannstädtern zerfallen. **Jeder rechtschaffene und aufgeklärte Ungar, der sich noch nie wie jetzt, in den ärgsten Zeiten der Bedrängniß, zu der aufrichtigen und humanen deutschen Nation hingezogen fühlte,** wünscht vom Herzen, daß alle diese von wahrheitsliebenden Männern erzählten Gerüchte erlogen sein möchten, da dieser Verrath an der ungarischen Nation von dem größeren Theile der Sachsen begangen, nicht leicht vergessen und zu einer blutigen Rache herausfordern dürfte, die ein wahrhaftes Versöhnungswerk einer innigeren Verbrüderung ganz und gar unmöglich machen müßte. **Indessen ist der Magyarenhaß in Hermannstadt aufs höchste gestiegen, die Stadt ist fast in Belagerungszustand erklärt und nicht weit davon in Vizakna** (Salzburg) **soll sich ein Lager von Szecklertruppen formiren.** Der Graf der Sachsen, der so gefeierte Salmen, ist auch nicht auf dem Landtage erschienen, wo er seiner doppelten Eigenschaft wegen, als Sachsengraf und Gubernialrath doch zu erscheinen hätte — und hat selbst dem Einberufungsbefehl unseres Gouverneurs nicht Folge geleistet. Er wird es am besten wissen, worauf sich sein Ungehorsam zu stützen hat. **Dieser politische Vulkan muß bei uns bald zum Ausbruch kommen, das ist kein Zweifel, nur mit dem Unterschied, daß er verheerend sein wird, wenn die Union vom Kaiser, was indessen kaum denkbar ist, nicht bestätigt werden sollte, weil wir dann von Ost, Süd und West angegriffen werden, — und daß er exekutorisch sein wird, wenn er sie bestätigt, weil wir dann dem Gesetze Achtung verschaffen müssen** — **Die Stimmung ist eine gedrückte und der Geldmittel sind nur wenige, da der Adel fast Alles verloren hat. Handel und Industrie liegen ganz darnieder. Die Zukunft ist eben so schwarz, wie die Gegenwart schrecklich zu werden droht. Viele denken ernstlich an Flucht, denn die Russen fürchtet man mehr, als einst die Tartaren.**

Nachschrift: **Vor Absendung dieses Schreibens erfahre ich noch, daß am 18. Juni ein Kourier aus Innspruck dem kaiserlichen Kommissär Baron Puchner die Depesche mit der Bestätigung der Union überbrachte.** Mit nächster Post Ausführlicheres.

Klausenburg, 23. Juni. [Proklamation der Union. — Komplott in Herrmannsstadt. — Die Pforte verschachert die Moldau und Walachei an Rußland.] Heute war nach Pfingsten wieder die erste Landtagssitzung, in welcher die von Sr. Majestät dem Kaiser sanctionirte Union Siebenbürgens als Thatsache proklamirt wurde. Der Jubel ist nicht zu beschreiben und er wird in Ungarn und Deutschland in tausendfältigem Echo wiederhallen. Ungarn ist durch diese Vereinigung mit einem Lande gekräftigt, das 2,300,000 Seelen zählt, das 4,000,000 Gulden reines Erträgniß abwirft, das noch einen urkräftigen Boden hat und das Peru Europa's ist, wenn dessen unterirdische Schätze gehörig ausgebeutet werden. Dieser Kräftigung konnte die ungarnfeindliche Kamarilla, die reactionäre Beamten-, Slaven- und Aristokraten-Partei nicht mit Gleichgiltigkeit zusehen, sie konnte sie nicht so mir nichts dir nichts geschehen lassen, sie mußte alle Segel der Intrigue auffspannen, alle Minen der Heuchelei und des Verraths springen lassen, um sie unmöglich zu machen. Ihre Waffen sind aber abgestumpft an der Vorsicht und dem Mißtrauen der vielfach Hintergangenen, sie sind zersplittert in der plumpen Hand ihrer Führer — und die gute, die gerechte Sache hat gesiegt. War dieser Sieg schon ein schwerer, und ein Kampf auf Leben und Tod der Schreiberherrschaft mit dem Liberalismus, so wird die Erhaltung des eroberten Terrains um so schwieriger und deshalb die größte Wachsamkeit nöthig sein. Den Beleg dazu liefern die letzten Stadien der Unionsgeschichte, auwelche ich nächstens zurückkomme. — Aus Herrmannsstadt hören wir, daß die Gubernial-Commissäre ein gefährliches und weit verzweigtes Komplott entdeckt haben, in Folge dessen Steckbriefe an alle Jurisdictionen zur Verhaftung mehrer walachischen und deutschen Aufwieglern ausgesendet worden sind. Bis jetzt noch weiß man nichts Bestimmtes darüber und ist auf das Resultat äußerst gespannt — so wie auf die nunmehrige Gestaltung Siebenbürgens. Walachische Aufstände tauchen hie und da auf, werden aber stets durch die tapfern Szekler unterdrückt. — Aus der Walachei erfahren wir, daß die Pforte 20,000,000 Piaster — unserer Ansicht nach viel zu wenig — als Loslassungssumme für die Moldau und Walachei verlange. Rußland, das gutherzige, will nicht nur diese Summe, sondern auch noch eine gleich große zur Errichtung einer walachischen Nationalbank vorstrecken, dafür sämmtliche Klostergüter, beiläufig gesagt dreimal so viel werth, aus beiden Fürstenthümern in Pfand nehmen und das Land militärisch besetzen. Deutschland habe Acht, es handelt sich um die Mündungen deines einzigen deutschen Flusses in die Meere nach Südost. Oesterreich ist unthätig und ohnmächtig, es hat in der Moldau und Walachei auch immer geschlafen und Ungarn ist noch zu viel mit sich und den Kroaten beschäftigt.

Rußland.

* **Breslau**, 1. Juli. [Das russische Invasionsheer.] Durch gütige Mittheilung erfahren wir soeben zuverläßige Details über das angebliche russische Grenzheer, welches sich sogar nach der Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der Adreß-Kommission, auf 300,000 Mann belaufen soll. Der Minister hat über die Gesinnungen des Czaaren gegen Deutschland und insbesondere gegen Preußen, die allgemeine Stimmung einigermaaßen zu beruhigen gewußt.*) Unser Berichterstatter, seit Jahren mit vielen höheren russischen Staabsoffizieren eng befreundet, kehrt soeben, nach längerem Aufenthalte daselbst, aus Warschau zurück und giebt Nachstehendes in der erwähnten Frage an:

Die gesammte Heeresmacht, welche Rußland überhaupt gegenwärtig mobil zu machen und ins Feld zu

*) Vergl. auch die Verhandlungen der Nationalversammlung in unserem heutigen Blatte. Red.

stellen vermag, beläuft sich auf höchstens 600,000 Mann. Die mehrfach laut gewordene Behauptung, als sei Rußland nicht im Besitze von tüchtigem Kriegsmaterial, ist falsch. Uniformirung, Waffen, Pferde und Rüstzeug sind vortrefflich im Stande, Mundvoräthe sind in Masse vorhanden, die Unterhaltung der Truppen kostet im Verhältniß viel weniger, als bei uns, und der Schatz des Kaisers ist bekanntlich noch längst nicht erschöpft. Die Rüstungen im ganzen Reiche gehen kräftig vorwärts, allein es ist unrichtig, wenn von der Aufstellnng von 300,000 Mann im Königreiche die Rede ist. In ganz russisch Polen stehen vielmehr gegenwärtig nur zwei Armeekorps aus je 50,000 Mann, also im Ganzen 100,000 Mann. Warschau ist zwar sehr stark armirt, doch nur von höchstens 12000 Mann besetzt. Gegen die schlesische Grenze hin ist ein einziges Bataillon vorgeschoben, und ein nur eben so geringes Korps gegen die Krakauer Grenze. Gegen Posen zu, die Grenze entlang sind höchstens 25000 Mann lozirt. Dies ist also die bedrohliche Macht, von der man hier träumt. Allerdings rücken aber fast täglich Verstärkungen nach, und es wird bis Ende September d. J. im Königreiche die auch vom Ministerio behauptete Heeresmacht von 300,000 Mannn schlagfertig versammelt sein. Im Königreiche bedarf es zwar nur eines Funkens, um die polnische Bevölkerung zu wecken, jetzt ist aber dort, so wie auch in Galizien Grabesruhe, da ein Aufstand fruchtlos sein würde. Eine Fabel war daher auch die von den Blättern verbreitete angebliche Verschwörung in Warschau, so wie die angeblich stattgefundene Vernagelung aller Geschütze auf der dortigen Citadelle. Die Absicht des Kaisers in Beziehung auf die Aufgabe für diese Armee ist selbst den höchstgestellten Militärs Geheimniß. Darf man Vermuthungen trauen, so ist keineswegs die Absicht irgend welcher Invasion Grund zu so gewaltigen Anstrengungen, vielmehr scheint die Besorgniß vor einer deutschen Invasion nach Rußland den gewaltigen Koloß geweckt zu haben. Aber selbst für den Fall einer beabsichtigten Offensive ist jene Armee der 600,000 wohlgerüsteten und geübten Truppen nicht zu fürchten, denn mindestens 100,000 Mann müssen im Königreiche bleiben, eben so viel am Kaukasus, eben so viel gegen die Türkei, eben so viel endlich im Innern des Reiches, soll dieses nicht durch innere oder jenseits der Grenzen lauernde Feinde aufs Aeußerste gefährdet werden. Somit bleiben zu einer Invasion höchstens 200,000 Mann verfügbar, allerdings eine ansehnliche Macht, die indeß zu einer Bewältigung auch nur eines Theiles von Deutschland sicher nicht ausreichen würde.

∗ **Riga,** im Juni. [Russische Censur.] Die neuen Censur-Veränderungen setzen den Buchhandel in Schrecken. Jedes Buch soll nun ohne Ausnahme einem Zoll unterworfen sein. Jedes Heft und jede Flugschrift zahlt 5 Kop. Silber; Romane zahlen 15 Kop. vom Theil. Bücher in Masse zahlen aufs Pfd. 5 und 10 Kop. — Es werden sonach von nun ab **alle Novitäten im Buchhandel aufhören,** da die Zurücksendung des Unverkauften jetzt unmöglich geworden ist. (Gaz. Lw.)

Von der russischen Grenze, 25. Juni. [Aufhebung der polnischen Grenze.] In Tauroggen und in die Umgegend rückten 3 Bataillone des Regiments Prinz Albert ein, wie die Offiziere zu erzählen wußten, zur Unterstützung der Grenzbesetzung, da an jener Grenze die Schmuggelei ganz offen betrieben werde und die Strasnicks häufig durch die Uebermacht der Schmuggler vertrieben wurden. Mit diesen Truppen zugleich erschien eine Kommission, an deren Spitze ein Beamter aus Petersburg, um die polnische Grenze auf eine stärkere Besetzung mit Grenzsoldaten vorzubereiten. Zu dem Ende wurde von der Regierung ein Strich Landes längs der Grenze angekauft, und wo dieses mit Getreide besäet war, wurde solches sofort abgemäht. Dieses gab Veranlassung zu dem Gerüchte, daß die Russen die Absicht hätten, unmittelbar an der preußischen Grenze ein Lager aufzuschlagen. Begründeter scheint das Gerücht von Aufhebung der resp. polnischen Grenze zu sein; denn an der preußischen Grenze sollen eben solche Wachthäuser in bestimmten Zwischenräumen erbaut werden, wie sie jetzt an der resp. polnischen Grenze zu finden sind, und diese neuen Häuser sollen schon zum 1. Juli von den jetzt an der Grenze stationirten Grenzsoldaten bezogen werden. Deswegen wird auch behauptet, daß das Erscheinen der Kommission nur zur Besichtigung der Grenze stattfinde und durchaus nicht in Zusammenhang mit den jetzigen Zeitverhältnissen stehe. Sie sagen, der Kaiser habe vor einem Jahre einen Ukas erlassen wegen Aufhebung der resp. polnischen Grenze und damals schon befohlen, das Nöthige wegen Verlegung der Grenze vorzubereiten. — Dem Vernehmen nach steht dem Tschinwesen (den sogenannten 14 Rangklassen) im ganzen russischen Reiche eine bedeutende Veränderung, wo nicht gar gänzliche Abschaffung bevor, da das Mißverhältniß der Zahl des Beamten- und Bürgerstandes ein nicht länger haltbarer Zustand ist. Schon vor einem Jahr wurde in gleicher Absicht der persönliche Adel, den früher alle 14 Klassen genossen, auf die neun ersten und der erbliche auf die fünf ersten beschränkt, statt daß er früher bis zur achten herabging. (Danz. Z.)

Frankreich.

∗∗ **Paris,** 27. März. [National-Versammlung. Schluß der Sitzung vom 26sten.] Der Kampf im Faubourg ist eingestellt. Um 5¾ Uhr besteigt Lacrosse den Präsidenten-Stuhl und zeigt der Versammlung an, daß die Abtheilungen die Prüfung der ihnen vorliegenden Gesetzentwürfe noch nicht vollendet hätten, und keine neue Depeschen angelangt seien. Die Sitzung wird von neuem suspendirt. Um halb 9 Uhr füllt sich der Saal wieder und Senard erklärt am Beginn einer längeren Rede, daß der Kampf auf allen Punkten der Stadt, wo er stattgefunden, völlig aufgehört habe. Am Schlusse dieses Vortrages trägt er darauf an. Die Zahlungsfrist der am 23., 24., 25., 26., 27. und 28. Juni fälligen Wechsel bis zum 5. Juli zu verschieben. Wird angenommen. Tillancourt beantragt eine Adresse an die französische Nation, an die festen und mobilen Bürgerwehren und an die Armee. Luneau unterstützt ihn. Der Antrag soll morgen zur Ausführung kommen. Flocon, Ackerbau- und Handelsminister, widerlegt wiederholt die Gerüchte und Befürchtungen wegen eines Brodmangels und versichert, daß die Staatsspeicher und die Magazine von Sceaux zur Befriedigung aller Magen hinreichen würden. — Am Schlusse geht die Nachricht ein, daß auch die letzten Barrikaden in der Villette, gleich denen des Faubourg St. Antoine niedergerissen würden. Die Versammlung geht bald nach 9 Uhr auseindnder. — Sitzung v. 27. Juni. Die Gegend des Sitzungssaales, von der Rivolistraße bis hinter den Burgunderplatz, gleicht immer noch einem Kriegslager. Die Kanonen sind aufgepflanzt, ganze Regimenter bivouakiren auf dem Concordiaplatze u. s. w. Im Sitzungssaale selbst suchten unsere Augen zuerst diejenigen Deputirten, welche die gestrige Nacht als Geißeln hinter den Barrikaden des Faubourgs St. Antoine's zubrachten und denen Larabit als Parlamentair diente. Wir erblicken nur Larabit. Das alte Oppositionsglied saß ziemlich zerstört auf seinem Platze; es schien sehr nachdenklich. Was mochte in seiner Seele vorgehen? Senard, der unermüdliche Generaladvokat, eröffnete die Sitzung um 11 Uhr. Er zeigte der Versammlung an, daß, einzelne kleine Scharmützel abgerechnet, Paris, bis auf die zahllosen Wachen ruhig geschlafen habe. In den Departements, z. B. Marseille, habe die Contre-Revolution ebenfalls ihr Haupt erhoben, sei aber bald unterdrückt worden. In Nantes, Lyon, Rouen sei die Ruhe erhalten worden u. s. w. In Paris selbst wache die Vollziehuugsgewalt unermüdet. Die 9. und 12. Legion der Pariser Bürgerwehr (St. Antoine und St. Marceau) werden, Excesse und Mißtrauens halber so eben entwaffnet. Ferner trage er auf Niedersetzung eines Ausschusses an, der sich sofort mit den Opfern der letzten vier Tage beschäftige. Die Nationalversammlung habe zwar bereits die Wittwen und Waisen adoptirt, aber es bleibe noch viel zu thun übrig. Es wird ein Ausschuß von 9 Gliedern ernannt, der die nöthigen Anträge auszuarbeiten hat. Endlich soll eine pomphafte Revue aller herbei geeilten Bürgerwehren stattfinden und Alles aufgeboten werden, um ihnen den für die Republik bewiesenen Eifer möglichst zu vergelten. Dieser Vorschlag fand nicht minder Beifall. Die Sitzung wurde suspendirt, und die Glieder zogen sich in die Bureaus zurück, um mehrere Gesetzentwürfe (Deportation), Begräbnißfeierlichkeiten und dergl. insgeheim zu berathen.

Die Sitzung wird um 3 Uhr wieder aufgenommen. Louis Blanc hat eine lange Unterredung mit dem Präsidenten Senard. Die Versammlung ist fast vollzählig, nur wenige Sitze sind leer. Der Präsident theilt zwei Depeschen aus Limoges und Marseille mit, wonach daselbst die Unordnungen gänzlich beendigt sind. — Méaulle, Berichterstatter der Kommission über das Loos der gefangenen Insurgenten, schlägt folgendes Dekret vor: 1) Alle Chefs, Anstifter und Leiter der Insurrektion, die Geld vertheilt und Kommando's geführt haben, werden von den Kriegsgerichten nach der Strenge der Gesetze gerichtet. 2) Alle bloßen Kämpfer, Barrikadenbauer und Theilnehmer der Insurrektion werden nach den französischen Besitzungen, mit Ausnahme der des Mittelmeeres, deportirt. Der Berichterstatter entwickelt das Dekret und verlangt „im Interesse der Gesellschaft," daß die Versammlung den Muth habe, in einer so außerordentlichen Krise aus den Schranken der gewöhnlichen Legalität herauszutreten und sich durch energische Maßregeln den Dank Frankreichs und ganz Europas zu verdienen. — General Cavaignac besteigt die Tribüne. (Tiefe Stille.) — Er protestirt mit Energie gegen den Kommissions-Bericht, in dem es heißt, er hätte darauf angetragen, daß alle Insurgenten von den Kriegsgerichten nach der Strenge der Gesetze gerichtet werden. Nie sei ihm das eingefallen; er wolle seinen Namen nicht befleckt wissen, und sich als einen Menschen geschildert sehen, der strenger und blutiger sei, als dies die Nationalversammlung, als dies ganz Frankreich wolle. (Allgemeine Beistimmung folgt seinen Worten.) Meaulle sucht die Stelle seines Berichtes zu rechtfertigen und zu mildern, und die ganze Kommission giebt Cavaignac das Zeugniß, daß seine Ansicht in dem Berichte ungenau wiedergegeben sei. General Lebreton bedauert, daß gerade die bedeutendsten Männer der Versammlung (Alles blickt auf Thiers) in diesem ernsten Augenblicke schweigen. Ein guter Bürger müsse in jeder Lage der Dinge seine Pflicht thun und offen, nach seinem Gewissen, seine Meinung aussprechen. Er behauptet, die Versammlung kenne die Gefahr nicht, der sie entgangen. Die Pulververschwörung sei gar nichts dagegen gewesen. Er sei im Besitze von Dokumenten, die er im Hauptquartier der Insurgenten an der Barrière Poissonière genommen habe; er wolle sie jetzt noch nicht veröffentlichen, aber die Versammlung werde schaudern, wenn er sie ihr mittheile. Er habe mit allem seinem Einflusse verhindert, daß Gefangene ohne Urtheil erschossen wurden; er habe überall das Blutvergießen verhindert, aber eben deswegen dringe er auf die schnelle und summarische Justiz durch die Annahme des vorgeschlagenen Dekrets. Die Gesellschaft, die ganze Civilisation sei in Gefahr und da dürfe man nicht zagen, nicht zaudern. Er erklärt zuletzt, daß er den Nationalgarden, die unter seinem Befehle die Barrikaden gestürmt und ihr Blut vergossen hätten, vollständige und schnelle Genugthuung versprochen habe und daß diese, so wie ganz Frankreich, auf die Festigkeit der Versammlung zählten. Mehrere Redner drängen sich auf die Tribüne, man verlangt die Abstimmung. — Perrée schlägt noch vor, daß die Versammlung sich in ihre Bureaux zurückziehe und dann nach 2 Stunden das Dekret votire oder verwerfe. Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt die Versammlung mit ungeheurer Majorität die Dringlichkeit (urgence) des Dekrets. Perrée's Vorschlag wird verworfen. — Die Artikel des Dekrets werden zur Abstimmung gebracht, die bei Postschluß noch fortdauert. — Es scheint ziemlich sicher, daß das Dekret mit ungeheurer Majorität votirt werden und heut noch in Kraft treten wird.

∗ [Letzte Augenblicke der Insurrektion.] Enorme Truppenmassen der Generale Lamorcière und Perrot hielten das ganze Faubourg St. Antoine umschlungen. Nur von Menilmontant und Popincourt, jenseits des Kanals her beunruhigten einzelne Insurgenten-Abtheilungen die Truppen. Es schlug 10 Uhr. Die Belagerungsgeschütze, Mörser, Haubitzen und Kanonen, welche Cavaignac auf Verlangen Lamoricières aus Arras und la Fère (zweien Festungen) in aller Eile hatte herbeischaffen lassen, waren eingetroffen. Die Pechkränze und Brandbomben lagen bereit: der produktivste Theil von Paris sollte vernichtet werden. Der revolutionäre Heerd brannte bereits an einigen Stellen, als Lamorcière, ein kleiner blutjunger, negerköpfiger Glückssoldat, umgeben von seinem ganzen Generalstabe, im Café Amand, an der Ecke des Bastillenplatzes, auf den Befehl zum Beginn des Bombardements wartete und mit der Uhr in der Hand die Minuten zählte, welche das Schicksal über Hunderttausende entscheiden sollte. Da sprengt ein Ordonnanzreiter herbei und bringt ihm die Kapitulation des Faubourgs: die Insurgenten haben die Waffen gestreckt und reißen selbst die Barrikaden nieder. Die größte Katastrophe wurde vermieden — Ströme von Blut dadurch erspart.

∗ [Proklamation Cavaignac's.] An die Bürgerwehr und Armee. Bürger! Soldaten! Die geheiligte Sache der Republik hat triumphirt. Eure Hingebung, Euer unerschütterlicher Muth haben sträfliche Pläne vereitelt, verhängnißvolle Irrthümer gerichtet. Im Namen des Vaterlandes, im Namen der ganzen Menschheit werde Euch Dank für Eure Anstrengungen, seid gesegnet für diesen nothwendigen Triumph. Diesen Morgen noch war die Aufregung des Kampfes legitim, unvermeidlich. Jetzt aber seid eben so groß in der Ruhe, als Ihr es so eben im Kampfe gewesen. In Paris sehe ich Sieger, Besiegte; möge mein Name verflucht bleiben, wenn ich einwilligte, dort Opfer zu sehen. Die Gerechtigkeit wird ihren Lauf haben; möge sie handeln: das ist Euer Gedanke, das ist der meinige. Bereit, wieder in den Rang eines einfachen Bürgers zurückzukehren, nehme ich in Euere Mitte das bürgerliche Bewußtsein (Souvenir) zurück, in diesen Tagen schwerer Prüfungen die Freiheit nur in soweit beschränkt zu haben, als das Heil der Republik dies selbst verlangte, und demjenigen ein Beispiel vermacht zu haben, der einmal berufen sein könnte, seinerseits ebenso ernste Pflichten zu erfüllen.

Paris, 26. Juni Abends 1848.

(gez.) E. Cavaignac.

∗ [Vermischte Nachrichten.] Um Mitternacht fand noch eine lebhafte Füsillade in der Nähe der Tuilerien und des Palais National

statt. Der Père la Chaise ist noch von den Insurgenten besetzt. — Seit heute früh beginnt die Vertheilung der Unterstützungsgelder an die Bedürftigsten. Man entsinnt sich, daß die Nationalversammlung vorgestern 3,000,000 Franken dafür votirte. Ein Tropfen ins Meer! Die Noth ist fürchterlich. — Im Laufe der vorigen Nacht wurden etwa 2000 Gefangene in Omnibuswagen, unter starkem Kavaleriegeleit, aus den Stadtgefängnissen in die Kasematten von Vincennes und den übrigen Außenwerken geschafft. — Noch läßt sich die Zahl der Gefallenen, Verwundeten, Ersäuften, Verbrannten, Massakrirten, kurz aller Verlornen, nicht genau bestimmen. Man schätzte sie gestern Abend auf 10—11,000. — Außer den Spitälern sind mehrere Kirchen und Privatgebäude der Pflege der Verwundeten gewidmet. Die Frauenwelt sitzt vor den Hausthüren und zupft Charpie. Wehmüthiger Anblick. — Der Erzbischof von Paris ist gestorben. Die Kugel, die ihn hinter den Barrikaden erreichte, hatte das Rückenmark verletzt, und jede Rettung war unmöglich. — Die gesammtzahl der gefangenen Insurgenten wird von Einigen auf 4—5000 geschätzt. — Lalanne, der neue Direktor der National-Werkstätten (Schwager des Staatsbauten-Ministers Trelat) ist als der Begünstigung der Insurrection verdächtig, arretirt worden. — Deflotte, der bekannte Marine-Offizier und Mitredakteur der Democratie pacifique ist ebenfalls arretirt. — Emil v. Girardin, Redakteur der Presse, sitzt in der Conciergerie im strengsten Verhaft. Selbst seine Frau, die bekannte Delphine Gay, darf nicht mit ihm korrespondiren. Er soll bei der Insurrektion betheiligt sein. — Der zur Untersuchung der Ereinisse des 23., 24., 25. und 26. Juni dekretirte Ausschuß besteht aus meist der Majorität angehörenden Gliedern. Odilon Barrot ist Präsident, Woirhaye, Vice-Präsident und Waldeck, Rousseau und Landrin, Sekretaire.

Der Maire von Paris hat gestern ein Dekret erlassen, wonach bis auf weitere Befehle jeden Abend alle Häuser von Paris beleuchtet sein müssen. Die Nationalgarden sollen an den Straßenecken ihrer verschiedenen Bezirke bleiben und allnächtlich patrouilliren. Die Circulation soll jedoch nur in den Stadttheilen gehemmt sein, wo dies die Umstände durchaus nöthig machen. — Gestern mit Anbruch der Nacht begann das Fortschaffen der Leichen, die überall noch auf den Kampfplätzen lagen. Große Frachtwagen, von Kavalerie eskortirt, wurden beladen und fortgeführt. — Mehrere Personen, die eine hohe Stellung in der Gesellschaft einnehmen, sind im Luxembourg verhaftet. Man nennt darunter einen Herzog und zwei Gräfinnen des Faubourg St. Germain, die Geld an die Mobile vertheilten, um sie für Henri V. zu gewinnen. — Gegen Mitternacht wurde Paris durch einen Allarm aufgeschreckt. Ein lebhaftes Flintenfeuer und der Ruf: Zu den Waffen! brachte in 5 Minuten die ganze Nationalgarde auf die Beine. Man erfuhr bald, daß die in den Tuilerien untergebrachten Gefangenen, die man um Mitternacht in 20 Omnibus nach der Polizei-Präfektur bringen wollte, im Hofe der Tuilerien sich auf die Gewehr-Pyramiden der Nationalgarden warfen, sich der Gewehre bemächtigten und ein Feuer auf die Truppe eröffneten. Sie wurden zwar bald überwältigt, aber der Zwischenfall hat mehrere Menschenleben gekostet. — Ein ähnlicher Vorfall trug sich gegen drei Uhr Morgens in der Kaserne „France nouvelle“ zu. — Vor allen Häusern von Paris sitzen die Frauen und Mädchen auf der Straße und zupfen Charpie. Alle zwei Stunden durchziehen die Nationalgarden die Straßen und sammeln die gezupfte Charpie ein, um sie an die überfüllten Spitäler abzuliefern. Ueberall wird Wäsche, Bettzeug, alte Leinwand zu Bandagen u. s. w. hergegeben, an allen Straßenecken für die Bedürftigen gesammelt. Die Haltung der Bevölkerung ist bewundernswerth. Die Nationalgarde nimmt überall Haussuchungen vor. — Es bestätigt sich, daß General Bréa nebst seinem Adjutanten von den Insurgenten erschossen wurde. Er rückte mit 2 Regimentern gegen die Vorstadt des Temple an. Im Angesicht der ersten Barrikade ritt er nebst seinem Adjutanten auf die Insurgenten zu, um sie zur Unterwerfung aufzufordern. — Er ward umzingelt und hinter die Barrikade geführt. — Hier verlangte man von ihm einen schriftlichen Befehl an die zwei Regimenter, die Waffen niederzulegen. Er weigerte sich. „So wirst du erschossen!“ schrien die Insurgenten. „Ich habe drei Kinder“, entgegnete der General, „aber gleichviel: erschießt mich. Den Befehl gebe ich nicht.“ Fünf Minuten darauf fielen er und sein Adjutant unter den Kugeln der Insurgenten. — Außer den Spitälern sind mehrere Kirchen und Privatgebäude der Pflege der Verwundeten gewidmet.

Das heutige „Journal des Débats“ enthält folgendes Nähere über das Schicksal des Erzbischofs von Paris: „Vorgestern, Sonntags, verließ derselbe um halb 6 Uhr den erzbischöflichen Palast und begab sich zum General Cavaignac, um denselben zu fragen, ob es ihm verboten wäre, sich in die Mitte der Insurgenten zu begeben und Friedensworte an sie zu richten. Der General empfing den Prälaten mit Zeichen lebhafter Bewegung und antwortete ihm, er könne es nicht auf sich nehmen, unter solchen Umständen einen Rath zu geben; sicher sei ein solcher Schritt sehr gefährlich, aber jedenfalls würde er selbst nur dankbar dafür sein können, und er zweifle nicht, daß die Bevölkerung von Paris eben so lebhaft ergriffen davon sein würde. Der Erzbischof erklärt alsbald, daß sein Entschluß gefaßt sei. Er kehrte eiligst nach dem erzbischöflichen Palast zurück, traf einige persönliche Anordnungen, und gegen 8 Uhr erschien er am Fuß der Bastillensäule. Irrthümlich ist verbreitet worden, der Prälat habe den Beistand mehrerer Repräsentanten begehrt oder angenommen. Es hatten sich allerdings Mehrere beeifert, dem Erzbischof dies Anerbieten zu machen, er lehnte jedoch alle ab. Auf dem Wege vom erzbischöflichen Palast nach der Bastille unterhielt er sich äußerst heiter über den heiligen Text: Pastor bonus dat animam suam pro ovibus suis. Blos seine beiden Großvikare begleiteten ihn. Die Militär-Behörde ließ das Feuer einstellen. Man brach einen Baumzweig auf dem Boulevard ab, und dies Friedenszeichen allein ging dem Prälaten und den beiden Geistlichen voran, welche zusammen die Barrikade bestiegen, auf der kurz vorher die Insurgenten einen Parlamentair empfangen hatten, der den Schritt des Erzbischofs ankündigte. Der ehrwürdige Seelenhirt hatte kaum einige salbungsvolle Worte an sie gerichtet, da fiel, wie durch Zufall, ein Schuß, ohne daß man genau zu sagen weiß, von welcher Seite. Dieser Schuß versetzte die Insurgenten sogleich in die äußerste Aufregung. Es wurde aus ihren Reihen gefeuert, und die Mobilgarde erwiederte das Feuer mit Energie. Die Beschaffenheit der Wunde läßt glauben, daß der Schuß, von oben nach unten abgefeuert, vermuthlich aus einem Fenster gekommen. Genug, der Erzbischof fiel, von einer Kugel in die Weichen getroffen, und wurde von den Insurgenten hinweggetragen. Kurz darauf brachten sie ihn in ihr Viertel zu dem Pfarrer des Spitals für die dreihundert Blinden. Einer der Aerzte der Insurgenten leistete ihm Beistand, und am nächsten Morgen, als die Waffenstillstands-Unterhandlungen angeknüpft waren, beeilte man sich, den Prälaten auf einem Tragbett nach dem erzbischöflichen Palast zurückzubringen. Diese fast einem Leichenzug ähnliche Handlung war von Kundgebungen begleitet, die denen, welche Zeuge davon waren, niemals aus dem Gedächtniß schwinden werde. Von Stunde zu Stunde verschlimmerte sich der Zustand des ehrwürdigen Kranken. Er hatte, ehe er die Vorstadt St. Antoine verließ, die letzten Sakramente empfangen, weil er während der Hinwegbringung seinen Geist auszuhauchen fürchtete. Gleich vorgestern Abend forderte er seinen Großvikar und seinen Freund, den Abbé Jacquemet, dringend auf, ihm kein Geheimniß aus der Gefährlichkeit seiner Wunde zu machen, und ohne irgend eine Gemüthsunruhe oder Klage bot er sofort unablässig Gott, sein Leben zum Opfer für Frankreich und für dessen Zukunft dar. Kein Wort entwich seinen Lippen, was noch eine Rückkehr zu den Banden der Erde angedeutet hätte.“ Dem Commerce zufolge, wäre der Erzbischof gestern Abend an den Folgen der Operation, der er sich unterziehen mußte, gestorben. Die Kugel soll das Rückenmark verletzt haben, so daß jede Rettung unmöglich war. (s. oben.)

Spanien.

✱ Madrid, 22. Juni. [Finanzmaßregeln. — Zwist mit England. — Verschiedenes.] Die Gaceta bringt heute die königl. Dekrete, welche die längst erwarteten Finanzmaßregeln vorschreiben. Sie zeugen von der gänzlichen Auflösung unserer staatswirthschaftlichen Verhältnisse und lauten im Wesentlichen wie folgt: Art. 1. Von den jüngst durch die Kammern votirten Zwangsanleihen der 200,000,000 Realen sind 100,000,000 sofort einzuziehen und zwar nach dem durch die direkten und indirekten Steuerlisten festgesetzten Maßstabe. Art. 2, 3, und 4 handeln vom Modus. Art. 5 setzt den August als Schlußtermin der Einzahlung fest. Art. 12 gewährt den Zetteln der Ferdinandsbank Zwangskurs. (Das ganze Dekret ist von der Königin Isabella am 21. Juni unterschrieben und vom neuen Finanzminister Orlando gegengezeichnet.) — Die übrigen Blätter behandeln den Zwist mit England. Sie halten die englische Nation für zu vernünftig, als sie im Krieg heranziehen zu sehen. (?) — Der Bankkurs der Ferdinandsbank stieg gestern bis auf 14 pCt. Ein Ausschuß von Kapitalisten bildet eine Art Nothkonseil, um durch neue Kreditquellen dieser schrecklichen Geldklemme abzuhelfen und dem Staatsbankerott vorzubeugen. — Graf Mirasol ist gestern aus London angekommen. Isturitz wird heute Abend erwartet. — Der bekannte Infant Don Francisco de Paula hat von der Königin und dem Papst die Erlaubniß zur Wiederverheirathung erhalten. — Unsere Besitzung Cuba genoß am 9. Mai, laut Bericht des dortigen spanischen Gouvernements, noch aller Ruhe.

Portugal.

Lissabon, 19. Juni. [Verschwörung.] Die Regierung hat eine über das Königreich verzweigte Verschwörung entdeckt, welche ihre Zwecke durch Freimaurer-Vereine und Verführung der Truppen zu erreichen gedachte. Es sind mehrere Personen verhaftet. — Korn und Wein stehen sehr gesegnet.

Großbritanien.

London, 27. Juni. [Aeußerung englischer Blätter über den Pariser Kampf. — Antwort Lord Palmerstons.] Die englischen Blätter sind angefüllt mit Betrachtungen über das Blutbad in Paris. Sie tadeln einstimmig die unsinnigen Lehren, welche zu diesem eben so traurigen als unvermeidlichen Ausgang führen mußten. Der „Globe“ berechnet, daß unter 100,000 in den öffentlichen Werkstätten beschäftigten Arbeitern 90,000 geradezu gar nichts gethan hätten, und die übrigen 10,000 hätten größtentheils unnütze Arbeiten unternommen. Das Schlimmste wäre, daß mit der Unterdrückung der Empörung der Noth nicht abgeholfen sei. Denn in Paris gebe es 150,000 Arbeiter, welche größtentheils von der Verfertigung solcher Putzsachen und Spielereien lebten, nach denen, so lange die Unruhe in den Gemüthern und die Stockung im Verkehre herrsche, keine Nachfrage sein werde.

Im Unterhause ward Lord Palmerston über die Quadrupel-Allianz interpellirt. Er antwortete ausweichend: „Ihrer Majestät Regierung wird sich nie an irgend einem Unternehmen, Vertrage oder keinem Vertrage betheiligen, welches darauf hinausgeht, irgend ein Volk auf der Erde der Freiheit zu berauben.“

Italien.

Neapel, 18. Juni. [Fortschrite der Insurgenten.] Ferdinand II. hat sich — mirabile dictu — aus seiner schwankenden Königsburg in Verkleidung hervorgewagt und seinen Neapolitanern versprochen, sie eben so wie die Schweizer belohnen zu wollen, wenn sie ihre calabresischen Brüder redlich niedermetzeln würden. Die Dampfschiffe „Nettuno“ und „Miseno“ kreuzen vor den calabresischen Küsten, um die Landung der sicilianischen Freiwilligen zu hindern. Der „Capri“, mit dem Marine-General Cavalcanti und versiegelten Depeschen an Bord, scheint bestimmt gewesen zu sein, den General Della Casa als Gefangenen nach Neapel zurück zu transportiren. An der Gränze Calabriens, des Basilicats und des Principats ist der wichtige, aus früheren Kriegszeiten bekannte Paß, die Brücke bei Campestrino (unweit La Sala im Valle di Diano), von Insurgenten besetzt und durch den ringsum weiter greifenden Aufstand gedeckt. Die Rückzüge der königlichen Truppen in Calabrien sind daher nur vermittels der Dampfschiffe möglich. Ueber die Operationen verlautet nichts Bestimmtes; die Regierungsblätter sind stummer als je, und die mündlichen Berichte übertreiben auf arge Weise. Es ist daher am klügsten, nicht gleich Alles in die Welt hinaus zu schreiben, sondern die unausbleiblichen Zusammenstöße in wöchentlichen Berichten über den neuen calabresischen Krieg für Sie zusammenzutragen. Obiger Operationsplan ist das Bißchen Gewißheit, das wir haben. Sie sehen, die neapolitanische Geschichte ist mit oder ohne Constitution ein Nachtstück, welches mit einem Knall-Effekt enden wird. (Köln. Z.)

Die neuesten italienischen Berichte enthalten Folgendes: In Palermo war Alles mit der nahen Wahl eines Königs beschäftigt. In Rom Kriegsrüstungen und die alte Mißstellung des Papstes und eines großen Theiles des Klerus zum weltlichen Regiment. In Genua Bestürzung und Entrüstung über die Erfolge der österreichischen Waffen im Venetianischen; Geschrei über Verrath, Wuth über Durando, Verwünschung des Papstes; Straßentumulte, selbst Plünderungsdrohungen, wenn man den Krieg nicht entscheidend führe und den Adel und Klerus zahlen asse. In Turin ein Aufgebot von neuen 24,000 Mann. Aus Verona Briefe bis zum 23. Juni. Kein Ereigniß. Aber Aerger und bitterer Groll über den von der Wiener Zeitung gemeldeten, an Radetzky ergangenen Befehl zur Waffenruhe. (A. Z.)

Amerika.

New-York, 13. Juni. Gestern empfing der Senat in Washington die amtliche Anzeige, daß der Friede mit Mexico ratificirt sei. Alle Freiwilligen sind sogleich aus Mexico zurück gerufen. Bei der Anleihe von 16 Millionen Dollars wird Europa sich fast gar nicht betheiligen; die amerikanischen Staatspapiere behaupten sich indeß im Preise.

— (Wohin das Geld kommt?] Die „Amerikanische Sonne“ bemerkt über die Einwanderer, welche wieder äußerst zahlreich in den Häfen der vereinigten Staaten anlangen: „Die Einwanderer, welche gegenwärtig an unserer Küste landen, sind nicht arm und elend, sondern gerade solche Menschen, welche gern in ihrem Geburtslande geblieben wären, wenn sie nicht im Besitze weltlicher Güter, bei der Hinfälligkeit der Einrichtungen der alten Welt besorgt geworden wären und Sicherheit für Leben und Eigenthum unter anderer Flagge gesucht hätten, die den Unterdrückten einer jeden Nation Sicherheit gewährt. Die Einwanderer

bringen einen unglaublichen Vorrath von edlen Metallen mit sich. Am 10. Juni ward eine Kiste untersucht, die einem Einwanderer gehörte. Sie war so schwer, daß zwei Mann sie kaum heben konnten, und fand sich beim Oeffnen angefüllt mit fremden Goldstücken. Das ist blos Ein Fall unter Hunderten, welche täglich vorkommen."

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 1. Juli. [Gelüste der Polen.] Die Gazeta Polska schreibt: „Von dem erwachten Nationalleben der Polen in Schlesien giebt der Dziennik Narodowy folgende nähere Kenntniß: Nach der für den Prager Kongreß getroffenen Eintheilung, waren die Schlesier mit den Morawen und Slowaken den Czechen zugeordnet. Da aber ihre Abgesandten so zahlreiche polnische Deputationen aus Galizien, Krakau und Posen sahen, wollten sie sich lieber mit den Polen verbinden, wie sie denn in der That auch mit ihnen in einer Abtheilung saßen und beriethen, eben so wie unsere Russinen und einige Russen, und übergaben sodann eine schöne (!) Adresse, welche wir in ihrer ganzen Ausdehnung den Lesern mitzutheilen nicht verabsäumen werden. Ihr heißester Wunsch ist, daß das Oesterreichisch Schlesien mit Galizien, das preußische aber mit dem Großherzogthum Posen verbunden werde!! — Wir halten es nicht der Mühe werth, ein solches Ansinnen auch nur mit einer Silbe zu bekämpfen und betrachten andererseits diese Angabe auch nur als eine unverbürgte Zeitungs-Nachricht. Im Uebrigen ist uns durchaus nicht bekannt worden, daß Schlesien Abgeordnete durch Wahl nach Prag geschickt habe; da jedoch Herr Professor Purkinje auf jenem Congresse gewesen ist, so können wir nicht unterlassen, ihn hiermit im Interesse des deutschen Vaterlandes öffentlich zu der Erklärung aufzufordern, ob denn in der That auch nur von Einem Schlesier solch ein landesverrätherischer Wunsch ausgesprochen worden ist. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß Hr. Professor Purkinje, ein Mann, der seit 25 Jahren auf einer deutschen Universität der Lehrer deutscher Jugend ist, es als heilige Pflicht erachten wird, über die in jener Zeitungsnachricht enthaltene Schmach für Deutschland sich öffentlich auszusprechen.

* **Breslau**, 1. Juli. Unser Mitbürger, Hr. Philipp Dyhrenfurth, hat dem Vernehmen nach von dem Ministerium den Auftrag erhalten, in Angelegenheit des schlesischen Linnenhandels nach Spanien zu reisen.

* **Breslau**, 1. Juli. [Darlehnskasse.] Wir haben die Mittheilung gemacht, daß sich gestern eine Deputation der mit ihren Gesuchen um Unterstützung aus der Darlehnskasse zurückgewiesenen Bürger aufs Rathhaus begeben hat. Wir erfahren nun nachträglich, daß das Resultat für die hülfebedürftigen Bürger günstig ausgefallen ist, indem der Magistrat darauf eingegangen ist, daß jeder unbescholtene, gewerbetreibende Bürger, auf sein Bürgerliches Ehrenwort, auch ohne Unterpfand die Unterstützung beanspruchen darf, es könne sich die Unterstützungssumme nicht über **50** Rthlr. erstrecken.

Breslau, 30. Juni. [Vereinigung zur Wohlthätigkeit.] Für gestern war eine Generalversammlung der hies. israel. Bewohner ausgeschrieben, um die in Parteien gespaltene jüdische Einwohnerschaft wieder dahin zu vereinigen, wenigstens der Armuth, der Mildthätigkeit und anderen wohlthätigen Zwecken bis jetzt entzogene Unterstützungen wieder zu verschaffen und durch feste freiwillige Beiträge zu sichern. Dieser Zweck ist, da von dem abgetretenen Vorstande, der aber noch diese Versammlung berufen, für keine Tagesordnung gesorgt war, vorläufig nicht erreicht worden. Wäre für diese, wie es bei jeder größeren Versammlung üblich und Bedürfniß ist, vorgethan worden, so hätte nach der Wahl des Präsidenten und der Schriftführer, sofort über die einzelnen Vorlagen debattirt und abgestimmt werden können, so aber mußte erst durch den Präsidenten und einzelne Mitglieder der Zweck der Versammlung hingestellt und Anträge formulirt werden, die bei einer so aufgeregten und unruhigen Versammlung schwer zu motiviren, noch schwerer durchzuführen waren. Nach zwecklosen Debatten kam man endlich zu dem Resultate, daß man in der Majorität die gemachte Erklärung des Vorstandes, sein Amt niederzulegen *), annahm, einen Antrag auf Bildung eines Comitees von 15 Personen, das sich mit dem vorläufig noch auf kurze Zeit fungirenden Vorsteher-Kollegium in Berathung setze, um Vorlagen einer demnächst zusammentretenden Generalversammlung zu machen, genehmigte und die Wahl dieses Comitees durch Vorschlag und Akklamation vollzog Dies die Resultate der gestrigen Generalversammlung. (Bresl. Anz.)

*) Das vortragende Vorstandsmitglied gab im Namen desselben als Motiv der Niederlegung ihres Amtes untern andern an, daß das Obervorsteher-Kollegium deshalb auch mit abdanke, weil es nicht das Vertrauen der Gesammt-Gemeinde zu besitzen scheine; also ist es um so mehr zu verwundern, daß, als ein Mitglied der Versammlung erklärte, die Majorität der Versammlung sei auch für diese Niederlegung und zwar eben, weil das Kollegium das allgemeine Vertrauen nicht genieße, ebendasselbe Vorstandsmitglied dies als eine Beschuldigung angesehen wissen wollte und sich sofort ein Vertrauensvotum erbat und theilweise erhielt (B. A.)

Theater.

Ueber die Aufführung des neuesten Bühnenstücks der Madame Birch-Pfeiffer, „der Pfarrherr" sind wir heute nur im Stande, den Lesern zu berichten, daß Seitens der Darsteller Alles geschehen war, um eine recht gerundete Vorstellung zu Stande zu bringen, und daß das Publikum die im Stücke zahlreich angebrachten Schlagwörter der Zeit mit rauschendem Beifalle aufgenommen hat. Die Kritik des Stückes müssen wir uns noch vorbehalten. 1.

* **Liegnitz**, 30. Juni. [Truppen.] Man spricht davon, daß uns unsere zeitherige Garnison, das 2. Bataillon 6. Infanterie-Regiments in den nächsten Tagen verlassen und eine andere Bestimmung erhalten werde. Als Ersatz bezeichnet man ein Bataillon des 19. Landwehr-Regiments. — Morgen werden wieder **100** Mann von unserem Landwehrbataillon aus dem Posenschen hierher zurückkehren, um sofort in ihre Heimath entlassen zu werden, da die nahe Ernte die Gegenwart Vieler daselbst sehr nothwendig macht.

(Aus der Provinz.) Am 27. Juni brach in der Scheuer des Müller zu Alt-Rörsdorf, Kreis Bolkenhain, Feuer aus, wodurch nicht nur diese, sondern auch die Mühle nebst Wohngebäude und Schuppen ein Raub der Flammen wurden. Am 28. Juni Nachmittags zündete in Groß-Tschirbsdorf, im Kreise Goldberg-Hainau, der Blitz, wodurch 2 Possessionen in Asche verwandelt wurden.

(Liegnitz.) Von der königlichen Regierung zu Liegnitz sind bestätigt worden: der bisherige anderweit wiederum gewählte Bürgermeister Auerswald zu Greiffenberg, als solcher daselbst; der zeitherige Adjuvant Adolph Knobel als Kantor und Schullehrer zu Kottwitz im Saganer Kreise; der zeitherige katholische Schullehrer Karl Franz Wende in Bobernig, Kreises Grünberg, ist zum katholischen Schullehrer und Organisten zu Friedersdorf desselben Kreises ernannt und der bisherige Adjuvant Bernhard Baier in Deutsch-Wartenberg zum katholistzen Schullehrer in Bobernig, Kreis Grünberg, berufen worden. — Dem Oberlehrer Krömer am katholischen Gymnasium zu Breslau ist der Professor-Titel verliehen worden. — Die beiden Lehrer am Gymnasium zu Neisse, der Religionslehrer Schneeweiß und der Lehrer Kastner, haben Oberlehrerstellen daselbst erhalten. — Dem Kaufmann Oswald Wuthe in Liegnitz ist zur Uebernahme einer Agentur für das Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Geschäft der Feuerversicherungs-Bank für Deutschland in Gotha, die Genehmigung ertheilt worden: nachdem der zeitherige Agent Kaufmann J. G. Leitgebel in Liegnitz diese Agentur niedergelegt hat.

Handelsbericht.

Breslau, den 1. Juli. Unser Markt hat sich mit dem Anfange dieser Woche um sehr vieles gebessert, die Nachfrage nach allen Getreidegattungen war aus der Provinz und von unseren hiesigen Kaufleuten bedeutend, daher sowohl Roggen als Weizen um 4 bis 5 Rtl. pro Wispel höher gingen. Der viele Regen, der sich alle Tage mehrere Male wiederholte, als auch die günstigeren Berichte aus England haben natürlich zur Besserung viel beigetragen, wollen auch hoffen, daß eine fernere Steigerung, besonders aber in Weizen, nicht ausbleiben wird.

Heute bezahlte man für weißen Weizen 47 bis 54 Sgr. Für gelben 44 bis 51 Sgr. Für Roggen 27 bis 33 Sgr., und für Gerste 23 bis 27 Sgr. Der Begehr nach Hafer war in dieser Woche viel geringer, daher nur 16 bis 20 Sgr. angelegt wurde. Koch-Erbsen waren von Oberschlesiern mehr gesucht, Käufer mußten sich die höheren Forderungen gefallen lassen, und bezahlten 30 bis 36 Sgr., für vorzügliche Sorten würde sogar mehr angelegt worden sein, wenn welche zu haben gewesen wären. — Rapps von neuer Erndte wurden mehrere Posten zugeführt, und heut mit 56 Sgr. willig bezahlt. Für Lieferungen pro Juli und August würde man wohl 60 Sgr. pro Schfl. bewilligen. Winter-Rübsen kommt weniger zum Markte, derselbe würde 50 bis 52 Sgr. bedingen. — Mit Spiritus geht es die ganze Woche über sehr flau, wir hatten bedeutende Zufuhren, selbst zu Wasser, dagegen war der Begehr sehr beschränkt, es wird heute $8\frac{1}{3}$ bis $8\frac{1}{4}$ Rtl. verlangt. Käufer wollen aber nur $8\frac{1}{6}$ anlegen. — Die Preise für Rüböl bleiben nominell $9\frac{1}{2}$ Rtl., selbst auf Lieferung für spätere Monate ist nichts gemacht worden, die Oelmüller wollen eigentlich nicht abwarten, was der Rapps an Fett hergeben wird, weil man allgemein davon spricht, daß er dies Jahr eine dickere Schale als sonst haben soll. — Russ. Mehl ward in dieser Woche zu 25 bis 30 Sgr. pro Ctr. bezahlt, heute hält man fest auf **1** Rtl.

Zink wurde ab Gleiwitz à 3 Rtl. 9 Sgr., und ab Myslowitz à $3\frac{5}{24}$ Rtl. bezahlt. Heute aber ist der Begehr nicht besonders. Für Loco-Waare wird $3\frac{1}{2}$ Rtl. verlangt, Käufer wollen aber diesen Preis nicht anlegen.

Inserate.

Die Aerzte und der Staat.

Bereits seit einer Reihe von Jahren dauert die Controverse über das ärztliche Verhältniß im und zum Staate. Vor einiger Zeit und zuerst durch Rust und nun wieder durch Schmidts Reformplan angeregt, sind die erschienenen Druckschriften zu einer Bibliothek angewachsen. — Und wie nun in gegenwärtiger Zeit, Bewegung alle Gemüther ergriffen und sich die Fragen über die Verhältnisse aller Volksabtheilungen zu den Staaten erhoben, so auch die der Aerzte — überall und aller Orten. Es sei einer **einzelnen Stimme** vergönnt in dieser Sache sich hören zu lassen und eine Beantwortung der schwebenden Fragen zu versuchen.

Das Verhältniß der Arznei-Wissenschaft und Kunst — oder wenn man will der Aerzte zum Staate, darf nicht im Sinne der ersteren, nämlich der Wissenschaft gedacht werden, diese steht über dem Staate, sondern nur als Kunst. Das erste, was aber die Kunst verlangt, alle Kunst — ist die **Freiheit**.

Wir müssen also in Bezug auf die Ausübung der Kunst — soll es besser werden — uns von manchen Beziehungen der Vergangenheit und Gegenwart als Heilkünstler loslösen, und einen freiern Standpunkt aufsuchen und festhalten; das heißt: wir müssen sowohl für den Unterricht in der Arzneikunst, als für die Berechtigung zu Ausübung derselben, endlich für die letztere selbst — also für Studien, Prüfungen und Praxis — diejenigen Grundsätze aufzufinden suchen, welche den ersten für den Schüler vervollkommene, erleichtern und selbst freigeben können; — für die Prüfung der Berechtigung, mit aller Strenge, welche hierfür erforderlich ist, jede belästigende Form vermeiden; den praktischen Arzt aber im Staate frei stellen. Ich trete von vorn herein allen engherzigen Vorschlägen zu ärztlicher allgemeiner Staatsdienerschaft, angewiesenen Wohnorten, Besoldung aller Aerzte entgegen.

Der leitende Genius des Arztes sei und bleibe: wissenschaftliche und künstlerische Befähigung. In dem Nachfolgenden soll vorzugsweise nur das individuelle Verhältniß des Arztes angeregt werden; das, was der Staat sonst in sich faßt, z. B. medicinische Polizei, gerichtliche Arzneikunst rc. unerörtert bleiben.

Für Unterricht und Prüfung müsse jede Freiheit gestattet sein, die Erlangung des ersteren jedem frei gelassen werden — wo auch er dieselbe erlangen könne oder wolle. Für Beide trete ich der Ansicht Richters bei, der das Prüfungs-Gesetz in zwei Paragraphen zusammenfaßt.

§ 1. Jeder ist zur freien Praxis im Staate berechtigt, welcher in den öffentlichen Prüfungen seine vollständige Tüchtigkeit in jedem Zweige der theoretischen und praktischen Medicin, mündlich, schriftlich und operativ an den Tag gelegt hat, mag er studirt haben, wo er will, wie er will und wie lang er will, und einen Titel führen, welchen er will.

§ 2. Jeder also Geprüfte und Nationalisirte nimmt Theil an allen Ehren und Rechten a) der Anwartschaft auf jede Civil- oder Militär-Anstellung, die er durch Obsiegen in öffentlichem Concurs (wir setzen hinzu auf jede sonst vom Staate geordnete Weise) erwirbt, und b) an Sitz und Stimme in den ärztlichen Gremien (oder gelehrten Corporation), die der medizinischen Oberbehörde zur Seite stehen, und bei den Stände-Versammlungen durch selbstgewählte Abgeordnete vertreten sind.

Je einfacher sich nun die Grundlagen der ärztlichen Verhältnisse im Staate werden einrichten, desto fester wird sich der Neubau errichten lassen. Die Einfachheit der Formen wird nicht das Wesen der Kunst, noch viel weniger das der Wissenschaft benachtheiligen, oder einen solchen Einfluß ausüben, daß beide sich vom Staatsleben emancipirten, so daß Wissen und Handeln des Arztes nun als völlig vom Staate unabhängig oder gesondert gedacht werden könnten. Cf. § 2.

Der moderne Staat, nicht allein in den völlig civilisirten, sondern sogar in den halbcivilisirten Staaten hat die Verpflichtung übernommen:

Dem Volke eine Hülfe für die größte Benachtheiligung seines Daseins und Lebens zu gewähren, nämlich gegen die Krankheit.

Der Staat sorgt mithin dafür, daß eine solche Hülfe möglichst vollkommen gewährt werde; er kann aber nur sagen: **„Die von mir für die Ausübung der Heilkunst geprüften Männer oder „Personen halte ich hierfür tauglich;"** — der freie Staat stellt es in den Willen des Volkes und der Individuen, ob sie sich dieser Heilkünstler bedienen wollen oder nicht. Der Staat bestraft Niemand, der es unterläßt, oder sich anderer, gleichviel welcher Hülfe, bedient. Aber diejenigen kann er bestrafen, welche, ohne ihre Verpflichtungen gegen das Gesetz erfüllt zu haben, sich die Berechtigung zur Heilkunst anmaßen.

Die Erfahrung lehrt und die statistischen Tabellen geben darüber Auskunft, daß der bei Weitem größere Theil des Volkes der ärztlichen Kunst in seinen Krankheiten entbehrt, und ohne den Beistand derselben untergeht. Hiervon sind die Ursachen zweifach, einmal: Abneigung gegen ärztliche Hülfe — einerlei nun aus welchem Grunde; dann: die Unmöglichkeit, sie zu erlangen, z. B. Armuth, Entfernung von der Hülfe rc.

Indem der Staat für die Erleichterung der Studien durch Befreiung nach allen Seiten hin sorgt, die gelehrten Titulaturen fallen läßt, das Studium selbst den weniger Begüterten möglich macht, und indem derselbe

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 152 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 2. Juli 1848.

(Fortsetzung.)

für die umfassendsten und strengsten Prüfungen des ärztlichen Personals Sorge trägt, wird ein Theil der Kunsthülfe, wenn auch nur mittelbar, für das Volk erreicht werden. Der Begriff der inneren und äußeren Kunsthülfe hört von selbst auf; oder der Staat berechtigt einen Theil der Aerzte, für den ganzen Umfang des ärztlichen Wissens oder besser des Handelns — was die moderne letzte Zeit „den ganzen Arzt" genannt hat; — einen anderen Theil ausschließlich für die Ausübung eines Theils der Kunst. Nach meiner individuellen Ansicht und Erfahrung halte ich die Absonderung der Wundarzneikunst — kleine zumal, aber auch theilweise große — für die Praxis nothwendig, mindestens zulässig; ferner sind hierfür zu bezeichnen Thierärzte, Hebammen, und in gewissem Sinne die Apotheker.

Dem Staate ist das Recht abzusprechen, Zwitterformen zu creiren, z. B. Heildiener, weil mit solchen Ernennungen dem Betrug und der Täuschung Thür und Thore geöffnet werden.

Der Staat hat dafür zu sorgen, daß es an der Zahl der Aerzte nicht mangele; gegentheils steht ihm das Recht nicht zu, die Zahl derselben zu beschränken, oder gar die Aerzte, welche ihre Prüfungen vollständig abgeleistet, als Beamte in bestimmte Stellen einzuweisen, oder gar in Besoldung einzustellen, oder das Volk und einzelne Individuen zu zwingen, sich ärztlich von bestimmten Personen in Krankheiten berathen zu lassen. Das ist und wäre ganz gegen das Wesen der Freiheit im Allgemeinen und der einer Kunst. Der Vortheil für die Aerzte ist nur ein scheinbarer; und da das Individuum den Arzt nur aus freiem Vertrauen wählt, einerlei, welchem System er angehört, oder nach welchen Prinzipien er seine Kunst ausübt, so wäre es Seitens des Staates eine Tyrannei, selbstständig hier einzugreifen. Nur der Egoismus der Aerzte hat sie zu dem Irrthum hingeleitet, die gedachten Anforderungen an den Staat zu stellen. Die Ausnahmen hiervon beziehen sich auf das Armenwesen und einen Theil der Gesundheitspflege für das Volk.

Die Verpflichtungen des Staates gegen das Volk beziehen sich für die ärztlichen Beziehungen 1) auf die Erleichterung der Hilfe; 2) auf den ärztlichen öffentlichen Beirath; 3) auf den ärztlichen Unterricht.

Diese Beziehungen sind sehr mannigfach und greifen tief in das Wesen des Organismus des Staates ein.

Der ärztliche Beruf — der Beruf des heilenden Arztes in seiner Eigenthümlichkeit und in seiner hohen moralischen Verpflichtung, geht mit der Verpflichtung des Staates gleichsam Hand in Hand und hieraus entwickeln sich allerdings manche Schwierigkeiten, welche für andere bürgerliche Verhältnisse gar nicht vorhanden sind.

Es ist bereits angemerkt worden, daß ein großer Theil des Volkes aus Armuth ärztlicher Hilfe entbehren muß; viele der Erkrankten ohne diese zu Grunde gehen. Man ist viel zu weit gegangen, indem man die Schuld hiervon allein dem Staate auflastete. Wem die großen Schwierigkeiten der ärztlichen Kranken-Armen-Pflege bekannt sind, zumal auf dem Lande und in kleinen Ortschaften, wird nicht allein die Schwierigkeiten, ja selbst die Unmöglichkeiten einer vollkommenen und überall hin ausreichenden Hilfe zu beurtheilen wissen.

Dennoch kann man vom Staate verlangen, daß er dieser großen Anforderung möglichst genüge, das heißt: In wie weit es die Kräfte des Staates zulassen und in wie weit es ärztlicher Bestrebung möglich ist.

Hier nun tritt der freie Heilkünstler in eine doppelte Beziehung zum Staate, einmal, in die des Beamten: Physikus, Armen- und Hospital-Arzt, Kreis-Arzt, in Bezug auf die ärztliche Besorgung in Epidemien und Contagionen u. s. f., dann der des Staatsbürgers, welcher in der ganz eigenthümlichen moralischen Verpflichtung dem Staate die Hand bieten muß, jenen großen Mißständen zu begegnen.

Ferner verlangt der Staat vom Arzte in heilkünstlerischer Beziehung und in seiner wissenschaftlichen Befähigung des Beirathes und zwar eines solchen, den nur er allein, vermöge der Besonderheit seines Berufes geben kann. Dieser Beirath ist also doppelter Art: wissenschaftlich und technisch; — und wieder kann der Staat sich dieses Beirathes in zweifacher Weise versichern: 1) Durch einzelne oder mehrere dafür und zu besonderen Zwecken aufgerufene Aerzte; 2) durch von ihm besonders eingesetzte Kollegien oder Behörden; z. B. die Physiker, theils allein, theils im Verein mit ärztlichen Kreis-Deputationen, die gerichtlichen Aerzte, wo sie für sich allein bestehen, die Provinzial- und Ober-Medizinal-Kollegien, die technischen Räthe bei den Landes-Dikasterien, die wissenschaftlichen Behörden in den Ministerien, die Prüfungs-Kommissionen u. s. f.

Angemerkt sei hier, daß nach den neuen Ansichten und nach Sitte vieler Staaten, die einzelnen Aerzte oder mehrere, besonders für diesen Beirath aufgerufen zu werden pflegen oder aufgerufen werden sollen. **Hie zu ist erforderlich, daß sämmtliche Aerzte für alle Theile des ärztlichen Wissens und Könnens vorbereitet seien, also ganz besonders für die Staats- und gerichtliche Heilkunde. Hiervon sind wir derzeit noch weit entfernt.**

Die öffentliche Sorge für das Gesundheitswohl der Staatsbürger, — des Volkes — und für das allgemeine und besondere; — also der Menschen und Thiere, umfaßt einen großen Kreis und bedarf, wie die Staatswissenschaft selbst, besonderer Studien. Der Staat macht mit vollem Recht in dieser Angelegenheit große Ansprüche an den öffentlichen Arzt, und nicht jeder einzelne Arzt fühlt in sich Beruf und Pflicht, sich die für das öffentliche Leben nothwendigen Kenntnisse zu verschaffen; — der öffentlichen Aerzte kann nicht gedacht werden, ohne daß sie nicht auch das Wesen des allgemeinen Staats-Lebens und Verhältnisses zum Vorwurf seiner Studien gemacht haben müßten. Sonach scheint, bei der hohen Wichtigkeit dieses Verhältnisses ein kollegialisches, — wenn auch vereinfachtes — Verfahren und ein bestimmter Instanzienzug in und für diesen Theil des ärztlichen Staatslebens, nothwendig.

Die höchste Beziehung der Aerzte zum Staate ist aber die Wissenschaft; — und hier namentlich: der Unterricht, der Stand der Lehrer. In diesem begründet sich die ärztliche Wissenschaft und Kunst einerseits, und die Beziehung zum Volkswohl und dessen Interessen andererseits. Hier tritt der Arzt in das genaueste Verhältniß zum Staate, indem er sich mit demselben als ein Vollstrecker des Staatswillens verbindet, dem: **junge Staatsbürger für den hohen Zweck der Heilwissenschaft und Kunst zu erziehen und auszubilden.** Die eigentlichen Schulen — Hochschulen — für die ärztliche Bildung werden stets die Universitäten sein, sowohl für das Ganze, als für die einzelnen Theile der Arzneikunst, namentlich der Arznei-Wissenschaft. Daß auch an sie die Zeit eine verändernde Hand legen wird und muß, liegt in der Natur aller der Veränderungen, welche unsere Zeit herbeigeführt hat. Es ist aber nicht die Absicht dieser Zeilen, dies näher zu erörtern. So viel ist indessen gewiß, daß viele der neuesten Vorschläge einer jüngst vergangenen Zeit (s. Schmidt's Reformschrift) sich in dieser Zeit kaum mehr als möglich werden denken lassen.

Aus diesen Prinzipien müssen nur, und auf diese gestützt, alle besonderen Anforderungen unserer Zeit und die Wünsche für Verbesserung des ärztlichen Lebens und Wirkens hervorgehen. Die Aerzte müssen derzeit alle egoistische Standes-Vorurtheile aufgeben und sich dem jungen Staatsleben anschließen.

Es bleibt noch übrig, alle oder doch die meisten derjenigen Wünsche und Anforderungen, die sich für die Bildung und die Lebensverhältnisse der Aerzte laut gemacht haben und von denen die meisten offenbar erfüllbar sind, namhaft zu machen, und sie mit einigen Worten zu beleuchten. Diese Wünsche sind von den sächsischen Aerzten — wie mir scheint — am klarsten ausgesprochen und vom Med.-Rath und Professor Richter zusammengestellt worden; es sind etwa folgende:

1) Gleichförmige wissenschaftliche Befähigung, tüchtige humanistische und klassische Vorbildung.

2) Gründliches, die Heilkunde in ihren wissenschaftlichen und praktischen Beziehungen und in ihrem ganzen Umfange umfassendes Studium.

3) Strenge, sich über das ganze Gebiet der Heilkunde hin erstreckende Staatsprüfungen in deutscher Sprache, nicht vertheuert, ist es möglich, sogar unentgeltlich, und — wenigstens in der letzten mündlichen Prüfung — öffentlich.

4) Daß der Doktorgrad nicht als durchaus nothwendig für die Stellung eines Arztes erforderlich sei.

5) Der Wunsch, daß jungen Aerzten in Krankenhäusern (und in der Armenpraxis) Gelegenheit zu praktischer Uebung gegeben werde.

6) Daß jeder Arzt auch zu staatsärztlichem und ärztlich-gerichtlichem Wirken durch gründlichen Unterricht vorgebildet werden möge.

In diesen sechs Sätzen sprechen sich die Wünsche für die Bildung des Arztes aus. Wer nur irgend mit dem Wesen und der Geschichte der Medizin bekannt ist, wird nachgeben, daß jeder verständige Arzt, jeder Lehrer der Arzneikunde und jede Staats-Behörde, zu allen Zeiten über die vorstehenden Sätze einverstanden waren. Daß mehrere dieser Wünsche sich entweder gar nicht — andere unvollkommen haben realisiren lassen, lag nicht allein an den Staaten — es lag auch an den Individuen, es lag an der Beschaffenheit der Lehranstalten, es lag an den Zeitverhältnissen; wir wollen aufrichtig sein darin, daß eine große Anzahl der Studirenden nicht die Wissenschaft und Kunst bei ihrer Vorbildung und Ausbildung im Auge hatten, sondern das Gewerbe, den Verdienst, den Erwerb. Die Arzneikunst wurde ganz materiell, und wie der Materialismus unserer Tage überall die Oberhand gewann, so der des Studiums der Heilkunde; man kann noch mehr sagen, daß sogar die höhern wissenschaftlichen Bestrebungen unserer Tage, sich der Philosophie und einer höhern poetischen Anschauung entfremdeten, und sich den Studien des Materiellen sehr ausschließlich zuwendeten. Viele Männer der Wissenschaft erkannten dies, und Schmidt in seiner Reformschrift gewann vorzugsweise die Geister dadurch, daß er die Heilkunde auf die wissenschaftliche Richtung zurückzuführen bestrebt war. Wenn der junge Arzt die Universität mit vollkommener humanistischer Vorbildung betreten wird, so ist zu hoffen und zu erwarten, er werde in gleich hoher Ansicht das Studium der Heilkunde ergreifen und seine ärztlichen Studien mit dem ganzen Glanze der Wissenschaft zu beleuchten bestrebt sein. Durchdrungen vom Geiste klassischer und philosophischer Studien, werden ihm diese eine Leuchte durch das Dunkel seiner Studien sein und bleiben, und was die Empirie und Autopsie zu erfassen ihm versagen, wird er mit den Augen des Geistes erfassen. So ausgebildet wird er keine Prüfung scheuen dürfen, er wird auch nicht verabsäumen, den Grad des Wissens zu erlangen, der nun auch (ad 4) nicht erforderlich sein soll; der wahre, nicht der falsche Ehrgeiz oder Titelsucht werden ihn nach der Palme streben lassen, und die Unversität wird sie ihm nur darreichen, wenn er sie wahrhaft verdient und erworben hatte. So vorbereitet und für das öffentliche Leben gebildet, wird es auch dem Staate gelingen — aber dann auch erst — überall und aller Orten sich seine Organe, für die Zwecke des Staatsleben aus der Gesammtzahl der ärztlichen Körperschaft zu finden, ohne daß er hierfür besonderer Dikasterien bedürfen wird. — Laßt uns erst besser werden, bald wird's besser sein.

Es folgen nun und hieraus die fernern Wünsche:

7) Gleiche Berechtigung aller ärztlichen Standesgenossen im Staate.

8) Völlige Trennung der niedern Chirurgie (2ter u. 3ter Klasse?) etwa Heildienerschaft Barbiere, Zahnärzte ꝛc. ꝛc. von der Heilkunst.

9) Anstellung von Armen-Aerzten und Sorge des Staates dafür, daß es in armen Gegenden nicht an besoldeten Aerzten mangele.

10) Aufhebung aller besondern militärärztlichen Anstellungen und Besetzung derselben in allen Theilen durch Aerzte. An diese Wünsche hat sich in letzter Zeit

11) der geknüpft, daß ärztliche Aemter von der Accumulation gereinigt werden sollten und

12) würde man noch eine genaue Revision des medizinischen Taxwesens, zu allen diesen Wünschen hinzufügen müssen.

Inwiefern nun sämmtlichen Aerzten ad 7 alle und jede Berechtigung seiner Standesgenossen gegeben werden soll, liegt ihnen auch die Verpflichtung ob, daß jeder Einzelne sich in seinem Wissen und seiner Kunst dem Andern gleichstellen müsse, da sich die gleiche Berechtigung lediglich auf die Vollkommenheit gründen kann, indem das Recht niemals für einen Mangel im Wissen und Können und für die Beschränktheit eintreten darf. Gestattet der Staat sogar das völlig freie Studium ohne alle Beschränkung der Zeit und des Ortes und ohne alle Vormundschaft, wie es derzeit überall laut gefordert wird, so muß sich die höchste Bildungsanstalt — aller Orten — unweigerlich und unerbittlich vorbehalten, einen Studirenden in ihr Gremium aufzunehmen, er hätte denn den Beweis vollständiger Vorbildung abgelegt. Noch weniger würde die Universität einem Kandidaten die Doktorwürde ertheilen, der sich nicht als der gelehrte Arzt

dargethan; sie würde um so strenger sein müssen, wenn der Staat diese Würde nicht als nothwendig für den Heilkünstler erachten sollte. Der Staat, bei der gegebenen völligen Freiheit der Studien, dagegen kann sich nicht auf die Prüfungen der Universität einlassen; diese behält er sich vor, um sich von der Brauchbarkeit des Arztes selbst zu überzeugen. Indem er die untern Klassen von Heilkünstlern von Aerzten trennt (nicht die Chirurgie, Geburtshülfe ꝛc., was vielfältig mißverstanden worden ist), nimmt er nun aus der Klasse der von ihm geprüften und als tüchtig erkannten Aerzte und Wundärzte ꝛc. diejenigen für seine Zwecke heraus, die er als die Tüchtigsten in den Prüfungen erkannt hat, und die sich im Dienste des Staates erprobt hatten, z. B. für die Stellen der Physiker, öffentliche Aerzte, Professoren u. s. f., ferner die Militär-Aerzte, Armen-Aerzte, Bezirks-Aerzte, Hospital-Aerzte ꝛc. Die Nothwendigkeit der Armen- und Bezirks-Aerzte, cf. ad 9, scheint keinem Zweifel unterworfen zu sein. Es wird nicht gegen das Wesen der Freiheit verstoßen, wenn der Staat für die Armen am Körper und Unmündigen am Geiste sorgt, und ihrer Freiheit ist es — außer wo das öffentliche Wohl in Konflikt mit der Beschränkheit tritt — unbenommen, die dargebotene Hilfe anzunehmen oder abzuweisen. Die Freiheit, über seinen Körper und sein Gesundheitswohl zu verfügen, kann Niemand beschränkt werden, ausgenommen in Fällen, in denen der Einzelne dem Gemeinwohl weichen muß. — Die Einrichtung der Stadt- und Land-Armen-Krankenpflege ist ein so wichtiger Theil der Aufgabe des Staates, daß an dieser Stelle davon zu handeln, zu weit führen würde. Die Anforderung an die Staaten, alle besonderen Anstellungen im Militär aufzuheben und in allen Theilen durch Aerzte, d. h. durch vom Staate geprüfte Heilkünstler besetzen zu sollen, ist so allgemein und so laut und wiederholt ausgesprochen und von so hochgestellten Aerzten, z. B. von Schmidt in seiner Reformschrift, empfohlen worden, daß es unmöglich scheint, auch dem Gegensatz hervorzuheben. Man muß also den Knoten ganz einfach zerhauen. Ist es dem Staate vergönnt, wie es doch nothwendig scheint, sich seine Organe überall selbst zu wählen, entweder durch Ernennung der Geschicktenen unter den Geprüften, oder aus den Bewährtesten in der Kunst und im Staatsleben — oder durch Ausbringung im Concurse, so soll er auch die ärztlichen Militairstellen aus den Besten und Bewährtesten besetzen. Daß der Arzt und Wundarzt — letztere kann das Heer ganz und gar nicht entbehren, vollständig ausgebildet, so darf ihm auch das ärztliche Militär-Heerwesen nicht unbekannt sein, und daß es ihm bekannt sei, kann der Staat verlangen. In diesen wenigen Andeutungen liegt wohl alles, was billigerweise die Aerzte fordern können.

Die Accumulation der Aemter, ad 11, (es heißt, daß sie nirgends so arg als im ärztlichen Verhältniß gefunden werden) kann wohl Niemand vertheidigen. Daß sie auch in den ärztlichen Verhältnissen stattgefunden, ist ganz richtig und liegen die Ursachen davon sehr nahe. Alle ärztlichen Beamtungen und Anstellungen — nehme ich einige höhere aus, z. B. einige Universitätslehrer, Regierungsmitglieder, Militärärzte ꝛc. sind, gering besoldet, so: die Physiker, die Armenärzte, die Mitglieder der Provinzial-Medicinal-Collegien, viele Universitätslehrer, die Hospitalärzte, — alle diese kommen mit ihren geringen Besoldungen, welche zwischen 50 bis etwa von 200 und höchstens 300 Rthlr. schweben — nicht aus, und um so weniger, als die höchsten Anforderungen der Fortbildung in Wissenschaft und Kunst an sie gemacht werden. Einige Beamtete sind sogar ganz ohne fixe Besoldung oder nur auf zufällige Einnahme verwiesen, z. B. mehrere Universitätslehrer, Medicinalräthe und Assessoren; ferner die für die öffentlichen Prüfungen berufenen Aerzte; endlich gehen manche der Beamtungen so Hand in Hand, daß sie füglich von ein und derselben Person am Besten vollzogen werden können. Es liegt also in diesen Fällen daran, daß die Staaten einen großen Theil ihrer Medicinal-Beamten nicht so remuneriren konnten, um selbstständig von einer Stellung leben zu können. Ich besorge: daß die Etats der Staaten dieses Hinderniß überall nicht werden bewältigen können; eine alte Erfahrung fast in allen Staaten lehrt, daß die meisten Medicinal-Beamten kärglich besoldet waren, am wenigsten aber wird es möglich werden, alle Aerzte mit einem Gehalte zu versehen, dazu reichen in keinem Staate die Mittel aus. Reichten aber auch die Mittel nur einigermaßen aus, so würde hieraus eine Beschränkung der Freiheit der Kunst des unabhängigen Arztes aber so, als eine Beschränkung der Freiheit des Volkes hervorgehen; und während ein Arzt, wollte man den letztern umgehen, für seinen Gehalt mit Arbeiten überladen werden würde, könnte der Fall eintreten, daß ein anderer seinen Gehalt ganz umsonst bezöge. Nur der beamtete Arzt kann eine Remuneration fordern. Das ist ja eben das Wesen der geistigen und bürgerlichen Freiheit des Arztes, daß er seine intellectuellen und künstlerischen Fähigkeiten und Tüchtigkeiten nach deren Maßgabe frei entwickele und daß ihm hierfür das Vertrauen der Kranken in möglichst hohem Grade entgegen komme. Daß aber in der Arzneikunst nicht immer die größte Tüchtigkeit gegenüber dem Volke und dem Individuo, auch das größte Vertrauen erweckt — ist freilich wahr; — es liegt das aber außer den Grenzen, welche ein Gesetz zu vermitteln vermöchte; außer jeder Bestimmung des Staates und beruhet in der besondern Eigenthümlichkeit der Heilkunst in ihrer Beziehung zu den Kranken. So lange die Krankheit im Individuo als der höchste Egoismus der Natur betrachtet werden muß, und so lange dasselbe für den Schmerz kein Gedächtniß behält und das war stets so und wird immer so bleiben, so wird auch das Vertrauen zur Heilkunst sich nicht immer auf den tüchtigsten, oft sogar auf die untüchtigsten Aerzte werfen, und die Aerzte können auf allgemeine und besondere Anerkenntniß oder die Dankbarkeit nur selten Rechnung machen.

Wir haben in unseren Tagen von einem geistreichen Manne ein System für das Verhältniß der Aerzte zum Staate entwerfen gesehen, welches für einige Theile, z. B. für das Prüfungswesen offenbar als ein Fortschritt betrachtet werden konnte und für das öffentliche Gesundheitswohl, und die Armen-Krankenpflege in der That, die wohlwollendsten Absichten an den Tag legte. Ich spreche von Rust. Es mangelte demselben die Folge-Richtigkeit; und indem es das innere Wesen des ärztlichen Daseins, und selbst, wenn auch nur beziehungsweise, das wissenschaftliche Leben verletzte, fand es den größten Widerspruch und ist gegenwärtig seinem Falle nahe. Mit diesem werden wieder große Interessen verletzt werden und Rechte untergehen, die gesetzlich wohl erworben waren. Wieder ein geistreicher Kopf — Schmidt — jenen Mangel an Consequenz fühlend, greift mit starker Hand in die Speichen des laufenden Rades. Es ist sehr zu besorgen daß das Extrem der Consequenz, gleichsam eine ungemessene excentrische Kraft, auch dieses neue System zertrümmern werde. Die neuesten Anforderungen unserer Tage, die wir hier, und nur in einer Richtung hin, aufgeführt haben, sind vielfach als eine ganz andere Kraft der Bewegung anzusehen, und wollte man diese Forderungen abermals in ihrer unbemessenen Kraft in Anwendung setzen, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß der Gang der Maschine statt einen leichtern Umschwung zu erfahren, große kaum besiegbare Hemmnisse erleiden würde. Es wird also an die Aerzte und an den Staat die Anforderung zu richten sein, mit großer Umsicht und mit weiser Mäßigung sich den Bewegungen dieser unserer Tage anzuschließen!

Ebers.

Protest gegen Berlin.

Berlin hat sich also einen neuen Lorbeerzweig gepflückt. — Seine Bewohner haben das Zeughaus gestürmt, und unter dem Protect's der Volksbewaffnung das darin aufbewahrte National-Eigenthum gestohlen. — Nicht mit der Schande des Einbruchs und des Diebstahls zufrieden, mußte man sich auch noch mit der schmutzigsten Brutalität besudeln, und die mit dem Blut unserer Vorfahren und unserer noch lebenden Brüder erkämpften Trophäen der Ehre und des Ruhmes, auf die nichtswürdigste Weise verhöhnen, verspotten, vernichten, und natürlich alles Werthvolle was dabei zu finden war, stehlen. —

Somit hat die Hauptstadt aufs Neue bethätigt, daß aller edler Sinn, alle Ehre und der alte Preußen-Ruhm aus derselben geflohen ist, und wo bereits seit dem 18. März Verrath, Lug und Trug ihr Feldlager aufgeschlagen, hat sich auch noch Raub und Diebstahl hinzugesellt.

Es ist bereits eine Schande für die Gesammtheit des Landes, Berlin als die Hauptstadt anerkennen zu müssen, und bald wird es so weit kommen, daß man sich schämen wird, ein Bürger Preußens zu sein.

Die unwürdigen Barrikadenkämpfe, — der fluchwürdige Verrath an König und Vaterland nach jener Emeute, — die verschiedenen Mißhandlungen der Minister, mißliebigen Deputirten und Staatsbürger, — der berüchtigte Zug nach Friedrichshain, — der durch die jungfräulichen Hände, welche Blumen streuten, und die Helden des Tages bekränzten, seine Weihe erhielt, — die Simsoniade, bei der die Thore des Schlosses zerbrochen und entwendet worden, — und jetzt der Einbruch ins Zeughaus, sind nächst tausend anderen Brutalitäten, die täglich in Berlin verübt werden, die Glanzpunkte und Trophäen, welche Berlin auf der Ruhmesbahn, des Kampfes gegen die Reaction, in Bewahrung der jungen Freiheit, und Fortbildung des wach gewordenen Geistes der hohen Intelligenz und Würdigkeit des souverainen Volkes, thatsächlich errungen hat.

Wir haben nach den letzten Zeughausereignissen erwartet, daß sich endlich in der Stadt das Gefühl der Scham Bahn brechen, die befleckte Ehre der Bürger erheben, und sich die Achtbaren von den Dieben und Ehrlosen scheiden würden. Wir täuschten uns! — Von allen Seiten der Stadt und Ihrer Bewohner erheben sich Stimmen, welche den Einbruch und Diebstahl im Zeughaus als eine politische Bewegung darstellen möchten. — Volksversammlungen fassen Beschlüsse und erklären — „der Einbruch sei kein Diebstahl, sondern eine politische Demonstration gewesen" — Vereine, Corporationen, ja sogar ein Theil der National-Versammlung, sanctionirt den Unfug und petitirt um Niederschlagung der Untersuchung, treibt die Anmaßung so weit: dieselbe als eine politische Errungenschaft zu verlangen. — Die Bürgerwehr schließt sich diesem Verlangen dadurch an, daß sie den unglücklichen Mann zu ihrem Chef erwählt, auf dessen Ehre mindestens noch die Schmach der Insubordination und der Verdacht der Schuld lastet.

Und so ist es wieder einmal an der Zeit, daß sich Stimmen aus den Provinzen erheben, um gegen derartiges Beginnen der Hauptstadt zu protestiren.

Wenn wir Berlin das Recht — in seiner eigenen Sache ein Urtheil zu fällen — nicht zuerkennen, so stehen wir nicht an dies in Bezug auf die Gesammtheit der Bevölkerung auszusprechen. Es ist ein alter Volksgrundsatz „der Hehler ist so gut wie der Stehler" und eben so wenig wie der Dieb und der Hehler befähigt sind, eine genügende Erklärung über ihre Ehrenhaftigkeit abzugeben, eben so wenig ist es Berlin, weder in seiner Gesammtheit noch in seiner einzelnen Gliederung.

Es wäre ein absurdes Geschäft, die Thatsache entwickeln und auseinandersetzen zu wollen, wie bei Erbrechung des Zeughauses durchaus nicht von einer Volksbewaffnung die Rede war. Die Folgen des stattgefundenen Raubes zeugen hinlänglich. — **Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß es der in Berlin herrschenden republikanischen, demokratischen und anarchischen Partei wünschenswerth gewesen wäre, die in ihrem Sold stehende Hefe des Volkes zu bewaffnen, die Unordnung zu vergrößern, die Republik zu proklamiren, die Fahne des Communismus zu erheben, um mit Raub und Plünderung der Besitzenden beginnen zu können.**

Aber nicht einmal diesen Anstrich einer politischen Demonstration hat jener Erzeß gehabt. Man hat die Räume des Zeughauses mit Gewalt erbrochen, hat alle Gegenstände, die dort befindlich waren, vernichtet und gestohlen, man hat um zu den oberen Räumen zu gelangen, zu den zeither gebräuchlichen Mitteln der Verführung, der Lüge und des Verraths seine Zuflucht genommen, und hat entwendet was entwendbar war. — Wahrlich eine schöne Volksbewaffnung und schöne Volkskämpfer, die ihre Errungenschaften mit 5 und 10 Sgr. pro Stück verkauften. Es steht weltkundig fest, daß die gestohlenen Gewehre zu Hunderten für diese Preise den souverainen Volksmännern feil waren; — ja sogar für ein Quart Kümmel konnte man ein halb Dutzend neuer preußischer Militärgewehre eintauschen.

Und wo sind die seit Jahren aufgesammelten und jetzt gestohlenen Kunstschätze hingekommen? — Wo sind die goldenen Borten und Troddeln geblieben, die man von den dort aufgestellten Trophäen und Fahnen, unseres leider geschändeten Ruhmes, herunter gerissen hat? — Auch zur Volksbewaffnung? —

Und wer war schuld an diesem Raubzug gegen das National-Eigenthum, an dieser Aufrichtung einer neuen Schandsäule des preußischen Namens? — Berlin in seiner Gesammtheit! Die Bürger haben die Herstellung der Ruhe, die Aufrechthaltung der Ordnung, den Schutz des Privat- und Nationaleigenthums übernommen, und sie in ihrer Gesammtheit müssen für die sich täglich wiederholenden Excesse und Diebstähle, an Privat- und National-Eigenthum, verantwortlich bleiben.

Die Bürgerwehr hat thatenlos den Excessen zugeschaut, hat die Plünderung unter ihren Augen vollführen lassen, hat sogar ihre Gewehre mit Schnupftüchern, zum Zeichen der Uebereinstimmung mit jenem Raubgesindel, umwunden, und ihre Sympathien für dasselbe auf alle mögliche Weise an den Tag gelegt. — Ein Theil der Studentenschaft hat den unglücklich verblendeten Militärchef bei seinem Abzuge aus dem Zeughaus im Triumph begleitet, — die Klubbs und Vereine der Bürger und Bewohner Berlins gaben ihre Zustimmung zu jenem Raub-Excesse durch Adressen und Petitionen, um Niederschlagung der Untersuchung zu erkennen; — die Volksversammlungen sprachen von Errungenschaften, — die Zeitungen im berliner und breslauer demokratischen Sinne, bemühten sich die vorgekommenen Entwendungen als von einzeln eingeschlichenen Dieben vollführt, darzustellen, — wir aber behaupten, daß die vorliegenden Thatsachen den Beweis liefern:

„ganz Berlin sei bei dem Raubzug, theils **direct thätig**, theils **duldend**, theils **zustimmend** und **entschuldigend** betheiligt.

Wir verlangen zur Ehre unseres Vaterlandes, daß die Gnade unseres Königs nicht zur Beschönigung derartiger Excesse mißbraucht, und dieselben dadurch gleichsam sanctionirt werden, — wir verlangen, daß die Angelegenheit dem ordentlichen Richter nicht entzogen werde, und daß die Untersuchung und Bestrafung den

formmäßigen Weg gehe, und den bestehenden Gesetzen gemäß erfolge, damit uns in den Provinzen doch endlich einmal der Beweis gegeben werde, daß die Staatsverwaltungen noch frei, die Gesetze in Kraft, und die Pöbelherrschaft noch nicht souverain geworden ist. Will die Staatsverwaltung die Gnade des Königs für jenen unglücklichen und verführten Militär-Chef in Anspruch nehmen, so sei es dann, wenn die Untersuchung beendigt und die Thatsachen feststehen. Wir würden es aber für ein Verbrechen an der errungenen Freiheit, der Ehre des Volks, an dem wohlerworbenen Ruhme unseres Vaterlandes erklären müssen, wenn jetzt abermals jene schändlichen Excesse mit dem Mantel der Christen-Liebe zugedeckt, und jene Agitatoren und Volksaufwiegler — welche die Ursache und Veranlassung zu der, über das Land hereingebrochenen Anarchie und Unordnung sind, und die die Schuld tragen, daß schon so viel Bürger- und edles Soldaten-Blut geflossen, abermals der gerechten Strafe entzogen werden sollten.

Wir verlangen ferner, daß die sich in allen Fällen bekundete Unfähigkeit der berliner Bürgerwehr — die Ruhe und Ordnung herzustellen, Privat- und National-Eigenthum gegen Raubgesindel zu bewahren, das Ministerium und die Deputirten vor Mißhandlungen zu schützen, und so die National-Versammlung und deren Mitglieder in ihren Aeußerungen und Handlungen frei zu erhalten — endlich ausgesprochen, die Bürgerwehr entwaffnet und dem Militär wieder die Aufrechthaltung der Ordnung und die Bewahrung des Eigenthums, des Ruhmes und der Ehre unseres Vaterlandes übertragen werde.

Ober-Schlesien im Juni 1848.

Handelskammer.

Die Mitglieder und Stellvertreter der provisorischen Handelskammer ersuche ich hierdurch,

Mittwoch den 5. Juli d. J. Nachmittags 4 Uhr in dem Courslokale des Börsengebäudes

sich gefälligst versammeln zu wollen.

Zu den wichtigeren Vorlagen gehören:

1) eine Denkschrift über Aufhebung der Elbzölle;
2) eine Denkschrift über Aufhebung und resp. Erniedrigung von Durchgangs- und Ausgangszöllen;
3) die Errichtung eines Handels-Schiedsgerichts für den hiesigen Ort.

Breslau, den 1. Juli 1848. Molinari.

Nach Vorschrift des § 13 des Gesetzes vom 15. April d. J. machen wir bekannt, daß die Darlehns-Kassen-Agentur in der Eisengießerei bei Gleiwitz am 3. Juli d. eröffnet werden wird.

Regierungs-Bevollmächtigter derselben ist der Herr Ober-Hütten-Inspektor Kalide daselbst.

Dessen Stellvertreter in Behinderungs-Fällen der Herr Ober-Hütten-Inspektor Mentzel in Königshütte.

Außerdem gehören zum Vorstande die Herren:

1) der Hütten-Direktor Kayser zu Emilie-Pauline-Hütte bei Gleiwitz,
2) der Speditions-Händler Heinrich Richter in Gleiwitz,
3) der Wein- und Branntwein-Händler Salomon Troplowitz,
4) der Speecerei-Händler S. A. Hultschiner,
5) der Leder-Fabrikant Wollner,
6) der Direktor Grundmann in Kattowitz,
7) der Hütten-Direktor Naglo in Laurahütte,
8) der Hütten-Direktor von Gröling in Falvahütte,

von denen je zwei im wöchentlichen Wechsel die Geschäfte der Darlehns-Kassen-Agentur begleiten werden.

Schließlich bemerken wir, daß alle Ausfertigungen der Darlehns-Kassen-Agentur von dem Regierungs-Bevollmächtigten vollzogen sein müssen.

Berlin, den 22. Juni 1848.

Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen.

Konstitutioneller Zweig-Verein des Schweidnitzer Anger-Bezirks.

Versammlung im Liebichschen Garten Montag den 3. Juli Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr.

Tages-Ordnung:

Besprechung über die vorgeschlagene Bildung einer Bezirks-Darlehns-Kasse.

Vortrag über Mahl- und Schlachtsteuer.

Der vaterländische Verein

versammelt sich Dienstag den 4. Juli Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr im Krauseschen Lokale, Tauenzienstraße Nr. 17.

Tagesordnung:

1) Antrag auf eine Petition, betreffend die Verhältnisse der Leinen-Industrie.
2) Antrag, betr. eine Hypothekenbank und städtisches Pfandbriefwesen.
3) Wahl des Ordners und Comitee's.

Zur Ersparniß der Kosten wird der vaterländische Verein seine Bekanntmachungen künftig nur in die Schlesische Zeitung einrücken lassen.

Schneer, Ordner.

An die Herren Gast- und Schankwirthe der Provinz Schlesien.

In Folge der von dem unterzeichneten Vorstande an die geehrten Herren Kollegen in der Provinz erfolgten Mittheilung der Beschlüsse der Versammlung zur Bildung einer Corporation der Gast- und Schankwirthe Schlesiens zur Wahrung ihrer gewerblichen Interessen, vom 31. Mai d. J. sind einestheils vielfache Beitritts-Erklärungen eingegangen und ist anderntheils fast einstimmig die Nothwendigkeit einer allgemeinen Provinzial-Versammlung anerkannt und ausgesprochen worden. — In Berücksichtigung der hierbei abgegebenen Stimmen für den Ort dieser Versammlung haben wir demgemäß dieselbe auf

den 5. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr im Saale des Gasthofes zur goldnen Krone in Waldenburg

anberaumt und ersuchen die geehrten Herren Kollegen, so wie insbesondere die bereits konstituirten einzelnen löblichen Vereine in dieser Versammlung sich recht zahlreich einfinden zu wollen.

Waldenburg, den 22. Juni 1848.

Der Vorstand des Vereins der Gast- und Schankwirthe der Provinz Schlesien.

Berger. Hauptmann. Hoffmann. König. Siegert. Wolf. Wunder.

Wir fühlen uns gedrungen, den Herren Schmiedemeister Rother, Stadtrath Ludewig, Schneidermeister Löschburg und Dr. Möcke, welche der zu Breslau am 19. Juni stattgehabten Versammlung der Deputirten des schlesischen Gewerbestandes vorgestanden haben, hiermit unsern Dank für ihr thatkräftiges Einschreiten gegen den Verfall der Handwerke auszusprechen. Es ist Ihnen gelungen, die Wünsche aller Gewerbe nach Möglichkeit in allgemeine Regeln zu bringen, und die sie beseelende und durchdringende Idee eines neu zu gestaltenden Innungswesens wird, das hoffen wir, die Handwerke heben, vor dem Proletariat schützen und sie zu Ehren bringen.

Sagan, den 28. Juni 1848.

Die Gewerbetreibenden hiesiger Stadt.

Zufolge ergangener Aufforderung Seitens des kgl. Landrathes hatten sich die Lehrer des Rothenburger Kreises am 23. d. Mts. in Rothenburg versammelt, um, wie durch den Kultus-Minister angeordnet, „über die innere Organisation der Volksschule und die Stellung der Lehrer zu derselben" zu berathen und einen Deputirten zur Provinzial-Konferenz zu wählen. In einer Vorberathung beschlossen dieselben, die vorgeschriebene Leitung ihrer Berathungen durch die Kreisschul-Inspektoren und den königl. Landrath abzulehnen. Der zu diesem Behuf entworfene Protest wurde Letzterem überreicht und von ihm angenommen.

Hierauf beleuchteten sie nochmals ihre, im Verein mit einem großen Theile der Volksschullehrer Schlesiens in der Breslauer Lehrer-Petition bereits niedergelegten Wünsche und Anträge und erklärten, daß sie, einige unwesentliche Abänderungen abgerechnet, dabei beharren müßten. — Zum Deputirten wurde der Lehrer Berth aus Muskau, zum Stellvertreter der Lehrer Lischke aus Jänkendorf erwählt und das Konferenz-Protokoll dem Landrathe zur Beförderung übergeben.

Auf Ansuchen des Teplitzer Restaurateur Herrn Theodor Stern, der uns ein Schreiben, welches er von einem Breslauer Kaufmann erhalten hat, vorzeigte, in welchem eine Anfrage gemacht wird, ob man hier im Trenchiner Komitat, da es in Breslauer Zeitungen geschrieben wurde: daß die Slavonier an der Wag gegen die Ungarn im Aufstande sind, sicher reisen könne? und ob im Trechiner Bade Teplitz selbst Person und Eigenthum der Gäste gesichert sind? geben wir hiermit ein amtliches Zeugniß, daß im Trenchiner Komitat, wie auch in den benachbarten Grenz-Komitaten Thurotz, Arva und Liptau die vollkommenste Ruhe herrsche, daß man hier von keiner Revolution wisse, und daß alle Behörden in ihrer vollen Wirksamkeit so wie früher bestehen und folglich die größte Sicherheit überall fortbestehe. Nachdem wir dieses amtspflichtig bekannt machen, ersuchen wir zugleich Dieses durch die Breslauer Zeitung bekannt machen zu lassen.

Trenchiner Bad Teplitz, im Trenchiner Komitat Ungarns, am 28. Juni 1848.

Daws. Polit, Bad-Kommissär.
Karl Hédaz, Bad-Inspekteur.

Aufruf.

Wir sehen uns genöthigt, nochmals mit wiederholten Bitten uns an die Mildthätigkeit der Bewohner unserer Provinz zu wenden, weil, ohnerachtet der vielen Beiträge, welche schon eingegangen, wir für fernerhin doch nicht mehr im Stande sind, der täglich wachsenden Noth in unserem Gebirge mit nur für die Lebensfristung eines kleinen Theiles der Nothleidenden einigermaßen hinreichenden Mitteln entgegenzutreten. Wir bedürfen entweder noch auf längere Zeit für ungefähr 6—8000 Schwache, Kranke und Arbeitslose des nothwendigsten Lebensunterhaltes, weil sie sonst in den nächsten Tagen dem Hungertode verfallen, oder es muß von Seiten des Staates durchgreifende Hülfe geschafft werden. Die vereinzelte Unterstützung der Privaten kann das Uebel nur aufhalten; der Staat nur kann es heilen. Es müßte bald ein Fond beschafft werden zum Ankauf von Rohprodukten, als Baumwolle und Flachs, zur Wiederaufnahme der Arbeit in Spulen, Spinnen und Weben. Es müßte entweder auf Rechnung und unter Aufsicht des Staates gearbeitet werden, oder unter Garantie desselben durch die Fabrikanten, vermittelst von Darlehnsvorschüssen auf die verfertigten und geprüften Waaren. Dies ist der einzige Weg zur augenblicklichen Hülfe, er möge schnell betreten werden, bevor das Elend noch weiter um sich greift und durch Typhus und Nervenfieber noch Hunderte von Opfern fordert, oder ein Ausbruchsakt der Verzweiflung die Schuld noch größeren Unheils aufbürdet. Beschäftigt der Staat die Arbeitslosen, so wird die Privatwohlthätigkeit genügen, die Siechen und Elenden zu erhalten. Also bald an's Werk. Außerdem fordern wir alle Kaufleute, Handwerker und Familienväter auf, uns alle übrigen Flecke jeglicher Art von Zeugen zu sammeln und einzusenden, weil wir dieselben zupfen und das hierdurch gewonnene Garn wieder zu neuen Geweben verarbeiten lassen. Wir werden auch nächstens mehrere Stücke zum Verkauf bei Herrn Kaufmann Schreiber, Blücherplatz, deponiren.

Alle Sendungen bitten wir direkt an das Unterstützungs-Comité zu adressiren, zu Händen des Herrn Gastwirth Krasel in Reichenbach, oder der Frau Baronin v. Seherr-Thoß zu Olbersdorf bei Reichenbach. Die Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn befördert alle Sendungen unter unserer Adresse kostenfrei. Auch auf der Post genießen unsere Angelegenheiten Portofreiheit laut Ordre v. 26. März 1844: „Angelegenheit des Vereins zur Unterstützung armer Weber und Spinner Schlesiens."

Das Unterstützungs-Comité für die Nothleidenden im und am Eulengebirge.

Mit Bezugnahme auf unsere für die Nothleidenden Langenbielaus veröffentlichten Hülferuf, zeigen wir ergebenst an, daß sich die Herren

Carl J. Schreiber am Blücherplatz,
Joseph Karuth, Schweidnitzer Straße in der Pechhütte und
Heinrich Cadura, Herrenstraße in der 3 Mohren

zu Breslau auf unser Ansuchen bereit erklärt haben, milde Gaben zu vereinnahmen und an uns zu übersenden.

Langenbielau, den 26. Juni 1848.

Der Gemeinderath.

Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau.

Nachdem das Statut unserer Gesellschaft unter dem 10. Juni die allerhöchste Bestätigung erhalten hat und von der am 19ten d. M. abgehaltenen General-Versammlung der Actionaire der Beginn des Versicherungsgeschäftes beschlossen worden ist, so bringen wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken, daß die Annahme von Versicherungs-Anträgen auf unserm Bureau, Albrechtsstraße Nr. 35, so wie bei den später zu veröffentlichenden Agenturen erfolgt, wo zugleich den Versicherungsuchenden jede nöthige Auskunft ertheilt, auch bei Ausfertigung der Anträge hülfreiche Hand geleistet werden wird.

Breslau, den 21. Juni 1848. **Die Direktion der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.**

Inserate für die den folgenden Tag erscheinende Zeitung müssen wir uns bis spätestens 12 Uhr erbitten.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Theater-Nachricht.

Sonntag: **5te Abonnements-Vorstellung.** Zum dritten Male: **„Der Pfarrherr."** Original-Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. — Cölestine, Frln. Bossenberger, vom Stadt-Theater zu Bremen, als fünfte Gastrolle.

Montag: **6te Abonnements-Vorstellung. „Vier verhängnißvolle Tage aus dem Leben eines großen Mannes."** Historisch-dramatisches Gemälde in 4 Rahmen und einer Nachscene: „Helena's letzte Tage" von W. Isoard. Musik von Bergmann.

Mehrseitigen Anfragen zu begegnen, machen wir hiermit bekannt, daß Gallerie und Gallerie-Loge von dem Umtausch gegen Lotterie-Bons an Sonn- und Feiertagen ausgeschlossen sind. Das Bureau ist von Morgens 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr geöffnet.

Die Billets sind nur an dem Tage gültig, an welchem sie gelöst worden sind.

Der Verwaltungs-Ausschuß des hiesigen Stadt-Theaters.

Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung unserer Nichte Franziska v. Przyiemska mit dem Kaufmann Herrn Carl Schuppig, beehren wir uns, Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 26. Juni 1848.

E. Vogt und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Franziska v. Przyiemska.
Carl Schuppig.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut Morgen erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Knaben, beehre ich mich Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 1. Juli 1848.

E. Blumberg.

Todes-Anzeige.

Gestern starb nach langen Leiden der königl. Stadtgerichts-Depositul-Rendant, Hofrath Herr Spiegel.

Wir haben in ihm einen Kollegen und Freund verloren, der sich durch treue Gesinnungen den gerechtesten Anspruch auf unsere Freundschaft und Hochachtung erworben und bis zu seinem Tode bewahrt hat.

Sein Andenken wird uns unvergeßlich sein, Ruhe und Friede seiner Asche!

Breslau, den 1. Juli 1848.

Die Bureau-Beamten des königlichen Stadt- und Vormundschafts-Gerichts.

Todes-Anzeige.

Den gestern Vormittag 11 Uhr an Krämpfen erfolgten Tod unserer Clara in dem Alter von 8 Monaten, zeigen wird Verwandten und Freunden ergebenst an.

Glumbowitz, den 30. Juni 1848.

Schöneich, Rentmeister.
Marie Schöneich, geb. Bayer.

Freier Lehrer-Verein.
Außerordentliche Sitzung
Montag Abend Punkt 7 Uhr.

Bekanntmachung.

Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß ich in kriminalischer Untersuchung und Haft gewesen wäre. Um die Ehre meiner Person zu retten, so wie meine fernere Existenz nicht zu gefährden, sehe ich mich genöthigt, öffentlich bekannt zu machen, dem Gerüchte keinen Glauben zu schenken, noch weniger es weiter zu verbreiten, da ich, im betreffenden Falle, gegen Jeden die gesetzlichen Strafen beantragen werde. **Traugott Klinner.**

Nachstehendes Attest bekundet den Ungrund jenes Gerüchts:

daß gegen den Buchdrucker-Gehülfen Traugott Klinner keine Untersuchung stattgefunden hat bescheinigt
das königl. Kriminal-Direktorium.
Dittrich.

Bekanntmachung.

Se. Durchlaucht Fürst Max Sulkowsky hat dem Gefertigten mittelst General-Vollmacht, d. d. Slupna den 21. Mai d. J., die Direktion seiner sämmtlichen, sowohl schlesischen als russisch-polnischen Güter übertragen. Dies zur geneigten Kenntniß mit der Bitte, sich fortan in allen das Dominium Slupna sammt Nebengütern betreffenden Geschäftsbeziehungen ohne Ausnahme unmittelbar an den gefertigten Güter-Direktor wenden zu wollen.

Slupna, den 9. Juni 1848.

A. Kiehaupt,
General-Bevollmächtigter Sr. Durchlaucht des Fürsten Hrn. Max Sulkowski.

Ich wohne von heute ab Ring Nr. 29, goldne Krone.

E. Schmauch,
Schneidermeister.

Ein bettelnder Dieb,

bekleidet mit einem karrirten Sommerrock, Sommerhosen und einer dunkeln Mütze, hat den 30. Juni, alte Sandstraße Nr. 17, im dritten Stock, eine große goldene Taschenuhr mit goldenen Weisern gestohlen. Der Dieb hatte ein kupfriges Gesicht und dunkle Haare. Wer zur Wiedererlangung behülflich ist, erhält eine angemessene Belohnung.

Bei **Wilh. Schrey in Leipzig** erschien soeben in Kommission:

Der persönliche Schutz.

(Mit 25 anatomischen Abbildungen. — In Umschlag versiegelt. Preis: 1 Ducaten.)

Medicinische Abhandlung über die Ehe und ihre geheimen Störungen, über die Gebrechen der Jugend und des reiferen Alters, die größtentheils die Nachwehen von Vergehen der Kindheit sind, nach und nach alle Körper- und Geisteskräfte zerstören, alles Feuer und endlich selbst die Attribute der Männlichkeit vernichten: erläutert mit 25 Abbildungen, betreffend die Anatomie, Phisiologie und die Krankheiten der Zeugungstheile mit für Jedermann faßlicher Beschreibung des Baues, des Gebrauchs und der Funktionen derselben, sowie der durch Onanie und Ausschweifungen auf sie hervorgebrachten Wirkungen rc. Nebst praktischen Bemerkungen über die heimlichen Gewohnheiten auf Schulen rc., über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Indigestionen, Rheumatismus, Gicht, Rückenmarksaffectionen, Lungenleiden, Auszehrung rc. Von **Dr. Samuel La'Mert,** prakt. Arzte in London, Ehrenmitgliede der Universität Edinburg, der medicin. Gesellschaften zu London, Edinburg rc. 8. 128 S.

Dieses merkwürdige Buch sollte sich in aller Händen befinden: es kann mit Wahrheit behauptet werden, daß über die verhandelten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches jemals gedruckt worden ist. — Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Herrn Laurentius, Dorothenstraße Nr. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt zu beziehen.

Der Beachtung demokratischer Vereine empfohlen!

Der Wächter an der Ostsee.

Demokratisches Organ. Herausgegeben von **W. Lüders.**

Alles für das Volk, Alles durch das Volk! Die Souverainetät des Volkes werde eine Wahrheit. Bildung, Freiheit und Wohlstand für Alle durch Humanisirung unseres Staats und gesellschaftlichen Lebens, ist die Aufgabe, die sich der Wächter gestellt.

Das Blatt erscheint in Stettin sechsmal wöchentlich, wird durch die Post täglich, durch den Buchhandel einmal wöchentlich versandt. Preis vierteljährlich auf allen preuß. Postämtern 1 Rthl. Probenummern werden durch die Post gratis geliefert, sind auf dem Ober-Postamte in Breslau vorräthig.

COLONIA.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß ich die Spezial-Agentur der Colonia, so wie die Agentur der neuen Berliner Hagel-Assekuranz niedergelegt habe, und mich von heute mit Versicherungs-Geschäften nicht weiter mehr befasse.

J. Schubert, Kaufmann.

Indem wir die vorstehende Erklärung veröffentlichen, bitten wir alle Diejenigen, welche durch Herrn Schubert ihre Versicherungen besorgen ließen, an denselben keine Prämiengelder mehr zu zahlen, sich vielmehr damit, so wie mit Veränderungs-Anzeigen an den durch Schubert geschlossenen Versicherungen von jetzt ab an den Kaufmann Herrn **J. R. Schepp,** Neumarkt Nr. 7, gefälligst zu wenden, indem wir diesem mit dem Vorbehalte, daß ihn die königliche Regierung bestätigen wird, die Schubert'sche Agentur übertragen haben.

Unser Spezial-Agent Herr Jurock, Kupferschmiede-Straße Nr. 22, fährt wie bisher fort, neue Versicherungs-Anträge entgegenzunehmen, und ist auch dieser zur Bequemlichkeit der Herren Versicherten gern bereit, Nöthiges von den Schubert'schen Versicherungen zu besorgen.

Breslau, den 26. Juni 1848. **Ruffer & Comp.**

Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee.

1. Zinsenzahlung. — Nach dem Beschluß der General-Versammlung vom 22. Januar d. J. sollen die Zinsen sowohl von den Reichenbach-Langenbielauer Actien, als auch von den voll eingezahlten Quittungsbogen für den Fortsetzungs-Bau von Langenbielau nach der Grafschaft Glatz mit 4 pCt. noch für das Halbjahr von Johannis bis Weihnachten 1847 gezahlt werden, wogegen vom 1. Januar 1848 ab die nach den Einnahmen auf der ganzen, im Bau vollendeten Straßenstrecke zu gewährende Dividende eintreten soll.

Die Inhaber von Actien und Quittungsbogen werden daher ergebenst aufgefordert, die fälligen Zinsen

am 10. oder 11. Juli d. J. im Kassenlokale des Vereins hierselbst unter Production der resp. Actien und Quittungsbogen in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr zu erheben.

2. Ausreichung der Actien für die voll eingezahlten Quittungsbogen. — Verfassungsmäßig konnten die Chaussee-Actien nur auf **den Namen** des Inhabers ausgestellt werden, wie dies auch bei den Reichenbach-Langenbielauer Actien geschehen ist. Die General-Versammlung der Actionaire hat jedoch einstimmig beschlossen, bei der Staatsbehörde zu beantragen, daß die neuen Actien au porteur lautend ausgefertigt, die alten Actien aber in solche umgeschrieben werden dürfen.

Nach Lage der Sache konnte ein Resultat dieses Antrages nur im legislativen Wege erwartet werden, und ist daher eine Petition bei der hohen National-Versammlung dahin eingereicht worden:

die Initiative wegen Erlaß eines Gesetzes zu ergreifen, welches den schon bestehenden und noch sich bildenden Chausseebau-Gesellschaften die Befugniß ertheilt, ihre Actien künftig au porteur ausstellen, und die schon ausgestellten in solche umschreiben zu dürfen.

Unter diesen Umständen kann mit Ausreichung der Actien noch nicht verfahren werden, und wird der Erfolg des gethanenen Schritts die Beschlußnahme einer zu berufenden General-Versammlung bedingen.

3. Die wenigen resp. Actionaire, welche noch mit Einzahlungen in Rest sind, werden hierdurch aufgefordert, dieselben spätestens **in termino den 10. oder 11. Juli d. J.** an die Kasse zu berichtigen, da die Rechnung geschlossen und zur Revision vorgelegt werden muß. Die in diesen Tagen nicht eingehenden Reste werden im gerichtlichen Wege eingezogen werden. Reichenbach, 22. Juni 1848.

Das Directorium des Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee-Vereins.

Ein Theil der Aerzte, welche der Typhus-Epidemie wegen bisher im Kreise Pleß als Bezirksärzte fungirt haben, halten es der Oeffentlichkeit gegenüber für eine Pflicht, sich über die hiesigen Zustände vom ärztlichen Standpunkte aus in einer Broschüre auszusprechen, welche schon in nächster Woche dem Druck übergeben werden soll. — Ausgehend davon, daß die Nothwendigkeit einer ärztlichen Organisation für die öffentliche Gesundheitspflege im Bereiche der ganzen Monarchie vorliege, haben sie geglaubt, etwas Nützliches zu leisten, wenn sie aus den zeither durch eigene Anschauung erlebten Erfahrungen die nöthigen Vorschläge zu einer Medizinalreform ableitend, dieselben hiermit zur allgemeinen Kenntniß bringen. Nicolai O S.

Die mit der Redaktion der genannten Broschüre Betrauten:
Dr. **Deutsch.** Dr. **Abarbonell.** **Moll,** königl. Kreis-Chirurgus.

Avis.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich meine, Elisabet-Straße Nr. 6, in Breslau bestandene Commandite aufgelöst und das daselbst bisher unterhaltene Lager von Posamentir- und Metallwaaren dem Herrn **Eduard Vetter** in Breslau in Commission gegeben habe. Brieg, 1. Juli 1848. **R. Schärff,** Posamentirwaaren-Manufaktur.

Auf vorstehende Bekanntmachung mich beziehend, erlaube ich mir, mein Lager von Posamentir- und Metallwaaren zur gefälligen Berücksichtigung zu empfehlen.

Eduard Vetter in Breslau, Junkernstraße Nr. 8, erste Etage.

Loose und Pläne der Möbel-Lotterie

zur Abhülfe der Noth im Tischler-Gewerk sind à 1 Thlr. zu haben bei

H. J. Julinsburger, Schmiedebrücke Nr. 50.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:
1) Fräulein Helena Pätz,
2) Herrn Kaufmann Weiß,
3) Frau Siebmacher Friederici,
4) Herrn Schuhmachergesellen Hahn,
5) " Glasermeister Schmidt,
6) Hohes Domkapitel,
7) Fräulein Dorothea Immerwahr,
8) Herrn Schulamtscandidat Karrasch in Jeraschwitz,
9) " Wagenbauer Linke,
10) " Schmergel,
11) " Leopold Schmidt,
12) " Zuckersieder Fichtner,
13) " Studiosus Lasker,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 1. Juli 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Schweizerhaus.

Sonntag den 2. Juli: **Quintett-Konzert.**

Auch ist für kalte und warme Speisen aufs Beste gesorgt. **Schlinge.**

Villa nova

in Alt-Scheitnig.
Heute, Sonntag den 2. Juli:

Konzert.

Entree à Person 1 Sgr.

Liebich's Garten,

heute, den 2. Juli, großes

Concert.

Von der Breslauer Theater-Kapelle.

Zum Blumenkranz

in Pöpelwitz zur Erholung und gut besetztem **Trompeten-Konzert,** heute, Sonntag den 2. Juli, ladet ergebenst ein: **Schröter.**

Entree à Person 1 Sgr.

In Marienau

heute Sonntag: große Vorstellung im Seiltanzen. Anfang 5 Uhr. **Schwiegerling.**

Zum Blumenkranz

auf heute, den 2. Juli, ladet ergebenst ein: **Ludwig Boncke,** auf den Lehmgruben.

Für junge Kaufleute.

In einer der größten Mittelstädte Sachsens, woselbst noch Kaufmanns-Innung besteht, ist eine seit einem halben Jahrhundert bestehende frequente Material-, Tabak- Farben-, Eisen- und Spirituosen-Handlung (es ist fast die einzig beste in der Stadt, mit guter Stadt- und Landkundschaft versehen) ehemöglich zu verkaufen, und würden zur Uebernahme circa 4000 Rtl. hinreichend sein, jedoch steht es auch frei, mit 2—3000 Rtl. Einzahlung als Kompagnon einzutreten, wodurch das Geschäft noch sehr gehoben werden könnte. Näheres unter H. M No. 333, franco, poste restante Bautzen.

Ein gebildetes Mädchen, in der Hauswirthschaft ganz erfahren, im Kleider- und Putzmachen wie in allen feinen weiblichen Arbeiten geübt, wünscht eine Stellung als Gesellschafterin, Wirthschafterin oder Leiterin und Erzieherin für Kinder; dieselbe hat schon einer solchen Stelle vorgestanden. Briefe werden unter der Chiffre: F. H. Neisse, poste restante erbeten.

Dem nächtlichen Sänger des deutschen Freiheitsliedes wird von mehreren, durch ihn aus dem Schlafe Aufgeschreckten, hierdurch gerathen, zur Vermeidung fernerer Ruhestörung, das Zimmer der bewußten Dame auf der Graupenstraße zu theilen.

F...H...S...d.

Ernstlichen Gutskäufern,

welche bei 3000 Rthl. Anzahlung ein gutes Geschäft machen wollen, habe ich ein sehr vortheilhaftes Rittergut mit Forst zum Kauf nachzuweisen; dasselbe wird nur aus Familienrücksichten verkauft.

D. M. Peiser, Karlsstraße 33

Bewerbungsgesuche um die durch Abgang des hiesigen Herrn Pastor Kosmehl nach Görlitz erledigt werdende ev. Pfarre werden bis zum 20. Juli d. J. angenommen.

Polkwitz, den 30. Juni 1848.

Der Magistrat.

---

10 Thaler Belohnung

erhält Derjenige Herrenstraße Nr. 20 bei Herrn Selbstherr, welcher zur Wiedererlangung

eines silbernen, ganz neuen Theekessels mit gräflichem Wappen

behülflich ist.

Der Henkel ist von Elfenbein und das Untergestell mit Lampe ruht auf vier matt gearbeiteten Hirschläufen.

Zwei Damen wünschen zu Michaelis eine Wohnung von 2 Zimmern, Kabinet und Entree nebst Zubehör. Nachweis wird erbeten beim Kaufmann Herrn Ritter (Naschmarkt).

Eine Drehbank mit Schwungrad zu Metallarbeit wird zu kaufen gewünscht: Werderstraße Nr. 24, im Comptoir.

Dritte Beilage zu № 152 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 2. Juli 1848.

Oeffentliches Aufgebot.

Die Zinsscheine der zum Nachlaß des am 10. Dezember pr. zu Hirschberg verstorbenen Rittergutsbesitzer Johann Carl Heinrich Linckh gehörigen, von der pommerschen Provinzial-Zuckersiederei zu Stettin unterm 1sten April 1817 ausgestellten privilegirten Aktien Nr. 302. 303. 357. 358. 359. 360 von je 250 Rthlr. und zu 5 pCt. verzinslich von demselben Datum, sind angeblich verloren gegangen. Es wird daher auf den Antrag der alleinigen Erbin des Erblassers, verwittweten Rittergutsbesitzer Linckh, Johanne Christiane Louise, gebor. Unverricht, das öffentliche Aufgebot dieser Zinsscheine hiermit veranlaßt und werden alle diejenigen, welche an dieselben als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, spätestens in dem auf den

6. Oktober 1848 Vorm. 11 Uhr

vor dem königl. Oberlandes-Gerichts-Referendarius Golz in unserem Parteienzimmer Nr. II. anberaumten Termine zu erscheinen und ihre Ansprüche nachzuweisen, widrigenfalls die gedachten Zinsscheine für amortisirt werden erklärt werden.

Breslau, den 15. Juni 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht. Erster Senat.
Hundrich.

Der Schwarzviehhändler Johann Christian Laufeld hat sich Anfangs Dezember 1846 von Klein-Peterwitz, Wohlauer Kreises, entfernt und durch fortwährenden Wechsel seines Aufenthalts den Vorladungen der richterlichen Behörden entzogen. Eben so haben sich:

1) der ehemalige Grenzzoll-Beamte Franz Theodor v. Haßfordt im Jahre 1843 von Ludwigsdorf, Wartenberger Kreises,
2) der Weißglasmacher Bernhard Weber aus Volterdingen in Baden gebürtig, am 10. Novbr. 1837 von Wilhelmshütte bei Medzibor und
3) der Friseur Geschwendt am 20. Juli 1844 von Landeshut,

ihren bisherigen Wohnörtern entfernt, ohne seit dem von ihrem gegenwärtigen Aufenthalte Nachricht zu geben.

Gegen diese Personen sind nunmehr deren Ehefrauen und zwar:

die Johanne Eleonore Laufeld geborene Hoffmann wegen Ehebruchs, groben Ehrenkränkungen, wegen schwerer Mißhandlungen und lebensgefährlicher Drohungen,

die Christiane Pauline Louise v. Haßfordt geb. Grüttner aber und die Johanne Wilhelmine verehelichte Weber geborene Junge, so wie die verehel. Geschwendt Rosine geb. Hartmann, wegen böswilliger Verlassung, auf Trennung ihrer Ehen klagbar geworden.

Zur Beantwortung dieser Klagen ist ein Termin auf

den 19. Septbr. d. J. Vormittag 10 Uhr

vor dem Hrn. Oberlandes-Gerichts-Referendarius Lauterbach II. im Parteienzimmer Nr. 2 des Ober-Landesgerichts hierselbst anberaumt und zu demselben werden hiermit

1) der Schwarzviehhändler Johann Christian Laufeld,
2) der ehemalige Grenzzollbeamte Franz Theodor v. Haßfordt,
3) der Weißglasmacher Bernh. Weber und
4) der Friseur Geschwendt

unter der Warnung vorgeladen, daß sie im Falle ihres Ausbleibens der ihnen Schuld gegebenen Thatumstände in contumaciam für geständig erachtet und demgemäß, so wie was Rechtens ist, gegen sie erkannt werden wird.

Breslau, den 22. Mai 1848.

Königl. Ober-Landes-Gericht. Erster Senat.
Hundrich.

Avertissement.

In Gemäßheit des § 137 seq. Titel 17 Thl. 1 des Allg. Landrechts wird den noch etwa unbekannten Gläubigern des am 15. Mai 1847 zu Paris verstorbenen königlich wirklichen geheimen Raths August Karl Friedrich Leopold von Liebermann die bevorstehende Theilung seines Nachlasses hiermit öffentlich bekannt gemacht, um ihre etwaige Forderungen an denselben in Zeiten und binnen längsters drei Monaten vom Tage der ersten Insertion dieses Avertissements an gerechnet, anzuzeigen und geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist die etwaigen Erbschaftsgläubiger sich an jeden Erben nur nach Verhältniß seines Erbtheils halten können.

Glogau, den 18. April 1848.

Königl. Ober-Landes-Gericht. Abtheilung für Nachlaßsachen.
Graf v. Rittberg.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 37 der Matthiasstraße belegenen, dem Brauereibesitzer Joseph Chudalla gehörigen, auf 5832 Rthlr. 19 Sgr. 10½ Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf **den 4. Oktober 1848 Vormittags 11 Uhr** vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteienzimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden hiermit die drei Geschwister Kierstein, Pauline Caroline Henriette, Agnes Friederike Henriette und Clara Bertha Julie vorgeladen.

Breslau, den 15. März 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Edictal-Citation.

Ueber das Vermögen des hiesigen Kaufmanns Friedrich Muhr ist unterm 27. August 1847 der Konkurs eröffnet worden.

Die Aktivmasse schließt mit 5165 Rthl. 17 Sgr. 5 Pf. und die Passivmasse mit 11,133 Rthl. 7 Pf. ab, so daß sich eine Insuffizienz von 5967 Rthl. 13 Sg. 2 Pf. herausstellt.

Zur Anmeldung und Nachweisung der Richtigkeit der Ansprüche der Gläubiger haben wir einen Termin auf

den 7. August d. J. Vormittags 10 Uhr

vor dem Herrn Land- und Stadt-Gerichts-Rath Marx in unserem Instruktionszimmer Nr. 2 angesetzt, zu welchem sämmtliche Gläubiger hierdurch vorgeladen werden. Diejenigen Gläubiger, welche in diesem Termine nicht erscheinen, werden mit allen ihren Forderungen an die Masse präkludirt, und wird ihnen deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.

Zu Bevollmächtigten werden die hiesigen Justiz-Kommissarien Langer und Witzenhusen und der Justizrath Bursig in Kupp vorgeschlagen.

Zu diesem Termine wird auch gleichzeitig der seinem Aufenthalte nach unbekannte Gemeinschuldner Kaufmann Friedrich Muhr vorgeladen.

Oppeln, den 22. März 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Nothwendige Subhastation.

Die der verwittweten Dorothea Zimmermann, geb. Soßner, gehörigen beiden Besitzungen Nr. 23 Goßlawitzer Vorstadt und Nr. 21 Fischerei zu Oppeln, von denen die Besitzung Nr. 23 mit dem dazu gehörigen

Garten auf	7676 Rtl.	— Sg.	1½ Pf.
und die Besitzung 21 mit dem dazu gehörigen Garten auf	1064 "	14 "	9 "
zusammen auf	8740 Rtl.	14 Sg.	10½ Pf.

gerichtlich abgeschätzt sind, sollen in dem auf

den 20. Dezember d. J. Vormittags 10 Uhr

hierselbst vor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Storch anstehenden Termine subhastirt werden.

Die Taxe und die neuesten Hypothekenscheine sind in unserm Büreau III a in den Amtsstunden einzusehen.

Oppeln, 10. Mai 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Bekanntmachung

Der am 6. Januar d. J. verstorbene hiesige Bürger und Stadtgartenbesitzer Johann Christoph Rösler hat in dem mit seiner Ehefrau errichteten, und am 15. Februar d. J. publicirten wechselseitigen Testamente vom 18. Oktober, 15. November 1836, welches in unserer Kanzlei, Abtheilung II. eingesehen werden kann, jedem seiner am 1. Januar 1816 oder später geborenen, nicht sämmtlich namhaft gemachten Pathen, soweit dieselben an seinem Todestage noch nicht verheirathet gewesen, ein Legat von 10 Rthlr. vermacht, und hierdurch zugleich bestimmt, daß alle diese Pathen öffentlich aufgefordert werden sollen, sich binnen drei Monaten a dato der Bekanntmachung, und zwar bei Verlust ihres Legats, zu melden und durch Produktion eines Taufscheines, so wie eines Attestes, ihrer Polizeibehörde darzuthun, daß sie erst nach dem 1. Januar 1816 geboren worden, daß der Erblasser bei ihnen Pathenstelle vertreten, und daß sie an seinem Todestage noch nicht verheirathet gewesen, was hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Görlitz, den 17. Juni 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Subhastations-Patent.

Zum öffentlichen Verkauf des unter Nr. 51 der Goldberger Vorstadt von Liegnitz belegenen Hauses, welches auf 5020 Rt. 25 Sg. gerichtlich abgeschätzt worden, ist ein Termin auf den

28. Septbr. d. J. Vormittags um 10 Uhr

in unserem Gerichtslokale anberaumt worden. Die Taxe und der neueste Hypothekenschein können in den gewöhnlichen Amtsstunden in unserer Prozeß-Registratur eingesehen werden.

Liegnitz, den 11. März 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Kügler.

Post-Siegellack,

das Pfd. zu 2 Sgr., 2½ Sgr. und 3 Sgr. nach Qualität, empfiehlt: **C. F. W. Tietze**, Schmiedebrücke Nr. 62.

Holz-Verkauf.

Im Wege des Meistgebots sollen öffentlich verkauft werden:

I. **Aus dem Revier Stoberau**, theils von der Stoberauer Ablage, theils von Ablageplätzen am Flößbach und von Verkaufsplätzen:

84½	Klaftern	Eichen-Scheitholz.
16	"	Weißbuchen- und Rüstern-Scheitholz.
5¾	"	Birken-Scheitholz.
9	"	Erlen-Scheitholz.
425	"	Kiefern-Scheitholz.
414	"	Fichten-Scheitholz.
122¼	"	Eichen-, Buchen- u. Rüstern-Rumpen.
1½	"	Birken-Knüppel.
1078	Klaftern in Summa.	

II. **Aus dem Revier Bachwitz**, Oberförsterei Windisch-Marchwitz, von der Ablage am Struze-Flößbach:

2	Klaftern	Eichen- u. Buchen-Scheitholz.
267¼	"	Birken-Scheitholz.
173	"	Erlen-Scheitholz.
7¾	"	Espen-Scheitholz.
146¾	"	Kiefern-Scheitholz.
14½	"	Fichten-Scheitholz.
611¼	Klaftern in Summa.	

Zum Verkauf der ad I. genannten Hölzer ist Termin auf

Dienstag, den 18. Juli d. J.

im Pohlschen Gasthofe zu Stoberau, und der ad II. genannten Hölzer auf

Mittwoch, den 19. Juli d. J.

im Forsthause zu Bachwitz, jedesmal von 11 bis 12 Uhr Mittags anberaumt, wozu Käufer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen im Termine vorgelegt werden sollen.

Brieg, den 28. Juni 1848.

Der Forstmeister Schindler.

Diebstahls-Anzeige.

In der Nacht vom 29. zum 30. Juni d. J. sind durch Einbruch in das Schloß zu Michelau zwei den dortigen Dominial-Acquirenten gehörige Geldkassen mit deren Inhalte gestohlen worden.

In einer Kasse befanden sich incl. 3 einfachen und 2 Doppel-Louisd'or in $^1/_1$, $^1/_3$, $^1/_6$ und $^1/_{12}$ Stücken baar . 431 rtl. 17 sgr.

Ferner ein Hypotheken-Instrument von 400 Rtl., haftend auf dem Gasthause zum Schwan in Falkenberg, eingetragen für die verwittwete Bierbrauer Hoffmann zu Brieg, nebst einem im vorigen Jahre Schiedsamtlich ausgestellten Schuldscheine von 500 Rtl. unter Verpfändung obiger Hypothek, und deren in Brieg befindlichen beiden Besitzungen . . . . 500 " — "

Die zweite Kasse enthielt:

1) Zwei Staatsschuldscheine:			
a) Lit. F. Nr. 11776, Vol. 59	200	" —	"
b) Lit. F. Nr. 180444, Vol. 903	100	" —	"
2) 1 Kassen-Anweisung von	100	" —	"
3) 1 Banknote von . . .	50	" —	"
4) 1 Banknote von . . .	25	" —	"
5) Außerdem noch mehrere Kassen-Anweisungen zu 1 Rtl. und circa 4 bis 5 Zweithalerstücken; ferner in Thaletstücken ⅓, $^1/_6$ und $^1/_{12}$ 2c., zusammen	261	" 19	"
im Ganzen	1668 rtl.	6 sgr.	

Indem ich diesen Diebstahl hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe, ersuche ich die wohllöblichen Polizeibehörden ganz ergebenst, zur Ermittelung der Thäter, und Wiedererlangung des gestohlenen Gutes mitwirken zu wollen. Brieg, den 30. Juni 1848.

Der königl. Landrath v. Rohrscheidt.

Subhastation.

Der zu Klein-Tschansch, Breslau'schen Kreises, belegene, sub Nr. 1 im Hypothekenbuch verzeichnete sogenannte Rothkretscham cum attinentiis abgeschätzt auf 7876 Rthlr. 16 Sgr. 8 Pf., zufolge der nebst Hypotheken-Schein in der Registratur einzusehenden gerichtlichen Taxe, soll

den 7. Septbr. 1848, Vorm. 10 Uhr,

in dem herrschaftlichen Wohnhause zu Klein-Tschansch subhastirt werden.

Breslau, den 19. Februar 1848.

Das Gerichts-Amt Klein-Tschansch.

Ein wissenschaftlich gebildetes Mädchen sucht zum 1. August oder auch früher eine Stelle als Lehrerin jüngerer Kinder, auch würde sie die Stelle einer Gesellschafterin bei einer ältlichen Dame gern übernehmen. Da ihr hauptsächlich nur daran liegt, nach ihrer Neigung beschäftigt zu sein, so würde sie kein hohes Gehalt beanspruchen. Portofreie Anfragen werden erbeten unter der Adresse H. G. Gnadenfrei poste restante

---

Offene Stellen finden Förster, Ziergärtner, Oekonomie-Eleven, Handlungs-Lehrlinge, Kammerjungfern, Wirthschafterinnen und Stubenmädchen durch das conceff. Kommissions- und Gesinde-Vermiethungs-Bureau von:
E. Berger, Bischofsstr. 7, 1. Etage.

Auktions-Anzeige.

Donnerstag den 6. Juli c. Vormittag 9 Uhr, sollen in dem hiesigen Regierungsgebäude, im 1. Hofe rechts 2 Treppen hoch, circa 100 Flaschen Champagner, 400 Flaschen weiße und Rothweine, ein Flügel, eine Parthie kupfernes Küchengeschirr, Möbel 2c., Pferde und Wagen, Geschirre und Stallutensilien, demnächst aber noch ein plattirter eleganter Tafelaufsatz mit Tablets, Weinkühler, Leuchter 2c. gegen baare Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 10. Juni 1848.

Hertel, Kommissionsrath.

Auktion. Am 3. d. M. Vorm. 12 Uhr soll vor dem Hause Nr. 39 Messergasse

ein Plauwagen

versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 4. d. M. Mitt. 9 Uhr werden in Nr. 42 Breitestraße zuerst Uhrmacherwerkzeuge, dann Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel und Hausgeräthe versteigert werden. **Mannig**, Aukt.-Komm.

Avis.

Vom 4. Juli ab befindet sich unser Kommissions- und Agentur-Bureau Kupferschmiedestraße Nr. 12. **Alexander u. Comp.**

Ein gebildetes, anständiges Mädchen sucht eine Stellung in einem Laden als Verkäuferin, oder bei einer alten Dame als Gesellschafterin. Dieselbe sieht weniger auf hohen Gehalt, als auf gute Behandlung.

Näheres Ohlauer-Straße 15, drei Stiegen.

Unterkommen-Gesuch. Ein durchaus brauchbarer **Konditor-Gehülfe** sucht baldiges Unterkommen. Briefe unter A. X. werden poste rest. Breslau erbeten.

Die **Molken- und Brunnen-Anstalt** und das damit verbundene Kaffee-Etablissement im sogenannten Brunnen-Garten in der Breitenstraße wird Term. Michaelis pachtlos. Darauf Reflektirende belieben sich bei dem Eigenthümer, Junkernstraße Nr. 29 zu melden.

Das mit Recht so sehr beliebte

englische Brot

ist von heute ab in der Bäckerei Karlsstraße Nr. 39 zu haben.

Die Gehülfenstelle in der Apotheke einer kleinen Stadt Oberschlesiens, mit 120 Rthl. Gehalt, ist zu besetzen durch Fincke in Krappitz.

Zwei Paar ganz neue, gefertigte **Gardinen**, von grünem Möbel- und echtem Purpur-Kattun, sind zu verkaufen: Ohlauer-Straße Nr. 15, drei Stiegen.

Ein gebrauchter, gut reparirter 6oktaviger Flügel ist billig zu verkaufen in der Pianoforte-Fabrik des **C. Wallischewsky**, Ring Nr. 49.

Ein Spezerei-Geschäft,

auf einer der belebtesten Straßen hierselbst, ist unter sehr annehmbaren Bedingungen bald zu verkaufen. Das Nähere bei Herrn Sensal Büttner, Kleine Domstraße Nr. 8.

---

3 Stuben etc.

im ersten Stock, Morgenseite: Schuhbrücke Nr. 57, im blauen Adler.

Zu vermiethen, Schweidnitzerstraße Nr. 8, im 1sten Stock eine Wohnung von 5 Stuben.

Möblirte Quartiere

sind für jede Zeit zu vermiethen, Albrechtsstraße 27, gegenüber der Post. **Funke.**

Ohlauerstraße Nr. 53 ist das Gewölbe sofort, der erste Stock zu Michaelis zu vermiethen.

Mühlgasse Nr. 25 ist der erste Stock und die Hälfte des dritten sofort zu vermiethen.

Zwei Verkaufsgewölbe nebst heizbaren Komtoirs sind billig zu vermiethen und bald zu beziehen in Stadt Berlin, gegenüber der goldenen Gans. Ebendaselbst ist im 2. Stock eine freundliche und gesunde Wohnung bald zu beziehen. Näheres bei **Gräfe u. Comp.**

Eine Wohnung

von 5 Stuben, 2 Treppen hoch, wobei auch Gartenbesuch, ist zu vermiethen und Michaelis zu beziehen. Das Nähere Königsbrückenplatz Nr. 4 beim Eigenthümer.

Zu vermiethen und gleich zu übernehmen ein heizbares Gewölbe; auch könnte auf Verlangen die Hälfte zur Wohnung eingerichtet werden, so wie ein Spezerei-Repositorium und Utensilien zu verkaufen ist: Goldneradegasse 12.

Zwei freundliche Quartiere

eines mit 2 Stuben, Alkove, Altane, Küche und Beigelaß für 70 Rthl., und ein Quartier mit einer großen Stube, Alkove, Küche und Beigelaß für 50 Rthl., beide eine Treppe hoch, sind gleich oder Term. Michaelis zu beziehen Altbüßerstraße Nr. 1. Vogt.

Szczawnice-Mineralwasser.

Wir erlauben uns hiermit, zur gefälligen Beachtung ergebenst anzuzeigen, daß wir den Mineralbrunnen-Handlungen

Carl Straka, Albrechtsstr. vis-à-vis der Bank, **F. W. Scheurich & Straka**, Neue Schweidnitzer Straße Nr. 7,

den Verkauf unserer mineralischen Wässer übertragen und diese Herren bereits in Besitz der ersten Sendung sowohl von Josephinen-, Stephans-, Magdalenen-Brunnen, als auch von der neuen Quelle gebracht haben. Als Erfrischungs-Getränk gleich Selter allseitig bekannt, bemerken wir nur noch, daß unsere Wässer insbesondere bei chronischen Leiden der Brust, hartnäckigen Katarrhen, Stockungen und Verschleimungen im Unterleibe, chronischen und scrophulösen Krankheiten mit Erfolg angewendet werden.

Die Inspection zu Szczawnice. (gez.) Josef Szalny.

Auf Vorstehendes bezugnehmend empfehlen wir uns sowohl mit diesen, als auch allen rheinischen, böhmischen und schlesischen Brunnen, nebst den beliebten

Pastilles digestives de Bilin,

ächtem Karlsbader Salz und Seesalz, sowohl Consumenten als Wiederverkäufern zur geneigten Beachtung.

F. W. Scheurich & Straka. Carl Straka.

Auktion von Baumwolle.

Dinstag den 4. Juli, von 9 Uhr früh ab, sollen die beim Brande des neuen Packhofes beschädigten 81 Ballen Baumwolle, in ausgepacktem losen Zustande, in Quantitäten von mindestens 1 Ctnr. meistbietend versteigert werden. Die ganze Quantität liegt auf dem städtischen Ziegelplatze hinter dem neuen Packhofe in der Nikolai-Vorstadt an der Oder ausgebreitet, und ist daselbst in Augenschein zu nehmen.

Um einen großen Theil meines sehr bedeutenden Mode-Waaren-Lagers zu räumen, verkaufe ich die nachstehenden Artikel zu **bedeutend herabgesetzten Preisen.**

Sehr elegante Braut-Roben, schwarze und couleurte Seidenstoffe, Double-Longshawls und Umschlagetücher, die neuesten bunten Mousselines, Hautclairs, Jaconnets, Toiles du Nord, die elegantesten Mantillen in couleurt und schwarz. Alle Arten Velours d'Utrecht, Möbelstoffe, Gardinenzeuge, Tisch- und Fuß-Teppiche.

Moritz Sachs, zur Kornecke.

Lokal-Veränderung.

Unser seit 10 Jahren am Ringe Nr. 27 befindliches

Rum-, Sprit- und Liqueur-Fabrikgeschäft

haben wir unter heutigem Dato auf die **Schuhbrücke Nr. 5** (früher Destillations-Geschäft von W. Bätz) verlegt, und damit eine **Frühstück-Stube** verbunden, die wir morgen eröffnen werden.

Breslau, den 2. Juli 1848. **Nitschke & Comp.**

Geschäfts-Anzeige.

Das seit 10 Jahren in meinem am Ringe Nr. 27 gelegenen Hause bestandene **Rum-, Sprit- und Liqueur-Fabrik-Geschäft** setze ich vom heutigen Tage unter der Firma **Seidel u. Comp.** fort und empfehle dasselbe zur gütigen Beachtung. Breslau, den 1. Juli 1848. **A. D. Seidel.**

Nur noch bis Montag

dauert der Verkauf **der echt engl. Stahl- und Metall-Schreibfedern** en gros und en détail in 278 verschiedenen ganz neuen Sorten, (das Gros) 144 Stück von 4 Sgr. an. Federhalter neuer Art (das Dutz.) von 1 Sgr. an.
Der Stand befindet sich Naschmarkt, der Hirsch-Apotheke gegenüber, unweit der Schmiedebrücke, in einer Bude.

Braunsberger Flachsverkauf zu Frankfurt a. O.

Es liegen bei mir circa 940 Centner altpreußischer, unter dem Namen Braunsberger Kronflachs Nr. 1, von der allerbesten Qualität und der reelsten Beschaffenheit. Dieser Posten soll in der bevorstehenden Messe und zwar vom 3. bis zum 12 Juli, entweder im Ganzen oder auch getheilt, in Posten von 100 Centnern verkauft werden. Käufer wollen sich dieserhalb gefälligst in der angegebenen Zeit bei mir melden und kann die Waare auch jetzt schon in Augenschein genommen werden.

Frankfurt a./O., den 20. Juni 1848. **Wihelm Paetzel.**

Die so rasch vergriffenen **Battist-Roben,** in hellblau, rosa, grün und dunkeln Farben, à $2\frac{2}{3}$ und 3 Rtl. sind heute wieder angelangt.

A. Weisler,
Schweidnitzer- und Junkernstraßen-Ecke 50.

Mousseline de laine Roben à $2\frac{3}{4}$, 3 und $3\frac{1}{2}$ Rtl.

Mein Quartier, Roßmarkt Nr. 13, habe ich verlassen und wohne jetzt wieder **Junkernstraße Nr. 2,** im Lübbertschen Hause. **M. Schmidt,** Wundarzt.

Schmiedebrücke Nr. 42 ist im ersten Stock eine Wohnung für 100 Rthl. und im zweiten Stock eine für 90 Rthl. pro Anno zu vermiethen und Michaelis zu beziehen; das Nähere Schmiedebrücke Nr. 34 im Gewölbe.

Gut möblirte Zimmer sind auf Tage, Wochen und Monate zu vermiethen Schweidnitzer Straße Nr. 5, im goldnen Löwen, nahe am Ringe. **R. Schultze.**

Kupferschmiedestraße Nr. 34 ist der zweite Stock, bestehend in 2 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß zu vermiethen und bald oder Michaelis zu beziehen; auch eine Wohnung im Hinterhause. Das Nähere beim Wirth.

Ring Nr. 4 und Herrenstraße Nr. 7 ist in der zweiten Etage eine Wohnung bestehend aus 4 Stuben, Küche und Zubehör zu vermiethen und Michaelis zu beziehen.

Zu vermiethen und Michaelis zu beziehen ist Hummerei Nr. 1 der zweite Stock.

Nikolai-Vorstadt, Fischergasse Nr. 15, ist eine Wohnung an ein Paar einzelne Leute zu vermiethen und bald oder Michaelis zu beziehen; das Nähere daselbst par terre.

Oderstraße Nr. 29 sind im dritten Stock zwei Stuben, Küche und Bodenkammer zu vermiethen; Näheres eine Stiege.

Michaelis zu beziehen ist der zweite Stock von 4 Stuben und Kabinet Altbüsserstr. Nr. 28, im goldnen Herz; Näheres im 1. Stock.

Matthiasstraße Nr. 80 ist eine Wohnung von 3 Stuben, Alkove und Kochstube nebst Zubehör zu vermiethen; desgl. eine von zwei Stuben und Alkove 2c. Näheres Oderstraße Nr. 13, zwei Stiegen.

Zu sehr herabgesetztem Miethzins
sind Ohlauer Straße Nr. 43, in der ersten Etage, zwei schöne, mit allen Bequemlichkeiten versehene Wohnungen, bald oder Michaelis zu vermiethen. Auch kann die Wohnung im Ganzen gemiethet werden. Das Nähere im zweiten Stock.

Eine vollständige Gewölbe und Comptoir-Einrichtung zu einem Spezerei-Geschäft nebst **allen** Utensilien ist zu verkaufen: Ohlauer-Straße Nr. 15.

Zu vermiethen
eine Wohnung von 4 auch 5 Zimmern, nebst Beigelaß in der Bel-Etage, Ohlauerstraße Nr. $^{24}/_{25}$, und zu Michaelis d. J. zu beziehen.

Eine herrschaftliche Wohnung
von 7 Stuben nebst Zubehör, im 2ten Stock, ist pro Michaelis, und eine von 3 Stuben im 3ten Stock, sofort, Tauenzienstraße 83, Tauenzienplatz-Ecke, zu vermiethen.

Nikolaistraße Nr. 20
ist der dritte Stock, bestehend aus **drei freundlichen Stuben** nebst Zubehör zu vermiethen.

Eine Stube par terre
vorn heraus, gut möblirt, ohnweit dem Ohlauer Thore, ist vom 1. Juli ab möglichst billig zu vermiethen. Das Nähere Klosterstraße Nr. 84 par terre rechts, oder Hummerei Nr. 3.

Herrenstraße Nr. 24 ist zu Michaelis ein sehr schön eingerichteter Pferdestall nebst Kutscherwohnung, Wagenremise und Heuboden zu vermiethen.

Zu vermiethen und bald zu beziehen ist Nikolaistraße- und Weißgerbergasse-Ecke Nr. 17 ein Gewölbe; das Nähere Graben Nr. 7 bei Herrn Decker.

Zum 1. Juli zu vermiethen:
1 Wohnung von 1 Stube, Kabinet u. Küche für 55 Rthlr. 1 Wohnung von 2 Stuben und Küche, für 80 Rthlr. Das Nähere bei Herrn **E. Selbstherr,** Herrnstraße Nr. 20.

Tauenzienplatz Nr. 8 sind einige herrschaftliche Wohnungen bald oder auch zu Michaelis zu vermiethen. Die eine Wohnung würde auch fein möblirt zn vermiethen sein.

Das Nähere im Gewölbe und eine Stiege hoch daselbst.

Gartenstraße Nr. Nr. 23, in der Schweidnitzer Vorstadt, ist die zweite Etage von 7 Piecen, ganz oder getheilt, mit Gartenbenuzzung, von Michaelis ab zu vermiethen.

Der erste Stock
so wie eine möblirte Stube ist Albrechtsstraße Nr. 46, bald zu beziehen.

Zu vermiethen.
Die von Herrn Grafen Henkel von Donnersmark inne habende Wohnung nebst Stallung 2c. Schmiedebrücke und Ursuliner-Straßen-Ecke Nr. 5 u. 6 ist veränderungshalber von Michaelis d. J. ab anderweitig zu vermiethen. Näheres beim Wirth.

Zu vermiethen ist
das Handlungs-Lokal nebst Zubehör, mit und ohne Wohnung, Schmiedebrücke- und Ursuliner-Straßen-Ecke Nr. 5. 6. bald oder von Michaelis ab, so wie eine Wohnung im Hinterhause. Näheres beim Wirth.

Zu vermiethen und Michaelis zu beziehen ist eine Wohnung, Nikolaistraße Nr. 26 im zweiten Stock, bestehend in 2 Stuben, 2 Alkoven, einer Küche, nebst Bodengelaß und Keller. Das Nähere beim Hauswirth.

Zu Michaelis d. J. zu beziehen
eine Wohnung zu 220 Rthlr. und
eine Wohnung zu 190 Rthlr.
im Eckhause der neuen Schweidnitzer Straße und Stadtgraben. Das Nähere in der Handlung **F. W. Scheurich und Straka** daselbst.

Blücherplatz Nr. 19
ist das Posamentir-Verkaufslokal zu vermiethen. **F. R. B. Finck.**

Eine schöne Wohnung
von 5 großen Zimmern, 2 Kabinets, 2 Küchen, Keller und Bodengelaß: Bischofsstraße Nr. 7. Das Nähere daselbst 2 Stiegen beim Wirth.

Zwei Stuben,
Küche und Beigelaß sind zu vermiethen: Bischofs-Straße Nr. 7.

Eine Waarenremise
ist zu vermiethen: Bischofs-Straße Nr. 7.

Junkernstraße Nr. 9 ist die erste Etage zu Michaelis, auch früher, zu vermiethen.

Antonien-Straße Nr. 4 ist im ersten Stock eine Stube sofort zu beziehen.

Elisabet-Str. Nr. 1, eine Treppe, ist ein möblirtes Zimmer sofort zu vermiethen.

Mauritiusplatz Nr. 2 ist ein Quartier von 3 großen Zimmern, 1 Speisekammer, Küche und Entree bald oder Michaelis zu beziehen.

Ein freundliches Stübchen zum Sommer-Logis ist im Schweizerhause an der Freiburger Bahn zu vermiethen und bald zu beziehen.

Zu vermiethen
ist Michaelis d. J. Kupferschmiedestr. Nr. 43 die erste Etage, aus 3 Zimmern, Küche nebst Zubehör bestehend.

Zu vermiethen
Blücherplatz Nr. 1
ein großes Gewölbe mit Schaufenster, verbunden mit Comtoir und Remise, und Johannis 1849 zu beziehen.

Ring Nr. 3
ist die erste Etage von Michaelis d. J. ab zu vermiethen.

Elegant möblirte Zimmer
sind stets auf beliebige Zeit zu haben und für Fremde bereit: Tauenzienstraße Nr. 83 (Tauenzienplatz-Ecke) bei Schultze.

Breslauer Getreide-Preise
am 1. Juli 1848.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	54	Sg.	51	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	51	„	48	„	44	„
Roggen	33	„	30	„	27	„
Gerste	27	„	25	„	23	„
Hafer	20	„	19	„	18	„

Breslau, den 1. Juli 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duk. $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserl. Duk. $96\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{5}{6}$ Br. Louisd'or $112\frac{2}{3}$ Br. Poln. Courant $89\frac{1}{4}$ Br. Oester. Banknoten $87\frac{3}{4}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $70\frac{1}{4}$ Br. Großherz. Posener Pfandbriefe 4% $88\frac{7}{12}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $75\frac{11}{12}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 90 Gld., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% $90\frac{1}{4}$ Br., $3\frac{1}{2}$% $76\frac{1}{2}$ Gld. Alte polnische Pfandbriefe 4% 84 Gld., neue 84 Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 72 Gld. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% 73 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $33\frac{1}{4}$ Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. $142\frac{1}{2}$ Gld. Berlin 2 Mt. 99 Gld., k. S. $99\frac{3}{4}$ Gld. Hamburg 2 Mt. 150 Br., $149\frac{2}{3}$ Gld., k. S. $150\frac{1}{6}$ Gld. London 3 Mt. 6. $25\frac{5}{6}$ Br.

Coursbericht. Berlin, den 30. Juni.

Eisenbahn-Aktien: Breslau-Freiburger 4% $71\frac{1}{2}$ bez. Köln-Minden $3\frac{1}{2}$% $65\frac{3}{4}$ à 65 bez., Prior. $4\frac{1}{2}$% $80\frac{1}{4}$ bez. u. Br. Niederschles. $3\frac{1}{2}$% $64\frac{1}{4}$ à $63\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Prior. 4% 75 bez., 5% $86\frac{1}{2}$ Gld. Oberschles. Litt. A. $3\frac{1}{2}$% $74\frac{1}{2}$ u. 74 bez. u. Br., Litt. B. $3\frac{1}{2}$% $74\frac{1}{2}$ u. 74 bez. u. Br. Rheinische 47 etw. bez. u. Br., Prior. 4% $54\frac{1}{2}$ bez. — Quittungsbogen: Nordbahn (Friedrich-Wilh.) 4% $34\frac{1}{4}$ à $33\frac{1}{4}$ bez. Posen-Stargard 56 u. $55\frac{1}{2}$ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% 70 bez. u. Gld. Seehandl.-Prämien-Sch. à 50 Rtl. $84\frac{1}{4}$ Gld. Pos. Pfandbriefe 4% $87\frac{3}{4}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $75\frac{1}{4}$ Gld. Friedrichsd'or $113\frac{5}{12}$ etw. bez. Louisd'or $112\frac{3}{4}$ bez. Polnische Pfandbriefe alte $84\frac{1}{4}$ Br., neue $84\frac{1}{4}$ Br.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.